Los vom joch der sozialdemokr...

Albrecht Boguslawski



Los vom Joch der Sozialdemokratie!



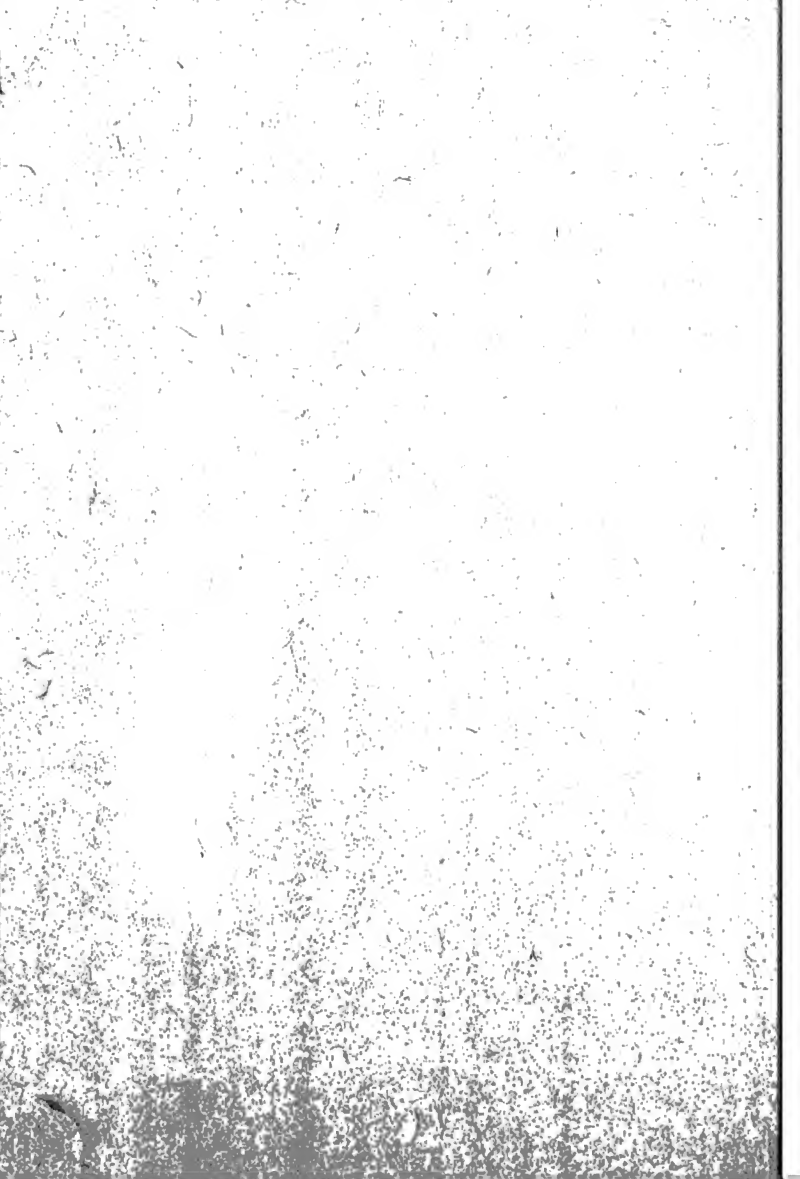
Ein Mahnwort

von

A. von Boguslawski



Leipzig 1905
Verlag von Wilhelm Weicher



Los vom Joch der Sozialdemokratie!

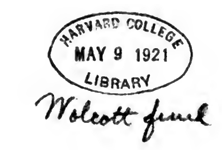
Ein Mahnwort

von

A. von Boguslawski



Leipzig
Verlag von Wilhelm Weicher
1905



Druck von Fr. Richter in Leipzig.

Vorwort.

Als ich Anfang 1904 meine Schrift „Nicht Rede — aber Fehde wider die Sozialdemokratie“ herausgab, wußte ich im voraus fast bis auf den Wortlaut, was die sozialdemokratischen, linksliberalen und die Blätter des Zentrums über sie sagen würden. Im Gegensatz hierzu standen die Urteile einer ganzen Reihe großer konservativer Blätter und auch nationalliberaler Zeitungen, wenn sich auch letztere meist grundsätzlich gegen die von mir empfohlenen entschiedenen Maßregeln erklärten. Aber hunderte von Zustimmungen aus allen Kreisen zeigten mir, daß die ungeschminkte Darstellung der Sachlage und der Gefahren, denen wir entgegengehen, und die man absolut nicht durch Konzessionen beschwören kann, ihren Eindruck nicht verfehlt hat. Die hochmütige Beiseiteschiebung meiner Ansicht durch die meisten Männer der sozialen Wissenschaft und der Mauserungsleute ist inzwischen schon durch die Tatsachen berichtigt. Meine Anschauungen über den Revisionismus, auf den die Mauserungsleute so große Hoffnungen setzten, haben sich bereits erfüllt. Der Revisionismus ist nicht nur von denen um Bebel und Kautsky gänzlich zum Schweigen gebracht, sondern er hat auch seit Monaten ganz deutlich gezeigt, daß er ebenso revolutionär ist wie diese.

Inzwischen sind welthistorische Ereignisse eingetreten: Die Aufstände in unserer südwestafrikanischen Kolonie — welthistorisch deshalb, weil von ihrer Bekämpfung Ehre und Machtstellung des deutschen Reiches und unserer Zukunft als Kolonialvolk abhängt — der Krieg in Ostasien und die Bewegung in Rußland. In ihrem Verhalten zu diesen Ereignissen hat die Sozialdemokratie ganz offen ihr wahres Gesicht gezeigt und ihre Solidarität mit den Revolutionären, die mit Sprengbomben arbeiten, ist anerkannt.

Leider wurde ihr durch die Rückständigkeit der Deutschen im politischen Urteil, eine unklare Sentimentalität und die Neigung in fremden Angelegen-

heiten Partei zu ergreifen, Vorschub geleistet, und so ist die Gefahr einer gänzlichen Verwirrung in den Anschauungen der Massen und des Niederganges des monarchischen und patriotischen Gefühls immer näher gerückt. Vor allem muß dem Terrorismus, den die Sozialdemokratie in den staatlich anerkannten Organisationen, unter dem kleinen Bürgerstande und den Arbeitern, die noch nicht zu ihr schwören, ausübt, entgegengetreten werden.

Man vertieft sich in soziale Probleme, man führt einen rasenden Wettlauf um die Gunst der Massen auf, aber man betrachtet und beachtet nicht genug die politische Seite der Sache: die Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Dies zu tun, ist der Zweck meiner Schrift.

A. v. Boguslawski.

Inhalt.

Seite

Vorwort III

I. Die Vaterlandslosigkeit der deutschen Sozialdemokratie 1

Die Haltung der Sozialdemokratie beim Hereroaufstand 1

Amsterdam 10

Bremen 12

Der sozialdemokratische Preußentag in Berlin 13

II. Das rückständige Preußen 15

III. Die rückständige Sozialdemokratie 23

IV. Das Verhalten der Sozialdemokratie zum Auslande 28

Der Krieg in Ostasien 28

Der Königsberger Prozeß 30

Der Zwischenfall von Hull 35

Die Bewegung in Rußland 37

V. Der Streik im allgemeinen und der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 48

VI. Terrorismus und Toleranz 64

VII. Wodurch die Sozialdemokratie begünstigt wird 68

VIII. Ein Wort vom Parlamentarismus der Gegenwart 71

IX. Militärische Verhältnisse 73

Der Dessauer Militärprozeß 74

X. Die künftige Revolutionsmethode 89

Rückblick und Schluß 92

Nachtrag 94

I.

Die Vaterlandslosigkeit der deutschen Sozialdemokratie.

Die schlimmste Erscheinung der Gegenwart ist die Abschwächung des nationalen Gefühls und Gedankens, in der Sozialdemokratie gesteigert bis zur Vaterlandslosigkeit, ja sogar zum Gegensatz gegen das eigene Vaterland. Die gegen diese Wahrnehmung vorgebrachten Phrasen kennt man. Man will das Vaterland zur glücklichsten Nation der Welt machen, man will selbst die Flinte auf den Rücken nehmen, um es gegen ungerechten Angriff zu verteidigen, eine Äußerung, die, obgleich von dem Diktator der Partei herstammend, doch schon das Mißfallen vieler Parteigenossen erregte. — Dabei aber verweigert man die zur Verteidigung des Vaterlandes, zur Behauptung erworbenen Kolonialbesitzes, oder die zur Wiederherstellung der nationalen Ehre und Würde — wie z. B. bei der Ermordung unseres Gesandten in China — nötigen Mittel.

Diese Politik der Hunnenbriefe, welche, zumeist erfunden oder zugestutzt, unsere Truppen in China in der empörendsten Weise beschimpften, fand ihre unwürdige Fortsetzung in dem Verhalten der Partei nach dem Ausbruch des Hereroaufstandes.

Die Haltung der Sozialdemokratie beim Hereroaufstande.

Die Expansion tüchtiger Völker und Rassen ist eine natürliche Notwendigkeit. Die Ausbreitung (Expansion) hängt zusammen mit dem Bestreben des Einzelnen und des Ganzen, die vorhandenen Fähigkeiten und Eigenschaften, das Wissen und das Können, zu verwerten. Dies kann freilich zum Teil auch in der Heimat geschehen, doch nicht immer vollständig. Denn oft hindert daran die Übervölkerung eines Landes und die Überfüllung der Berufe. Dazu tritt

dann der kriegerische Wandertrieb, das Begehren des Tüchtigen, sich in Gefahr und Erwerb zu betätigen, auch wohl der Wunsch, sich auszuzeichnen, kriegerischen und wirtschaftlichen Ruhm zu erwerben, oder der Wissenschaft, der Erforschung des Erdballes, Dienste zu leisten, endlich den Reichtum des Landes zu verwerten, wenn es von den Einwohnern nicht geschieht.

Dies sind in der Hauptsache die treibenden Ursachen, und sie verkörpern sich als Ansiedelung, Ausnutzung des Bodens, Gewinn neuer Handelsquellen u. s. w. Menschliche Schwächen, Leidenschaften und Unvollkommenheiten sorgen dafür, daß sie sich nicht immer zu einem Idealbild verdichten. Manchmal wirkt auch nur eine jener Triebfedern, z. B. eine rohe kriegerische Kraft, wie sie sich in der Völkerwanderung des öfteren äußerte, für die Ausbreitung.

Wohltätige Folgen von Eroberungen oder Besitznahme fremder Länder werden sich nur dann ergeben, wenn die Eroberer auf unzivilisierte Nationen oder auf ein im Niedergang und Erstarrung begriffenes Volk stoßen. — Vor allem aber handelt es sich hierbei auch um eine Überlegenheit der Rasse, und daß diese nicht wandelbar ist, so lange nicht im Lauf der Jahrhunderte eine gänzliche Vermischung stattfindet, zeigt sich ganz besonders in dem Unterschied zwischen der weißen und schwarzen Rasse.

Wo solche Unterschiede bestehen, wie zwischen diesen beiden, da kann nur eine Rasse herrschen, Herrenvolk sein. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß eine brutale Behandlung der anderen Rasse am Platze ist. Es ist auch nicht verneint, daß im Laufe von Jahrhunderten ein Ausgleich stattfindet, sobald das von beiden Rassen bewohnte Land der Kultur längere Zeit erschlossen ist. Wie schwierig aber ein solcher Ausgleich ist, zeigt sich in Nordamerika, wo sich, trotz Gleichheit der bürgerlichen Rechte, noch immer die Blutgegensätze der weißen und eingeführten schwarzen Rasse in ungeschwächter Kraft behaupten. Mit Verfassungen und Gesetzen haucht man den Menschen weder eine neue Seele noch anderes Blut ein.

Die doktrinäre Weisheit, daß man zu diesem Zwecke nur die Menschenrechte zu proklamieren und eine Verfassung zu fabrizieren habe, hat sich von den philosophischen Vorläufern der großen Revolution fortgepflanzt bis auf unsere Tage. Im übrigen hat auch ein Buchstabenchristentum dazu beigetragen, die niederen Rassen als gleiche Brüder in den Kolonien behandeln zu wollen. Man wähnte häufig, wie sich bei den Hereros und Hottentotten gezeigt hat, durch Aufprägung einiger Formen und Einprägung von Glaubenssätzen den wilden Sinn und das tierische Temperament gebannt zu haben.

Andererseits hat man oft durch Einführung christlicher Sitten, wie z. B. die Einehe, und Verdammung der Vielehe, Schaden genug angerichtet und Widerstand provoziert. —

Diejenigen, welche im ersten Stadium der Kolonisierung glauben, bei Auflehnung der Eingeborenen durch Nachgiebigkeit, Abschluß von Verträgen u. s. w. die Ruhe erhalten zu können, werden sich häufig irren, wie es z. B. in Südwestafrika tatsächlich geschehen. Wenn freilich die Machtmittel nicht hinreichend sind, dann fordert vielleicht die bittere Notwendigkeit ein solches Verfahren, um die Ruhe vorläufig herzustellen. Auch zeigt die Geschichte der Kolonisationen, daß in verschiedenen Ländern und verschiedenen Rassen gegenüber auch verschieden verfahren werden muß.

Aber auch hier wird wieder die Persönlichkeit in den Vordergrund treten, die Persönlichkeit desjenigen Mannes, der die Geschicke der Kolonie in dem kritischen Augenblick leitet und die Verhältnisse dort übersehen kann.

Immer aber wird eine achtunggebietende militärische Macht den Kolonisten zur Verfügung stehen müssen. — Dies ist von unserer Seite bis jetzt total verkannt worden. Man rief nach dem Kaufmann, der vorangehen müsse. Aber man hat dies ja in Ostafrika versucht und es ist gescheitert. —

Der Widerstand gegen die Kolonisationsbestrebungen setzt sich nun zusammen aus dem nach dem dreißigjährigen Kriege Jahrhunderte hindurch eingewurzelten deutschen Philisterium, das nur Augen für die Interessen des engeren Vaterlandes hatte, und das durch die Wiedererrichtung des deutschen Reiches nicht wie mit einem Zauberschlage verschwinden konnte, und aus jener törichten Auffassung, die von den alten deutschen Ständen in das konstitutionelle Leben hinübergenommen worden war, daß man an militärischen Aufwendungen unter allen Umständen sparen müsse, wolle man ein tüchtiger Volksvertreter sein; endlich aus den Bestrebungen jener Oppositionsparteien quand même, die von jeder Ableitung der Politik auf größere Ziele eine Parteischwächung im Innern erwarten.

Diese beiden Parteien sind das Zentrum und die Sozialdemokratie.

Während die erstere die religiöse Reibung, das Bestreben nach Ausbreitung klerikaler Macht und die Beherrschung der katholischen Massen nicht in den Hintergrund treten lassen will, bringt es das Endziel der Sozialdemokratie mit sich, die Maßregeln der Regierung sämtlich zu diskreditieren, jede Kolonisation also als ein Werk weiterer kapitalistischer Ausbeutung darzustellen und diesen Bestrebungen ein humanitäres Mäntelchen umzuhängen, d. h. gegen die Unterdrückung der Eingeborenen und die angebliche Niederträchtigkeit der Kolonisten Partei zu nehmen, vor allem aber jede Aktion unserer Truppen als eine Niederlage und ihr Verhalten als jeder Schandtat fähig hinzustellen. —

Die Gründe der Auflehnung der Eingeborenen sind doch wahrhaftig einfach genug. Sie glauben sich von ihrem Standpunkt aus mit Recht gegen die fremde Invasion zu wehren. Soll man aber deshalb auf Kolonisation verzichten?

Die Geschichte beantwortet diese Frage recht ausreichend. Der Verzicht würde in sich schließen, daß jeder Wechsel in den Geschicken der Menschheit aufhörte, daß jedes Volk in sich erstarrte.

Als nun der Hereroaufstand ausbrach, wurde ohne jede Prüfung, ohne Kenntnis des Zusammenhanges der Dinge von der Sozialdemokratie sofort die Schuld auf die Kolonisten und die brutale Behandlung der Eingeborenen geworfen. Als Unterlage dienten die Aussagen einiger Missionare, die, von Überschätzung ihrer Wirksamkeit durchdrungen und sich auf einzelne Vorfälle stützend, die Veranlassung des Aufstandes den Ansiedlern und Händlern zuschoben.*)

Am 17. März 1904 erklärte nun Bebel im Reichstage, daß die weiteren Forderungen, die der Kolonialdirektor Stübel zur Niederwerfung des Hereroaufstandes angekündigt, den „schlechtesten Eindruck gemacht hätten." Er hätte, wenn er einen Funken von Patriotismus und Mitgefühl für seine ermordeten und die zu Grunde gerichteten Landsleute in Afrika gehabt hätte, sagen müssen: den besten.

Dann entwickelte er die Gründe des Aufstandes in der oben angedeuteten Richtung. Die „sachlichen Grundlagen", von denen er sprach, waren eben zwei Missionarberichte und der an Verwandte gerichtete Brief eines Tierarztes, der sich verschiedener Brutalitäten rühmte. Was von den Erzählungen in intimen Briefen zu halten ist, das hat man erst jüngst wieder erfahren. Darauf kann man kein Evangelium bauen. Sodann sollten die Händler den Hereros alles mögliche aufgeschwatzt, und wenn sie die Zahlung nicht leisten konnten, ihnen ihr Vieh abgenommen haben. Bureaukratische Mißgriffe seien in Menge vorgekommen. — Die Rechtsprechung sei nicht gut; unter den Ansiedlern seien zweifelhafte Charaktere. —

*) Das ganze Missionswesen fordert überhaupt doch zu manchen Betrachtungen auf. Es hat erobernde Völker gegeben, die sich jeder Einmischung in die Religion der Unterworfenen enthielten, und die sich dabei sehr gut standen. Andererseits gibt es Religionen, denen eine werbende, ausbreitende Kraft innewohnt. Solche sind: das Christentum und der Islam. Das Bibelwort: Gehet hin in alle Welt und lehret alle Heiden! hat eine tiefe Bedeutung. Aber als es gesprochen oder geschrieben wurde, gab es nur eine Kirche, deren Anhänger von heiligem Eifer für die Ausbreitung der christlichen Gedanken und Wahrheiten beseelt waren. Jetzt gibt es deren drei, von denen die römische die protestantische verflucht, und beide in hartem Kampfe in der Heimat liegen. Schon dies ist ein großes äußeres Hindernis der Wirksamkeit der Missionen. Es ist die Frage, ob die Missionare nach dem Beispiel ihrer Vorfahren, der angelsächsischen und fränkischen Sendboten, handeln, die den Deutschen das Evangelium brachten und ihre Aufgabe auch genügend als Lehrer und Zivilisatoren neben der rein priesterlichen auffaßten. Die Klöster hatten ihre kulturbringende Zeit. Sie lehrten Agrikultur, Wissenschaften und Künste. Deshalb können die Klöster jener Zeit unseren Missionaren als Muster dienen.

Ohne bestreiten zu wollen, daß da und dort Ausschreitungen gegen Eingeborene vorgekommen sind, ist hier wie überall die Verallgemeinerung falsch. — Kommen etwa solche von den sozialdemokratischen Streikenden gegen Arbeitswillige nicht vor? —

Es haben vielmehr die späteren Ermittelungen ergeben, daß nicht die Härte der Verwaltung schuld an dem Aufstande war, sondern eher eine zu große Nachsicht in der Behandlung der Hereros und eine zu große Vertrauensseligkeit; daß ferner die Verwaltung in vielen Punkten unbequemer für die Ansiedler war als für die Hereros. Der Aufstand war längst vorbereitet und wählte den günstigen Augenblick, als der größte Teil der Schutztruppe gegen den Aufstand der Bondelzwards nach Süden marschiert war.

Nicht die Ansiedler und die Verwaltung sind an dem Aufstand schuld, sondern in erster Linie der Reichstag, welcher, die unzeitigste Sparsamkeit in allen kolonialen Ausgaben zur Richtschnur nahm, und die Politik der Regierung, die jedem Konflikt mit dem Reichstage aus dem Wege ging. — Ging man doch in der Verkennung der Umstände und der Abneigung gegen den „Militarismus“ so weit, daß man kurz vor dem Aufstande von einer Verringerung der Schutztruppe sprach. In dem Gedanken wahrscheinlich, daß eine farbige Truppe billiger zu stehen komme, hatte man schon zwei schwarze Kompagnien bewaffnet und einexerziert, die man nach Ausbruch des Aufstandes schleunigst wieder entwaffnen mußte. —

Muß man also die Ausführungen Bebels, der im Verein mit seinem Moniteur, dem Vorwärts, das Tun der Deutschen dort als „Schandwirtschaft“ bezeichnete, als haltlos und gründlich widerlegt betrachten, so fügte er dann nach Anschuldigung seiner geschädigten und gemordeten Landsleute, in sanfter Ausdrucksweise, noch hinzu, daß man die Grausamkeit, mit welcher die Eingeborenen den Krieg führten, hätte erwarten können. Und nun kam das Schandbarste was ein Deutscher von seinen Landsleuten sagen kann. Er stellte unter dem Beifall der Sozialdemokraten unsere Soldaten unter die Hereros, indem er anführte, daß diese wohl die Männer abschlachteten, aber die Frauen in wochenlanger Gefangenschaft hielten, ohne sie zu schädigen. Er schloß damit: „Ich bezweifle, daß den Hererofrauen etwas Gleiches passieren könnte bei unseren Soldaten.“

Diese Beschimpfung der deutschen Armee konnte im deutschen Reichstage ausgesprochen werden, ohne daß eine andere Korrektur erfolgte, wie „Lärm auf der Rechten und in der Mitte“, und der Protest einzelner Abgeordneter, wie der Herren Arendt und Graf Reventlow. Gibt es denn im deutschen Reichstage gar keine Disziplinargewalt, gar keine Strafe für Abgeordnete, die den deutschen Namen zum Jubel unserer Feinde beschimpfen? Und wenn diese

Gewalt auch nicht formuliert ist, so hätte sie der Präsident ausüben können, auf seine persönliche Verantwortung hin. Von einem Bismarckschen Nerv und Zug im Auftreten gegen die Linke sieht man jetzt im Reichstage keine Spur. Der Geschäftsordnung des deutschen Reichstages ist freilich ein großer Irrtum zu Grunde gelegt. Man hatte nämlich geglaubt, daß in ihm stets lauter gute Deutsche sitzen würden, nicht aber Chinesen, Hereros und Hottentotten als Deutsche maskiert.

Ein Chef der „Wadenstrümpfler" sprach dann rührselig von der notwendigen Humanität und von den „alten Fehlern des Bureaukratismus und Militarismus", — Humanität in dem Augenblicke, in dem unsere Truppen schwarzen Bestien gegenüberstehen, die soeben 180 deutsche Landsleute gemordet hatten, darunter allerdings auch Frauen und Kinder. Dann kam die gewöhnliche humanitäre Erkundigung, weshalb keine Gefangenen gemacht würden, eine Frage, die wir schon von China her gewohnt sind. Der Mann, der hier im warmen Reichstag sitzt, will unseren Truppen vorschreiben, wie sie sich in Afrika gegen einen Feind zu benehmen haben, der von Mordtaten trieft und unseren Verwundeten mit dem Kiri den Schädel einschlägt! Hier heißt es Sühne und nicht Humanität, und da man die Burschen, die die Schüsse auf die Ermordeten abgefeuert haben, doch nicht ermitteln wird, so muß summarisch verfahren werden. Das ist der menschlichen Natur gemäß. Als die Araber in dem mehr als vierzigjährigen Kampfe in Nordafrika den toten Franzosen die Köpfe abschnitten, wurde jeder Gefangene unbarmherzig füsiliert, und es fiel keinem Abgeordneten ein, darüber ein Wort zu verlieren.

Ebensowenig ereifert sich das englische Parlament, wenn das Schlachtfeld „abgeräumt" wird.

Vorgreifend erwähnen wir gleich, daß es bei Bestrafung der Hottentotten, die noch mörderischer und verräterischer als die Hereros verfuhren, ebenso steht. Auch für sie hat schon Bebel in der Budgetkommission in der Saison 1904/05 zarte Fürsorge gezeigt. Er fragte, was mit den gefangenen Hottentotten geschehe. Der Kolonialdirektor erwiderte, daß man scharfe Maßregeln des Generals von Trotha abbestellt habe. Die Humanität würde gewahrt werden. Besser hätte man wohl erwidert, man müsse die Maßregeln vorläufig dem General überlassen, der die Verhältnisse dort während des Krieges zu übersehen imstande sei.

Von einer Vernichtung der Stämme ist deshalb keine Rede. Dies würde unpolitisch und unpraktisch sein. Es kommt immer in solchen Zeitläuften ein Moment, in dem man begnadigen und unter Umständen paktieren kann. Diese böswilligen Kritiken im Reichstage, diese Urteile über das Verfahren von Männern, die in der Wildnis mit 30 Männern von Feinden — und was für

welchen! — umgeben sind, haben schon Unheil genug angerichtet, wie z. B. Karl Peters aus dem deutschen Dienst in den englischen getrieben wurde.

Den Bebelschen Tiraden gegenüber erhob sich der alte Kolonialfeind Eugen Richter zu den einfachen aber prächtigen Worten, daß der Moment nicht geeignet sei, in einer Zeit, wo deutsche Truppen Blut und Leben ließen, eine Anklage gegen die Verwaltung zu erheben, noch weniger eine Schutzrede für die Hereros zu halten.

Die sozialdemokratische Presse und deren gleichwertige Brüder sekundierten in würdiger Weise. Sie, die kein Wort der Entrüstung über die Ermordung von 180 Deutschen gehabt hatte, spielte sich, als die Kämpfe gegen die Hereros Opfer kosteten, die ebenso ruhmvoll wie 1870/71 für die Ehre und die Zukunft des Vaterlandes starben, als Verteidiger des Volkswohles und der Vernunft auf. Man sprach von den „kolonialen Schlachtopfern", von dem „neuen Waldersee-Feldzuge", von den „unerhörten Blutopfern". Unerhört!? Du lieber Himmel! Man denke an die Hunderttausende, die den gesamten Kolonialvölkern ihre Kämpfe gekostet haben. Für „jeden vernünftigen Menschen" sei es endlich an der Zeit, „diesem frivol heraufbeschworenen, unsinnigen Kriegsabenteuer ein Ende zu bereiten." Der ausgebrochene Typhus gab dem Vorwärts Gelegenheit „im Namen des Volkes, der nationalen Wohlfahrt, im Namen der Vernunft, noch einmal seine warnende Stimme zu erheben" u. s. w. — Diese Bosheiten und Jeremiaden und noch viel schlimmere kehrten in der gesamten sozialdemokratischen und der demokratischen Presse wieder. — Auch der Caligula-Verfasser Quidde pflichtete diesen herrlichen Auffassungen in einer öffentlichen Versammlung bei.

Wir halten die sozialdemokratische Presse weder für borniert noch auch exaltiert genug, um nicht einzusehen, daß ein fauler Friede oder eine Räumung der Kolonien das deutsche Reich dem Fluch der Lächerlichkeit und Feigheit für alle Zeiten preisgeben, und eine direkte Aufforderung zum Angriff auf dieses neue China sein würde. Es ist daher absolut klar, daß diese Forderungen aus wahnsinnigem Haß gegen den jetzigen Staat und die Gesellschaftsordnung wider bessere Überzeugung in die Welt geschickt sind. Und darin gerade steckt das Hauptverbrechen gegen das Vaterland. — Möglich, daß da und dort sich ein Fanatiker unter den Leitern findet, der an diese Äußerungen wirklich glaubt. Die Masse der Arbeiter freilich schwört auf das, was im Vorwärts steht. Wir wollen nicht verkennen, daß der Bildungsgrad der niederen Volksklassen Fortschritte gemacht hat, zu einem selbständigen Urteil indes ist der Einzelne noch nicht befähigt, höchstens für den Kreis der engsten Interessen, über allgemeine Politik ganz gewiß nicht. — Erinnern wir uns daran, daß wir als Kinder, wenn wir eine Zeitung in die Hände bekamen, auch stets geneigt waren, das für bare Münze zu nehmen, was darin stand. Der Arbeiter

ist durchschnittlich noch ein politisches Kind, und nun stelle man sich vor, daß er zum größten Teil weiter nichts liest, wie die sozialdemokratische Presse. —

Diese Presse erging sich nun in neuen Orgien der Vaterlandslosigkeit im Verlauf des Herero- und Hottentottenkrieges, als im ersteren nicht sofort entscheidende Siege erfochten wurden, sondern die zu Anfang in viel zu geringer Zahl auftretenden deutschen Truppen sogar einzelne Schlappen zu verzeichnen hatten. Einem urteilsfähigeren, in Kolonialsachen erfahreneren Volke hätten solche ausgesuchte Bosheiten freilich nicht aufgetischt werden können. „Die Hereros reißen den deutschen Offizieren die Siegeskränze von der ordengeschmückten Brust" schreibt der Vorwärts. Tapfere und geschickte Offiziere, die unter den schwierigsten Verhältnissen irgendwo einen Mißerfolg ohne jedes Verschulden hatten, wurden als „berüchtigte" bezeichnet. Es wird gefragt, wozu unsere ganze Ausbildung nütze, wenn sie dort versage. — Freilich kann man in Deutschland sich keine künstlichen afrikanischen Dornbüsche anlegen. Die Aufopferung und Ausdauer unserer Truppen, welche die ungeheueren Entfernungen, den Mangel an Wasser, die fortwährenden Biwaks und das öftere Ausbleiben der Verpflegung ertragen müssen, finden nicht etwa in der sozialdemokratischen Presse Anerkennung, sondern dienen ihr nur dazu, im Volke Abscheu gegen diesen Krieg zu erwecken, die Ursache aller Schwierigkeiten und Leiden auf die Führung und die verblendete Regierung zu werfen. —

Die Verhandlungen des Reichstages bei der Vorlage des Nachtragsetats 1905 brachten von seiten Bebels die alten Anschuldigungen über die Schuld der Ansiedler an dem Aufstand, trotzdem die Denkschrift des Kolonialamtes die Dinge klar und deutlich auseinandergesetzt hatte. Dabei wurde dann mit einzelnen Fällen von Ausschreitungen abermals geprunkt, um die Landsleute dort wiederum in das übelste Licht zu setzen. Widerlegungen des Kolonialdirektors waren, wie immer, wenn Sozialdemokraten etwas Unrichtiges behaupten, wirkungslos. Dann heißt es, ja, wir haben die Widerlegung wohl mit angehört aber es ist doch so! In der Sitzung vom 6. April fuhr der Genosse Ledebour in demselben Sinne fort.

Das, was am meisten hierher gehört, ist eine abermalige Beschimpfung der deutschen Armee, denn so muß man es nennen, wenn Bebel im Reichstage sagt, was der in Südwestafrika befehligende General von Trotha gemacht habe, könne auch jeder Metzgerknecht machen. Das sagt er von einem General, der mit geringen Mitteln in riesigen Landstrecken und unter den schwierigsten örtlichen und klimatischen Verhältnissen den Aufstand der Hereros siegreich bekämpft hatte, die so gut bewaffnet waren, wie noch nie eine afrikanische Völkerschaft europäischen Truppen entgegengetreten war. Das Reichstagspräsidium schwieg dazu, und ein wirklicher Entrüstungssturm blieb

aus. Es gibt aber nichts Entnervenderes und Degenerierenderes, als wenn man sich allmählich daran gewöhnt, die größten Beleidigungen lammfromm zu ertragen, oder die gegen ehrenwerte Abwesende geschleuderten ruhig anzuhören. Ich hätte wohl ein französisches oder englisches Parlament in solchem Falle sehen mögen. — Zum Überfluß hielt Bebel unseren Truppen noch die Kriegführung der Japaner als moralisches Muster vor, scheint also nicht zwischen Kriegführung gegen Rebellen und Mörder und gegen die Soldaten einer fremden Macht unterscheiden zu können, besser gesagt, zu wollen.

In den Etats-Verhandlungen im Reichstage (Dezember 1904) fielen noch Worte von seiten der Sozialdemokraten, die zu dem Kapitel Vaterlandslosigkeit gehören. Bebel sagte: Es stände der hundertjährige Jahrestag der Schlacht bei Jena bevor. Den müsse das deutsche Volk als Siegesfest feiern, denn bei Jena sei nur das „offizielle Preußen" geschlagen worden. (Beiläufig gesagt, waren auch die Sachsen dabei.) Diese Äußerung ist eben von der Sorte, daß man sich fragt: Leben wir wirklich in Deutschland? Fiel dies Wort im deutschen Reichstage? Schwieg das Präsidium wirklich hierzu? — Ja, dies „offizielle" Preußen war damals die einzige Macht, die gegen die fremde Gewaltherrschaft, die schon ganz Süddeutschland unter ihr Joch gebeugt — dessen Kriegsvölker mit den Franzosen gegen das „offizielle Preußen" marschierten und unter deren Kugeln soeben der Buchhändler Palm geendet hatte — noch aufzutreten wagte. Wenn der deutsche liberale Philister, der auch zu den Worten Bebels von „die Flinte auf den Rücken nehmen zur Verteidigung Deutschlands" ein gläubiges wohlwollendes Michelgesicht gemacht hatte, geneigt wäre, auch diese Äußerung schön zu finden (was wir von verbissenen Partikularisten und Ultramontanen ganz gern glauben), etwa mit der törichten Folgerung, daß ohne 1806 kein 1813 möglich gewesen wäre, so sei er darauf hingewiesen, daß Bebel den Krieg von 1813 stets den „sogenannten" Befreiungskrieg nennt. Wie die Sozialdemokratie über diesen heiligen Krieg denkt, ist in meiner im Vorwort genannten Schrift S. 18—20 zu lesen. Der Blödsinn, eine nationale Niederlage zu verherrlichen, weil diese Schäden aufdecken, Reformen herbeiführen kann, aus denen eine Wiedergeburt des Besiegten möglich ist, liegt auf der Hand. Daß man historische Folgerungen aus Ereignissen ziehen kann, ist eine Binsenwahrheit, aber bis zur Feier der Niederlage des eigenen Volkes ist ein Schritt, der einfach über die Kluft zum gemeinsten Verrat des Vaterlandes führt. — Welchem Franzosen würde es einfallen, die Schlacht bei Sedan zu feiern, die den Franzosen die Republik brachte, die zwar Bebel als „bürgerliche Republik" auch nicht gerade hochstellt, die ihm aber jedenfalls als Fortschritt erscheint. Vollmar suchte in einer Rede am 9. Dezember diese Äußerung Bebels wohl abzuschwächen, indem er sagte: „Wir Sozialdemokraten wollen unser Vaterland

nicht in einen Krieg hineingetrieben sehen (Wer tut das?), am allerwenigsten wollen wir, daß unser Vaterland dabei den Kürzeren zieht und eine Niederlage erleidet. Man sollte uns nicht mit denen verwechseln, die jeden Augenblick bereit sind, einen Weltbrand zu entzünden, wenn sie daran ihr Parteisüppchen wärmen können, die seit Jahrzehnten auf eine militärische Lösung der sozialen Frage ausgegangen sind und noch ausgehen. Ist in diesen Kreisen doch sogar der Gedanke einer russischen Invasion in Deutschland, um dieses von der Pest der Sozialdemokraten zu befreien, erörtert worden".

Diese Äußerung stellt sich würdig denen Bebels im Tuckerbrief und anderen schönen Dingen zur Seite. Ja, sie ist noch viel schlimmer! Sie schuldigt auf das Empörendste ganze Kreise an, verdächtigt sie auf das nichtswürdigste. Wer sind diese Kreise? Wer hat so etwas erörtert? Warum nagelt man nicht Herrn von Vollmar daraufhin fest? Lachen von der Rechten tuts freilich nicht. Und das sagte Vollmar, der gemäßigte Mann, auch eine Hoffnung der Mauserungsleute! Wer aber spannt alle Kräfte an, um Deutschland in ein feindliches Verhältnis zu Rußland zu treiben, und wer will sein Parteisüppchen dabei kochen? Die sozialdemokratische Presse gibt darauf Antwort.

Amsterdam.

Von dem Verlauf des internationalen sozialdemokratischen Parteitages in Amsterdam sind drei Fakta bemerkenswert. Zuerst, daß die extreme Partei, hauptsächlich vertreten durch Bebel, mit Annahme der „Dresdener Resolution" einen vollständigen Sieg gegen die „revisionischen" Bestrebungen, als deren Vertreter dort der Franzose Jaurès betrachtet werden mußte, davontrug. Diese Resolution beginnt mit den Worten: „Der Kongreß weist die revisionistischen Bestrebungen auf das Entschiedenste zurück, unsere bisherige bewährte siegekrönte, auf dem Klassenkampfe beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt." — Weiter wird der rein revolutionäre Charakter der Partei aufs nachdrücklichste betont, eine Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft verworfen.

Das zweite Faktum besteht darin, daß Jaurès sich dahin geäußert hatte, das französische Volk hätte sich das allgemeine Wahlrecht erkämpft, das deutsche

es geschenkt erhalten. Darauf erwiderte nun Bebel, daß der Mann des Staatsstreiches es den Franzosen gegeben (wiedergegeben wäre das Richtige!), die „deutsche Reaktion“ (welcher Unsinn!) hätte Napoleon gestürzt. Er (Bebel) würde ganz zufrieden sein, wenn wir auf dieselbe Weise zur Republik kämen. Also ein deutsches umgekehrtes Sedan wünschte uns ein Deutscher! Der Vorwärts suchte diesen Worten einen hypothetischen Charakter zu geben, doch stammt die erste Lesart von glaubwürdigen Berichterstattern her.

Kein Wort mehr über diese Schmach! Nur der Kyffhäuser Bund deutscher Krieger gab von allen Vereinen Deutschlands allein der gerechten Empörung entsprechenden Ausdruck.

Zum dritten aber sei erwähnt, daß derselbe Bebel, der Deutschland für das schlechtregierteste Land erklärt, den Franzosen gegenüber zugestehen mußte, daß wir ihnen in sozialer Gesetzgebung weit voraus wären. Konsequenz?

Auf einem internationalen Sozialistenmeeting in Amsterdam äußerte Bebel:

Die letzten deutschen Reichstagswahlen hätten ergeben, daß der Partei heute über 3 Millionen Arbeiter angehörten, und mit dieser Wahl habe sich die deutsche Sozialdemokratie zu Herren von 81 Reichstagssitzen gemacht. Statt aber mit dieser Tatsache zu rechnen und ihren Regierungskurs danach einzurichten, sei die deutsche Reichsregierung nur noch reaktionärer als früher geworden. Die Arbeiterklasse trage die höchsten Lasten, auch für die Erhaltung des deutschen Militärs. Die Tatsache, daß die Gewehre zum größten Teil an sozialistischen Schultern hingen, sei der Regierung wohl bekannt. Sie ändere aber ihre Politik trotzdem nicht, und deshalb sage er ganz offenherzig, daß die Sozialdemokratie nichts um den Bestand des Reiches gebe, wenn es der Regierung etwa einfallen sollte, die im Schwange gehende Wahlrechtsverschlechterung zur Tatsache zu machen. Das deutsche Volk sei außerordentlich fruchtbar. Es produziere jährlich etwa eine Million Menschen, wovon neun Zehntel Proletarier seien, die dazu bestimmt seien, die Armee zu stärken. Unter diesen Umständen könne der Sieg der Sozialdemokratie in Deutschland schließlich nicht ausbleiben. Er gebe die Versicherung ab, daß sich die deutsche Sozialdemokratie ihrer Pflichten und ihrer Verantwortung gegenüber der Internationale voll bewußt sei, und obgleich kleine Uneinigkeiten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie beständen, und die Partei ihre Folgen stark fühle, so werde die Partei doch immer bestrebt sein, ihrer großen Mission gerecht zu werden.

Über solche Äußerungen, die das wahre Wesen und die Ziele der sozialdemokratischen Partei klar darstellen, sucht sich die Mauserungs- und Schlappmacherpartei dann mit einigen schlechten Witzen hinwegzuhelfen, oder ihre innere Überzeugung zu maskieren. Das sind dann nur „Symptome“ des Übels. Ja, dann müßten unsere sozialen Zustände doch das Übel sein. Nein, diese angeblichen Symptome sind das Übel selbst.

Aber nach diesem Kongreß mußten die Mauserungsleute doch zugestehen, daß es mit dem Revisionismus nichts sei. Die nötigen Folgerungen zogen sie nicht daraus.

Bremen.

Für diesen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie war die Parole ausgegeben, sich hübsch manierlich zu betragen, denn man hatte innerlich doch das beschämende Gefühl, daß der Dresdener Tag keineswegs ein „Jungbrunnen“, sondern ein ganz anderes Gefäß gewesen sei, aus dem die Gegner schöpften, um sich gegenseitig mit Schmutz zu bewerfen. Dennoch galt es über einen Genossen Gericht zu halten, und dies war Schippel, der das Verbrechen begangen hatte, in wirtschaftlichen Dingen einigermaßen von dem Dogma der Partei abzuweichen.

Für unsere Zwecke ist vor allem der Antrag Elbing, Potsdam-Osthavelland-Spandau, interessant, den insbesondere Dr. Liebknecht verteidigte. Er bezweckte eine sozialistische Propaganda unter den zur Armee einberufenen jungen Leuten vor dem Eintritt in die Armee 1. über die sozialistischen Ziele und 2. über den sogenannten inneren Feind zu veranstalten. Der Kernpunkt war, es käme wesentlich darauf an, „daß die Staatsgewalt bei einem Zusammenstoß zwischen dem organisierten Proletariat und ihr nicht so sicher ist, Millionen zur Verfügung zu haben wie heute, die blind gehorchen.“ — Bebel sprach sich aufs Entschiedenste dagegen aus, aber nur aus dem Grunde, weil er voraussetzte, daß die Annahme dieses Antrages möglicherweise zum energischen Auftreten der Regierung führen könnte. Gemißbilligt wurde die Tendenz desselben keineswegs, man scheute nur davor zurück, die oft von Bebel selbst ausgesprochenen Worte vom Gewinnen der Bajonettträger u. s. w., endlich in die Tat zu übersetzen, weil es noch nicht an der Zeit ist. Ebenso wird es erlaubt sein, daran zu erinnern, daß das damalige offizielle Blatt der Sozialdemokratie „Der Sozialdemokrat“ schon 1884 eine Instruktion der Rekruten vorschrieb, in der sie direkt zum Bruch des Fahneneides und zum Aufruhr aufgefordert wurden.

Ein weiteres, für unsere Beweisführung passendes Wort, ist die Rede des Genossen Michels, welcher die Berechtigung des Hereroaufstandes verfocht und erklärte, falls die Hakatisten die Polen zum Aufstande reizten, müßte die Sympathie der Sozialdemokraten auf seiten der Polen sein.

Bebel rechtfertigte die Haltung der Reichstagsfraktion, die sich bei der Vorlage der Kostenbewilligung zum Hererofeldzuge in erster Lesung nur der Abstimmung enthalten hatte. Die Ursachen des Aufstandes seien noch nicht klargelegt gewesen. In der dritten Lesung habe dann das Material vorgelegen, daß nämlich durch unsere Politik der Aufstand hervorgerufen worden sei, und nun hatte man in dritter Lesung die Kredite abgelehnt. Bebel fuhr fort:

Hätten wir 1870 die Überzeugung gehabt, die sich ja nachher bewahrheitet hat, daß Bismarck durch eine raffiniert geschickte Politik die Karten so gemischt hatte, daß Napoleon gezwungen war, den Krieg zu erklären in dem Moment, den Bismarck wollte, dann hätten wir uns damals nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt. Wir haben uns auch in dieser Frage stets korrekt verhalten. Sie können versichert sein, daß die Fraktion am allerwenigsten bei wichtigen Fragen so Holterdiepolter-Beschlüsse faßt, sondern daß wir stets eingehend beraten und entsprechend dem Beschluß der Mehrheit handeln. (Lebhafter Beifall.)

Somit wurde hier die ebenso abgestandene wie nichtswürdige Lüge wiederholt, daß Bismarck der Schuldige am Kriege sei, während längst erwiesen ist, daß das Bündnis Napoleons mit Österreich und Italien so gut wie fertig war, und sogar der vom Erzherzog Albrecht entworfene Kriegsplan gegen Preußen schon die Billigung Frankreichs erfahren hatte. —

Der sozialdemokratische Preußentag in Berlin.

Dieser Parteitag setzte der vaterlandslosen Verhetzung die Krone auf. Zur Einleitung schrieb der Vorwärts: „Wir erklären freimütig und stolz: „Es ist Pflicht, aufzureizen, Empörung und Begehrlichkeit zu erregen gegen das unsägliche Elend, daß auf Preußen lastet.“ — Dieses Elend besteht darin, daß im preußischen Landtage — Gott sei dank — noch keine Sozialdemokraten sitzen. —

Ja, dies Preußen ist noch aus festem Holz! deshalb muß diese Festigkeit gelockert, und der führende Staat, vor allem auf das Infamste verleumdet und geschmäht, und da muß denn zuerst seine Entstehung ins gehörige Licht gesetzt werden.

Der Genosse Ledebour sagte:

„Preußen ist entstanden durch Eroberungen, Erheiratungen, Ergaunerungen, diplomatische Schachergeschäfte, es ist von fürstlichen Räubern teilweise erobert, teils von deutschen Fürsten zusammengebettelt oder auch ertrotzt worden. Wir müssen der unsinnigen Legende entgegentreten, als ob Preußen Männer aus irgend einem bestimmten Geschlecht seine Existenz verdanke.“

Die Verhetzung des Gesindes, vor allem der ländlichen Arbeiter, deren Leben nach Angabe dieser „Preußen“ ein fortlaufendes Elend ist; Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule — die Verbannung der Pflege der Vaterlandsliebe, was besonders Frau Lilly Braun, die Tochter des preußischen Generals der Infanterie v. Kretschman, befürwortet, spielten unter den gehaltenen Reden und gefaßten Resolutionen eine besondere Rolle. Auf diesem „glänzenden Preußentage“ trugen Juden und Judengenossen dazu bei, das

engere Vaterland, das durch seine lange vor 1866 getragenen Lasten und durch seine Siege (1870/71 im Verein mit den anderen deutschen Staaten) erst dem deutschen Volke jene Freiheiten und Rechte gab, die jetzt so zügellos gemißbraucht werden, und den seit dem großen Friedrich ruhmvollen Namen Preußen durch ihr vaterlandsloses verleumderisches Gebaren in den Staub zu ziehen. —

Einen besonderen Beweis, welcher Art der Revisionismus ist, lieferte auf diesem „Preußentage" der Genosse Bernstein, der Heilige der Mauserungsleute, indem er aussprach, daß, im Falle einer Änderung des Wahlrechtes, die Straßendemonstration in ihr Recht treten müsse. Ein passives Ausharren sei nicht am Platz. Einige Schrammen würde es freilich dabei setzen. Das hoffen wir auch und zwar recht große. Dem wurde nicht von der Majorität zugestimmt, die „preußischen" Genossen waren eben so klug wie Bebel in Bremen. Sie warten eben ihre Zeit ab und begnügen sich einstweilen mit der offenen Aufreizung zur Revolution in einem Nachbarlande.

Und hiermit genug der Beweise, welches Maß von schamloser Vaterlandslosigkeit in Äußerungen und im Tun der Sozialdemokratie enthalten ist, und was das deutsche Volk darin erträgt.

Und daß es dies alles erträgt, ist ein Zeichen der Erschlaffung, des traurigsten Niederganges des patriotischen Ehrgefühls, ein Zeichen eigener Schande, dem einst die Geschichte ein schwarzes Denkmal setzen wird, vielleicht auf einem Riesengrabe mit der Inschrift: Finis Germaniae!

Wie wäre es Bebel nach seinen Äußerungen in Amsterdam und Bremen in einem englischen oder französischen Parlament ergangen? — Man hätte ihn entweder niedergeschrien und nicht zum Wort kommen lassen, oder sämtliche Parteien wären bei Beginn seiner schönen Reden aufgestanden, hätten den Saal verlassen und ihn vor seinen Genossen allein sprechen lassen. Das hätten die Franzosen und Engländer sicherlich getan, wenn ein Mitglied ihnen ein Sedan gewünscht hätte. Aber wir Deutschen! Wir haben ja mehr zu tun! Wir müssen uns der Polen, der Buren, der Russen u. s. w. gründlich annehmen.

II.

Das „rückständige Preußen".

Sehen wir was an diesem demokratischen Schlagwort ist. Wir werden damit zugleich den Geschichtsfälschungen der Sozialdemokratie ein Paroli biegen.

Die Mark Brandenburg, das Stammland der Monarchie, ist altes Kolonistenland, mit dem Schwert abgerungen den Slaven. Ostpreußen, das dem Königreich den Namen gab, ist in demselben Fall. Später unter polnische Oberhoheit gelangt, wurde es von dem großen Kurfürsten dem Deutschtum zurückgewonnen.

Brandenburg war unter dem großen Kurfürsten die festeste Stütze des Protestantismus nach dem dreißigjährigen Kriege. Die Unterstützung der Holländer im Befreiungskampfe, Wilhelms von Oranien bei Eroberung des Throns von England, die Aufnahme der vertriebenen Hugenotten, mit denen ein gutes Stück eigenartiger Zivilisation nach dem Stammlande verpflanzt wurde, bewiesen es. Es war der treueste Kämpe für Kaiser und Reich und wandte sich erst von Österreich ab, als es unter die Füße getreten worden war. Es war dies Preußen, das unter der starken rauhen Hand Friedrich Wilhelms I. zum Lande der Ordnung, eines neuen Spartanertums und der Pflicht wurde, die bis jetzt seine unzerbrechliche Parole blieb — dessen strenge und ernste Verwaltung ein Muster für andere Staaten abgab; es war Preußen, aus dessen Grenzen welsche Maitressenwirtschaft und Aussaugung des Volkes fern blieben im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten jener Zeit, in dem Einfachheit und Sparsamkeit das Szepter führten; es war das Preußen, dessen großer König der erste Diener des Staates und der Vertreter der Armen war, in dessen Staat freilich jeder nach seiner Façon selig werden konnte, der sogar die Jesuiten duldete, als sie überall verbannt waren, aber nur, weil er seiner Herrschgewalt sicher war. Es war Preußen, in dem es „Richter in Berlin" und ein Landrecht gab; das Preußen, das einen Kampf ohne Gleichen gegen Europa führte, der als Heldenepos noch in Jahrhunderten männliche Herzen mit Begeisterung erfüllen und seinen Homer finden wird.

Wiederholen wir, was darüber der Präsident der großen nordamerikanischen Republik sagt, einer der modernsten Menschen seiner Zeit, der sich aber trotz aller Modernität einen klaren Kopf bewahrt hat.

> Die Erinnerung an den siebenjährigen Krieg wird so lange fortdauern, als in den Menschen Liebe zum Heldentum lebt, und die Operationen dieses Krieges werden bis in die geringsten Einzelheiten studiert werden, solange es auf der Welt noch einen Soldaten gibt, der des Namens Soldat würdig ist. Schwer ist zu erkennen, ob die Siege von Leuthen und Prag, von Roßbach und Zorndorf mehr zu bewundern sind oder die bitteren Kämpfe nach

Kunersdorf, als der große König, nachdem er von der vereinigten Macht Europas zu Boden geschlagen war, sich wieder erhob und durch Geschicklichkeit, Hartnäckigkeit, Energie und Kühnheit, wie sie niemals vorher in einer Person vereinigt gesehen worden sind, schließlich aus der Niederlage sich zum Siege emporrang. Die Bewunderer menschlichen Heldentums werden die Geschichte seiner machtvollen Taten lesen, solange die Menschheit für Leistungen des Heroismus Sinn hat.

Ja, solange die Menschheit für Heroismus Sinn hat! Aber jenen Sinn sucht jetzt eben die Sozialdemokratie im Verein mit den Friedensmännern zu unterdrücken und den billigen, sicheren Heroismus der Redaktionsstuben und der Schwätzereien in den Parlamenten und Volksversammlungen an die Stelle zu setzen.

Und es war dies Preußen, das sich besiegt, verarmt, in den Staub getreten, mit beispielloser Opferwilligkeit und Energie erhob, dessen östlichste Provinz (Ostelbien!) allen anderen deutschen Stämmen durch freiwillige Aufbietung seiner Kräfte im Befreiungswerke voranging und den alten furor teutonicus wieder aus dem Schlaf weckte, das die Hörigen befreite, die Städteordnung schuf, den Zollverein gründete, die allgemeine Wehrpflicht einführte. Endlich war es Preußen, das die Einheitsbestrebungen praktisch aufnahm und zum Ziel führte. Es war Preußen, das aus seinem vielgeschmähten Adel einen Bismarck gebar, das seine ganze Existenz aufs Spiel setzte, um diese Einigung anzubahnen und herbeizuführen, seine Armee und Flotte bedingungslos in den Dienst des ganzen Deutschlands stellte, und zuerst allein, 1870/71 mit den anderen deutschen Staaten im Verein, die Einheit, das allgemeine Stimmrecht und die Reichsverfassung erfocht, beides derart gemißbraucht, wie es jetzt geschieht.

Ja, der alte Demokrat Ziegler hatte recht, als er 1866 in Breslau seinen Gesinnungsgenossen zurief, daß Preußen den Fortschritt verkörpere, und man deshalb alle inneren Zwistigkeiten (damaliger Verfassungskonflikt) im Kampfe gegen Österreich vergessen möge.

Und woher hat Preußen den Anspruch auf die Macht wahren Fortschrittes? Weil es seinem innersten Wesen nach eine protestantische Macht ist. Eine protestantische Macht, aber nicht in dem Sinne des Satzes: Cujus regio hujus religio, sondern auch in dem der Duldsamkeit, wie sie der große Friedrich in Wort und Tat kundgab. Niemals ist in Preußen ein Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken in Anstellung und Beförderung gemacht worden. Wenn die Katholiken des öfteren in Beamtenschaft und Offizierstand in einer unverhältnismäßigen Minderzahl waren, so kam das einfach daher, weil lange Zeit hindurch in den westlichen Provinzen Abneigung gegen den preußischen Staatsdienst herrschte, und auch häufig nicht die nötige Befähigung unter den Katholiken vorhanden war, in den polnischen Landesteilen aber vielfach ausgesprochene Feindseligkeit vom Eintritt zurückhielt. Galt es doch bei einem großen Teil

des katholischen Adels vom Rheinland und Westphalen als Regel, in den österreichischen Heeresdienst zu treten.

Daß Preußen Niederlagen wie Jena und Olmütz, Fehlschläge, Abirrungen von dem ihm vorgezeichneten Fortschrittspfade zu verzeichnen hat, wer wüßte es nicht? Wir sind weit davon entfernt, sie beschönigen zu wollen. Aber auch von Preußen galt das Wort des Römers: Magna populi Romani fortuna, sed semper in malis major resurrexit!

Und in diesem Glauben wird hoffentlich auch Deutschland jetzt und künftig die schwersten Krisen überwinden. —

So wurde das Deutsche Reich 1870/71 unter Preußens Führung geboren und neu aufgebaut. Die Verfassung und alle diese Gesetze, die der Befestigung des deutschen Bundesstaates dienten, waren nur unter preußischer Initiative und Mitwirkung möglich. Das Heer unter möglichster Einheitlichkeit (leider nicht vollständiger), eine einheitliche Flotte, ein Münzwesen, die Reichspost, die diplomatische Vertretung, die Freizügigkeit, einheitliches Strafgesetz und Gerichtsverfahren, das bürgerliche Gesetzbuch, endlich die soziale Gesetzgebung, von der die Bebel und Jaurès sogar sagen mußten, daß Deutschland hierin an der Spitze der Welt marschierte, kamen sie nicht unter Preußens Führung zustande?

Aber dies Preußen selbst in der Gegenwart? — Es ist die oberflächlichste und lächerlichste Ungerechtigkeit, wenn man die Verhältnisse in Preußen nach dem Maßstabe eines unserer Kleinstaaten, südlichen oder westlichen Mittelstaaten beurteilen will. Dies Preußen, dessen langgestreckter Körper von Memel bis Saarbrücken reicht, umfaßt bekanntlich fast alle deutschen Stämme in ihren Eigenarten, dazu aber auch mehrere Millionen Polen, Masuren und Dänen. Es birgt in seinen Grenzen den beweglichen lebensfrohen Südwest-Deutschen, (Rheinländer, Nassauer); den schweigsamen, bedächtigen Niedersachsen (Westphalen, Friesen, Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner, Pommern); den gesprächigen, höflichen Obersachsen; den eigenartigen Märker, das tapfere alte Kolonistenvolk; den genügsamen Schlesier mit seiner slavischen Blutmischung, so vielartig wie sein Dialekt; jene Ostpreußen, gleich ihrem rauhen stürmischen Klima, oft bestimmt, schroff und aufbrausend, aber hervorragend durch Gedankentiefe und Unabhängigkeitssinn, ungeachtet aller Anhänglichkeit an Preußens Königshaus. Dazu nun neben ganz protestantischen, ganz katholische, auch konfessionell gemischte Landesteile. Der Westen und die Mitte Preußens stark industriell, der Osten größtenteils agrarisch. Die Landwirtschaft im Westen, meist auf Kleinbesitz beruhend, jenseits der Elbe neben dem Bauer der Großgrundbesitz. Die Erzeugnisse nach Klima und Boden verschieden. Die Lebensbedingungen und Verhältnisse, insbesondere der niederen Klassen, im Osten und Westen anders geartet.

Im Osten ein Kampf gegen das polnische Element, dessen Entschiedenheit

und Schärfe Preußen durch das angriffsweise Verfahren, die Polonisierungssucht der Polen und der katholischen Geistlichkeit aufgenötigt worden war, den Preußen nicht nur für sich, sondern für ganz Deutschland kämpft.

Keines deutschen Staates Aufgabe kann sich auch nur entfernt mit derjenigen vergleichen, die Preußen zufällt. Daher muß denn Preußen immer auch mit einem anderen Maß gemessen werden, als selbst mit den größten anderen deutschen Staaten.

Was nun von Seiten der Demokratie aller Sorten Preußen den Vorwurf der „Rückständigkeit“ zuzieht? Da ist zuerst das Dreiklassensystem bei den Abgeordnetenwahlen. Wir gestehen zu, daß es nicht herrlich ist, aber es ist immer noch besser als das allgemeine Stimmrecht, in welchem jeder unreife und ungebildete Bursche von 21 Jahren dieselbe Stimme hat, wie die Helmholz, Schmoller, Bülow und Moltke. Gern würden auch wir eine Abänderung sehen, wenn — es keine Sozialdemokratie gäbe.

Das Herrenhaus? — Sind aber die ersten Kammern von Bayern, Württemberg u. s. w. nicht nach viel feudaleren Grundsätzen zusammengesetzt?

Wollte Gott, wir hätten ein Oberhaus im Deutschen Reiche, oder einen Senat wie in den Republiken Frankreich, Nordamerika.

Aber die sozialen Verhältnisse der ländlichen Arbeiter im Osten? Auch hier sind die größten Übertreibungen von seiten der Demokratie aller Sorten mit Eifer in Umlauf gesetzt worden.

Wir lassen folgende Angaben über die Zustände in Niederschlesien folgen. Unter Hofeleuten auf einem Rittergut versteht man:

I. Knechte. Diese erhalten jährlich:

1. Barlohn	140—150 Mk.
2. 16 Zentner Roggen	112 „
3. 1 „ Weizen	9 „
4. 30 „ Eßkartoffeln	60 „
5. 180—200 Liter süße Milch	20—25 „
6. 200—240 „ Magermilch	10 „
7. Buttergeld	40—50 „
8. Holzgeld	40—50 „

Sie erhalten außerdem: Ein Hausgärtchen zum Gemüsebau; einige Furchen Kartoffelland; Wohnung und Stallung für ein Schwein; freie Schule und Kirche, d. h. der Rittergutsbesitzer bezahlt sämtliche Schul-, Kirchen- und Gemeindeabgaben.

II. Arbeiter. Sie erhalten Tagelohn im Winter . —.90—1.20 Mk.
„ „ „ „ im Sommer 1.10—1.50 „
Die meiste Arbeit ist Akkordarbeit. Verdienst dabei 2—3 „

Freie Wohnung und Stallung. Frei: Doktor, Apotheke, Schul-, Kirchen- und Gemeindeabgaben. 1 Morgen Land und Gespanne zum Bearbeiten. Etwas Gräserei.

Arbeiterfrauen erhalten im Winter . . . . 50—60 Pf.
" " " Sommer . . . . . 70—80 "
" " bei Akkordarbeit . . . 1.50—2.— Mk.

Mägde gibt es fast gar nicht mehr. Sie erhalten 120—150 Mk. Jahreslohn bei Wohnung, Kost und Feuerung für sich und ihre Kinder.

Die Löhnungsverhältnisse in den Provinzen Sachsen (Kr. Sangerhausen), Brandenburg (Kr. Frankfurt und Soldin) und Pommern (Kr. Greifswald) zeigt folgende Übersicht:

	Barlohn des Mannes	Barlohn der Frau	Ackerland, Garten, Wiese	Viehnutzung	Verschiedenes, Wohnung
Tagelöhner Provinz Sachsen (Kr. Sangerhausen).	Wenigstens ca. 650 Mk. in Tagelohn und Akkord.	Bei $^1/_2$ tägiger Arbeitszeit ca. 200 Mk. in Tagelohn und Akkord.	$^1/_2$ Morgen gut gedüngtes Kartoffelland, bester Bonität. Wert 60 Mk. Es verkaufen die Leute Kartoffeln.	2 Ziegen, wofür die Leute Futter in Gräben u. s. w. frei gewinnen, frei Rübenbeet; 2 Mastschweine füttern die Leute.	2 Freifuhren $2^1/_2$ Gespanntage zur Beackerung ihres Pachtlandes Wert = 40 Mk., freie Wohnung = 72 Mk.
Tagelöhner Provinz Brandenburg (Kr. Frankfurt und Soldin).	Wenigstens ca. 670 Mk. Dazu 60 Mk. für Brennmaterial.		$1^1/_2$ Morgen gut gedüngtes Kartoffelland = 80 Mk., 60 □Ruten Garten = 20 Mk., Gras, Heu, Stroh für 2 Ziegen = 30 Mk.	Die Leute halten sich 2, auch mehr Ziegen und 2 Mastschweine oder für die Ziegen 1 Kuh.	Freifuhren = 40 Mk., Freiarzt = 25 Mk., freie Wohnung = 60 Mk.
Tagelöhner Provinz Pommern (Kr. Greifswald).	Wenigstens ca. 625 Mk. und freies Brennmaterial.		$1^1/_2$ Morgen gut gedüngtes Kartoffelland = 80 Mk., 60 □Ruten Garten = 20 Mk., Futter f. 2 Ziegen = 30 Mk., Weide für 8 Zuchtgänse und Junge.	Die Leute halten sich 2, auch mehr Ziegen, 2 Mastschweine und verkaufen die Zucht der Gänse im Herbst.	3 Freifuhren = 20 Mk., freie Wohnung = 60 Mk.

Verheiratete Knechte, Hofmeister, Schafknechte erhalten vielfach Deputat an Getreide. Die verheirateten Knechte stehen sich gleich den Tagelöhnern; Hofmeister, Schafknechte u. s. w. höher.

Von einem Elend der ländlichen Arbeiter ist also gar keine Rede. Dabei ist zu beachten, daß die ländliche Arbeit in freier Luft auf die Dauer viel

weniger körperliche Kräfte verbraucht, als die der Industrie. Zugestanden kann werden, daß die Löhne der Arbeiterfrauen niedrig sind, daß sie aber auch in ihrem kleinen Haushalt, Kinderwartung u. s. w. sehr viel zu tun haben, und die Arbeit für die Dienstherrschaft oft nur gering sein kann. Die Wohnungen lassen allerdings noch auf vielen Gütern zu wünschen übrig. Doch ist auch dafür viel geschehen. Wie soll aber der Gutsbesitzer überall Verbesserungen bei dem jetzigen Stand der Landwirtschaft eintreten lassen? Von einer schlechten Behandlung der Hofeleute ist gar keine Rede. Der Gutsbesitzer weiß am allerbesten, in Anbetracht der heutigen Sachsengängerei, daß er sich dabei selbst ins Fleisch schneiden würde. —

Ist es die Handhabung der Polizei, der Justiz? Nun, die Demokratie beklagt sich über diese in manchen anderen Staaten, z. B. in Sachsen, ganz ebenso und mehr als in Preußen. Wenn man von einer Klassenjustiz spricht, so kann man mit demselben Recht auch von einer Klassenverteidigung sprechen.

Das alles ist es nicht, sondern es ist der Haß gegen das preußische „Junkertum", den „ostelbischen" Adel, und zwar deshalb, weil der Demokrat in ihm eine der festesten Stützen der Vaterlandsliebe und der Monarchie erkennt. Mit dieser Taktik richtet die Demokratie ihren Sturmbock gegen diesen Pfeiler, um ihn zuerst zu Fall zu bringen. Darin wird sie denn von allen den sich liberal nennenden Kreisen, die, ihre eigene Würde vergessend, neidvoll nach oben blicken, unterstützt. Nicht nur in west- und süddeutschen Kreisen, sondern auch unter den biederen freisinnigen Bierphilistern der großen preußischen Städte ist der „Junker" eine Karikatur dessen, was er *wirklich* ist. Man zeichnet ihn als einen von Vorurteilen strotzenden, mit der Reitpeitsche regierenden, nur für Pferd und Hund lebenden, einzig und allein seinen Vorteil begehrenden, rüden Burschen. Demgegenüber sage ich: Eins der großen Übel, nicht nur in Preußen, sondern auch in ganz Deutschland, besteht darin, *daß sich die Stände zu wenig kennen.* — Eine gewisse Einseitigkeit pflegen Beruf und Überlieferung überall geltend zu machen, und diese drückt sich in allen Ständen in unsympathischer Weise bei einzelnen Personen aus. Der „Junkerhochmut" steht durchaus nicht allein. Man findet Hochmut unter Professoren, Lehrern, Geistlichen, vor allem unter Künstlern, in schärfster Weise ausgeprägt und unter den unbedeutendsten am allerstärksten. Hat man doch jüngst den Anspruch erhoben, auf einen Dichter dürfe das Gesetz des betreffenden Staates nicht angewendet werden.

Wenn der gebildete Deutsche die Sitze des preußischen Landadels durchwanderte, würde er inne werden, wie es dort wirklich aussieht, auf wie wenige seine Voreingenommenheit zutrifft. Aber das darf ja nicht sein. Der preußische Junker *muß* ein moralisches Ungeheuer bleiben, so gebieten es Bebel, Zubeil, Parvus mit ihrem gesamten Anhang und ihren Mitläufern.

Die Mär, daß die „Junker“ in Preußen regieren, wird denn auch hartnäckig aufrecht erhalten, obgleich augenblicklich nicht weniger wie vier Minister bürgerlich sind (einer inzwischen geadelt). Wenn aber in Armee und Verwaltung der preußische Adel noch eine Rolle spielt und daher einen gewissen Einfluß ausübt, so verfolgt er nur damit seinen alten historischen Weg weiter, wie der englische Adel seine politische Stellung noch jetzt behauptet, ohne daß man dort irgendwelchen Anstoß daran nimmt.

Auf dem Lande, im Osten, — aber ebenso in Sachsen, in Hannover, in Holstein und Alt-Bayern — hat der Rittergutsbesitzer noch ein Übergewicht über die andere Bevölkerung, das sich nicht nur auf den Besitz, sondern auch auf seine höhere Bildung stützt. Auf dem Lande springt freilich der Unterschied zwischen „Schloß und Hütte“, zwischen großem und kleinem Besitz, mehr in die Augen, wie in der Stadt. Der Bauer kann die Mittelklasse nicht ganz ersetzen. Hier wird denn auch von der Sozialdemokratie der Hebel mächtig angesetzt. — Aber wie oft ist die Lage im Schloß in der Gegenwart schlechter und sorgenvoller als in mancher Hütte!

Im Osten ist der Großgrundbesitz ein unentbehrlicher Faktor, um die Landwirtschaft, das Rückgrat unseres Staates, aufrecht zu erhalten. Die Behauptung, daß in der Parzellierung das Heil der Zukunft läge, ist auch eine von den Schlagworten, die gedankenlos nachgebetet werden. Verbesserungen, Fortschritte der Landwirtschaft lassen sich nur mit großen Mitteln anfangen, wie Graf Posadowsky neulich im Reichstage richtig auseinandersetzte.

Der Sozialdemokrat wird sagen: da behauptet der Mann ja, was wir wollen. Die Verstaatlichung von Grund und Boden wird erst recht im Großen arbeiten. — Erstens aber sage ich keineswegs, daß der Kleinbesitz nicht auch nötig ist. Im Gegenteil, er soll gestärkt werden; er ist unentbehrlich neben dem Großgrundbesitz. Seine Stärkung, der Besitz der Scholle, ist das kräftigste Mittel gegen die Sozialdemokratie. Mit der Verstaatlichung hört die individuelle Arbeit, der persönliche Erwerb und die Konkurrenz auf, die *unentbehrlichen* Mittel für die Erreichung kultureller Zwecke. Das liegt in der menschlichen Natur. Ein jeder will sich verbessern.

Diejenigen, die geneigt sind, die Lage der Landwirtschaft zu überschätzen, haben keinen Begriff von den auf dem platten Lande ruhenden Lasten, z. B. Einquartierung, für die Rittergüter speziell Schulunterhaltungs- und Patronatskosten.

Nicht will ich verkennen, daß Eitelkeit und Genußsucht am Ruin manches Gutsbesitzers schuld sind. So glaubt gar mancher, es ginge nicht anders, als den Sohn bei der Kavallerie dienen zu lassen. Aber diese Dinge wirken auf den Zustand des Ganzen keineswegs entscheidend ein. Hohe Zeit war es daher,

daß die Handelsverträge zustande kamen, in denen die Interessen der Landwirtschaft, so weit dies möglich war, gewahrt worden sind. Ihre Annahme zeigt zugleich, was erreicht werden kann, wenn verständig und energisch auf ein Ziel losgearbeitet wird. Die großen Worte der Sozialdemokratie sind bei Annahme des Tarifs im Dezember 1902 und bei Annahme der Verträge im Februar 1905 in nichts zerstoben. Und wenn die Regierung nach Bismarckschen Rezept auf einem andern Gebiet mit derselben Konsequenz und Energie vorgehen wollte, würde sie schließlich auch eine Mehrheit finden. —

Wenn wir nun noch zum Schluß bemerken, daß Preußens Finanzen sich in sehr gutem Zustande befinden, daß sein Einkommensteuergesetz den vierten Stand gar nicht, dagegen die mittleren Einkommen sehr stark (die großen zu wenig) belastet, daß seine Eisenbahnorganisation mustergültig ist, daß seine Verwaltung pünktlich und sicher fungiert, so wird sich uns die Phrase vom „rückständigen Preußen" als eine demokratische Erfindung vor Augen stellen. Wenn Preußen sich gegen Neuerungen, wie Mädchengymnasien und Frauenstudium u. s. w., kühl verhält, so tut es sehr wohl daran, andere Staaten solche höchst zweifelhaften Dinge erproben zu lassen, über welche man erst oft ein Urteil gewinnt, wenn der Schaden oder die Nutzlosigkeit nach Jahrzehnten offen zu Tage tritt. —

Nein, das alles erweckt nicht den Haß der Demokratie, sondern es ist der Geist der Autorität, das straffe preußische Wesen, hauptsächlich verkörpert in der Armee, der monarchische Geist, der trotz aller Gegenströmungen und, sagen wir es offen, auch trotz begangener Fehler, zwar gesunken, aber noch immer mächtig ist, der aber vernichtet werden muß, soll die soziale Republik, oder das von der gelinderen Sorte der Demokratie erstrebte parlamentarische System obsiegen.

Eins wollen wir nicht verkennen, Preußen macht dem ultramontanen Prinzip in seinen Grenzen und auch im Reiche jetzt zu viele Konzessionen. Das schadet ihm, denn der Protestantismus ist und bleibt der Nerv Deutschlands. Aber man nenne uns einen süddeutschen Staat, wo es besser wäre. Etwa in Bayern? — —

III.

Die rückständige Sozialdemokratie.

Das klingt paradox, und doch ist es wahr. Ja, die Sozialdemokratie ist nicht nur rückständig, sie ist in mehr als einem Punkt reaktionär. — Man dient nicht dem wahren Fortschritt, indem man das Bestehende einfach zerschlägt, sondern bekanntlich kommt es darauf an, ob man etwas Besseres an die Stelle zu setzen weiß. —

Als die französische Nationalversammlung in der berühmten Nacht des 3. zum 4. August 1789 im Revolutionsrausch nicht nur alle Privilegien aufhob, sondern auch alle Korporationen und ständischen Einrichtungen in Bausch und Bogen zerstörte, wurde sie das Beispiel und Muster der in ohngefähr einem Jahrhundert teils mit teils ohne Erschütterung eingeführten liberalen Gesetzgebung der Staaten des Kontinents mit Ausnahme Rußlands. Das ständische korporative Prinzip wurde dort gänzlich, dort zum größten Teil vernichtet. Das Korporationswesen, Innungen, Zünfte, ständische Vertretungen waren reformbedürftig, aber man reformierte nicht, sondern vernichtete. —

So stand und steht die bürgerliche Gesellschaft unorganisiert dem Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber.

Diese aber nahm das ständische Prinzip unter neuer Flagge wieder auf. Freilich heißt es nicht der Arbeiterstand, sondern die Arbeiterklasse. Aber noch niemals vielleicht in der Weltgeschichte sind ständische Vorurteile, als da sind: Verachtung und Verleumdung der anderen „Klassen", ihre Bekämpfung, ein angebliches Ehrgefühl, Standesgeist und Standesbewußtsein mit größerer Schroffheit gepflegt worden, als von der Sozialdemokratie im sogenannten vierten Stande. Man fordert in allen Handlungen die größte Einheitlichkeit, betrachtet die als ehrlos, welche sich den Anordnungen der Führer oder den Beschlüssen der „Organisierten" nicht fügen, verfolgt die der Eingliederung in sozialdemokratische Gewerkschaften und die politische Organisation Widerstrebenden, genug, pflegt das bis zur Ausschreitung, was man in anderen Klassen als Kastengeist, Überhebung und Unterdrückung anderer Stände aufs äußerste bekämpft. — Gleiches Menschenrecht und Brüderlichkeit werden nirgends in Wahrheit mehr verleugnet, wie in den Reihen der Sozialdemokratie. —

Was sind die Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften anders, als ein Ersatz der alten Korporationen vergangener Zeiten? — Aber auch mit vielen, seit geraumer Zeit vom Staat teils eingeführten, teils angestrebten

Organisationen verhält es sich ebenso, so mit den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, den Arbeitskammern, den gesetzlich anerkannten Berufsvereinen, die gebildet werden sollen, den Arbeiterausschüssen. Dies alles aber wird unter jetzigen Verhältnissen und angesichts der politischen Organisation der Sozialdemokratie mehr oder weniger ein Werkzeug dieser Partei sein.

Die Folge eines Sieges der Sozialdemokraten wäre zuerst eine Diktatur des Proletariats nach berühmten Mustern (Jakobiner 1793—1794, Kommune 1871). Dann aber, angenommen, daß die Theorien der Sozialdemokraten sich durchführen ließen oder ein Anfang mit ihrer Durchführung gemacht würde, eine Herrschaft des vierten Standes, unter der Leitung der sozialdemokratischen Führer, versteht sich. Daß ein blutiger Rückschlag folgen würde, ist oft genug dargelegt und aus der Geschichte bewiesen worden.

Die Sozialdemokratie strebt also vor allem durch ihre Organisation und ihre Endziele eine neue Standesherrschaft an, verletzt somit in gröblichster Weise das von ihr oft ausgeschrieene Prinzip der Gleichheit und Brüderlichkeit. Denn die mit wütendstem Haß verfolgten Junker- und Bourgeoisstände müßten doch erst zerschlagen werden, ehe sich der Zukunftsstaat erheben könnte, und dieser Staat könnte eben nichts anderes sein, wie Herrschaft der Masse, also des vierten Standes.

Der Liberalismus aber sollte sich hieraus die Lehre ziehen, die von ihm verfochtenen Doktrinen zu prüfen. Englands freiheitliche und parlamentarische Institutionen haben sich nur deshalb derart entwickeln können, weil die Engländer, trotz ihrer beiden Revolutionen und ihrer echt germanischen Selbstverwaltung das ständische Prinzip nicht fallen ließen, es vielmehr reformierten und, wo es möglich war, erhielten, so vor allem im Oberhause.

Deshalb haben auch in England die im 19. Jahrhundert gebildeten Organisationen der Gewerkvereine und Trades-Union niemals einen solchen Streikterrorismus ausgeübt wie jetzt bei uns geschieht. Sie blieben auch immer national. Die revolutionäre Chartistenbewegung wurde 1848 durch die Bürgerschaft von London selbst unterdrückt. Wenn ein berühmter Gelehrter, vor dem jedermann den Hut abnimmt, im Herrenhause von Ausnahmegesetzen abriet, und die Verständigung anpries, dabei auch darauf hinwies, daß in England nach den Kriegen gegen den ersten Napoleon viel schlimmere Ausschreitungen vorgekommen seien als bei uns, so muß dabei bemerkt werden, daß diese Unruhen vorübergehende Erscheinungen, infolge von Hungersnöten waren, die mit der Macht und Gefahr der jetzigen sozialdemokratischen Organisation nicht zu vergleichen sind. In der sozialen Bewegung ist uns England übrigens um 40—50 Jahre voraus, wie in der politischen mehr wie zweihundert. Die friedliche Wendung, die in England in den 40ziger und

siebenziger Jahren durch Verständigung der Regierung und der Arbeitgeber mit den Trades-Union eintrat, war nur deshalb zu erreichen, weil diese Vereinigung eben nicht revolutionär war. **Ähnliches wird bei uns stets unmöglich gemacht werden, solange die politische Organisation der Sozialdemokratie existiert.** — Die englische Gesetzgebung von 1873 und 1876 verbürgte übrigens die Streikfreiheit nur, solange kein direkter Zwang ausgeübt wurde, was bei uns alle Tage geschieht.

Der Streik ist bei uns allergrößten Teils eine Machtprobe, ein revolutionäres Mittel geworden. Er ist mit Kontraktbruch und ohne vorherige Verhandlung ausgeübt, ein Rückfall bis ins Mittelalter, ein Stück Faustrecht, nichts besseres.*) —

Der Vergleich unserer Verhältnisse mit den englischen ist schon deshalb nicht statthaft, weil innere Zustände auch stets mit Rücksicht auf die äußeren betrachtet werden müssen. Eine Trennung und absolute Verfeindung der Gesellschaftsklassen, wie sie die Sozialdemokratie eingestandenermaßen anstrebt, würde Deutschlands Verteidigungskraft lähmen und seiner auf die allgemeine Wehrpflicht gebauten Armee den inneren Halt rauben. Keine Institution aber bildet eine größere Gefahr für die soziale Ordnung, als die allgemeine Wehrpflicht, wenn die sozialdemokratischen Ideen erst den vaterländischen Kitt, der die Gesellschaftsklassen zusammenhält, gelockert haben. —

Dazu tritt nun die geographische Lage Deutschlands, während England vor feindlicher Invasion gesichert ist, solange seine Flotte die Wogen beherrscht.

Die jetzige Zeit steht nicht nur „im Zeichen des Verkehrs“, sondern ist auch eine Zeit der Bildung, d. h. man trieft in allen Klassen förmlich von Bildung. Es gibt einen Sport der Bildung, der zur Verbildung führt, vor allem aber greift die Halbbildung in schlimmster Weise um sich. Welche persönliche Überschätzung sie mit sich führt, ist sehr bekannt. Man kann aber auch ein studierter Mann von ausgebreiteten Kenntnissen sein und dennoch keine wahre Bildung besitzen.

Denn hierzu gehören Takt, feines Empfinden für anderer Wohl und Wehe, und Anstandsgefühl. Wie äußern sich diese? Vor allem in dem von der betreffenden Person angeschlagenen Ton im Verkehr. — In diesem nun ist die Partei „der wahren Bildung und des sozialen Fortschrittes“ die rückständigste der Welt. In Presse und Versammlungen herrscht ein gehässiger, gemeiner, jeder Achtung vor dem Gegner entbehrender Ton, der die ekelhaftesten Ausdrücke nicht verschmäht. Aber nicht nur gegen den politischen Feind, sondern auch

*) Vergleiche unten Kapitel V.

bei Zwistigkeiten unter sich hört man diese Ausbrüche, auf die nur der Vers Heines ganz und gar paßt:

„Jedes Wort ist ein ....
Und kein leerer.“

Es ist kein Wunder! Der Parteifanatismus von Schnapswirten und Budikern, die eine politische Rolle spielen wollen, fördert die Einpaukung revolutionärer Reden und Phrasen der Sendlinge, genannt Wanderredner, die in der sozialdemokratischen Organisation als niedere Werkzeuge dienen. Er erzeugt eine kolossale Überhebung, und diese gerade enthüllt wie die Trunkenheit die niedrige, gemeine Natur. Und nach dem Zugeständnis eines sozialdemokratischen Blattes ist die schmutzigste, gemeinste, verleumderischste Sprache in Reden und Flugblättern nötig gewesen, um die Massen in den jüngsten Reichstagswahlen zu gewinnen. Kein gutes Zeugnis für die Massen!

Einige kleine Beispiele des Tones seien hier angeführt. Der Abgeordnete Richter und die Freisinnige Partei erhielten folgende Schmeicheleien in dem sozialdemokratischen Moniteur: ohnmächtig boshaft, bodenlos eitel, grotesk unvernünftig, Verrat und Schurkerei, Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit, komödiantischer Advokat, Geistesverheerung, traurig beschränkter Kopf, gesinnungsloser Eigennutz des kapitalistischen Unternehmertums, quakender Phonograph, Klopffechter, Sancho Pansa, Stierkämpfer des Kapitalismus, gemeine Fälschung, Dummdreistigkeit, Infamie, schäbiges Handwerk, Aberwitz, Tobsucht, Großinquisitor, des Kapitalismus, einer Metze gleich, die Entmündigung zu erwägen u. s. w. Wie die Genossen sich untereinander behandeln, ist bekannt. Der Genosse Mehring, den Bebel im Dresdener Parteitage in Schutz nahm, wurde vom Parteitage und im Vorwärts gerüffelt, weil er in der Leipziger Volkszeitung gegen den Genossen Dr. Südekum die gröblichsten und höhnischsten Beleidigungen veröffentlicht hatte.

Es ist zum Lachen! Das geschieht, nachdem die sozialdemokratische Fraktion in ohnmächtiger Wut in der Tarifdebatte vom Dezember 1902 die Gegner mit Lump, Räuber, Henker u. s. w. traktiert, und der Vorwärts obige Stilblüten veröffentlicht hatte. Der jüdisch-polnische Genosse Parvus sprach in der Leipziger Volkszeitung von dem „Pesthauch“, mit dem man die Gegner vertreiben müsse, „die sich im eigenen Kot wälzten“ u. s. w.

Dieser im Reichstage und in der Presse von der Sozialdemokratie angeschlagene Ton kennzeichnet sie als eine Partei der äußersten Rückständigkeit, denn die anständige, feine Ausdrucksweise, deren man sich in gebildeten Kreisen befleißigt, ist von ihr verleugnet, von ihr, die sich stets als die Partei kundgibt, welche den niederen Klassen höhere Geistesbildung zuführen will, und die stets über jedes Kommißkraftwort die bitterste Klage führt.

Dies Verhalten und dieser Ton wären geeignet, ähnliche Erwiderungen hervorzurufen, aber mit seltenen Ausnahmen ist dies von den bürgerlichen Parteien bis jetzt verschmäht worden, wenn man auch nicht umhin kann, Verleumdungen und krasse Beleidigungen mit dem richtigen Namen zu bezeichnen. Ganz im Gegenteil behandelt die bürgerliche, liberale Presse die Sozialdemokratie größtenteils mit der auffallendsten Milde, während sie für jede Ausschreitung eines Fähnrichs oder „Junkers" nicht genug Ausdrücke der Verdammung finden kann. Es sind ja nur „Symptome" heißt es dann. Ja, von was sind es Symptome? Von etwas Gutem wahrlich nicht. —

Und diese Partei erlaubt sich, das Lamm zu spielen, dem der Wolf das Wasser trübt, wenn ein anderer einmal einen scharfen Ausdruck braucht, und versucht uns in salbungsvollem Ton Anstandslehren und Moralregeln zu geben

Aber die Gelassenheit und Apathie, mit der das alles ertragen und als etwas selbstverständliches angesehen wird, ist ein Zeichen des Niederganges des öffentlichen Ehrgefühls und der öffentlichen Würde.

Daß zu allem dem noch die Untergrabung der Moral durch die Benutzung veruntreuter Dokumente kommt, und der Meineid nicht als entehrende Handlung betrachtet wird, um einen Genossen vor Gericht zu entlasten, vervollständigt das Bild.

Wir sind ein Anhänger des Fridericianischen Grundsatzes in Religionssachen: „Jeder nach seiner Façon." Aber empörend ist die von der Sozialdemokratie getriebene Methode, den Leuten den Gottesdienst zu verekeln und die religiösen Gefühle in den Staub zu ziehen. Dies geschieht unter anderem durch Umdichtungen. Wenn man das nicht nur für jeden Christenmenschen, sondern für jedes empfindende Herz rührende und erhebende Lied: „Stille Nacht, heilige Nacht" in einen Text des elendesten Parteifanatismus verwandelt sieht:

„Stille Nacht, heilige Nacht,
Henkersknecht hält die Wacht" u. s. w.

dann kehrt sich das Innerste um, und man fragt sich, was man von solchen Leuten zu erwarten hätte, wenn sie die Herrschaft an sich rissen.

IV.

Das Verhalten der Sozialdemokratie zum Auslande.

Wir stellen mit Recht den Satz auf, daß keine auswärtige Konfliktangelegenheit sich in 35 Jahren abgespielt hat, in der die Sozialdemokratie nicht auf seiten des Auslandes stand, alles natürlich im Interesse der erbärmlichsten Parteipolitik. Man suche von dem deutsch-französischen Kriege an, und man wird keine finden.

Sogar in den Jahren der Spannung zwischen Rußland und Deutschland hat man niemals eine Zustimmung zu Deutschlands Haltung gehört, um so auffallender, als doch die Sozialdemokratie der geschworene Gegner des Zarismus und Verbündete der russischen Revolutionspartei von jeher gewesen ist.

Der Krieg in Ostasien.

Als der japanisch-russische Krieg ausbrach, stellte sich die Sozialdemokratie und mit ihr die gesamte linksliberale Presse sofort auf Seite Japans. Es geschah dies aus Haß gegen das russische Regierungssystem. Es kann natürlich keinem Menschen und auch keinem Volk verwehrt werden, zu äußern, wem sie ihre Sympathien zuwenden wollen, wohl aber kann man verlangen, daß ihre öffentlichen Äußerungen sich von der Rücksicht auf das Wohl des eigenen Vaterlandes leiten lassen. Nun haben wir schon während des Burenkrieges gesehen, wie sehr uns die Übertriebenheiten unserer Sympathieerklärungen, und die oft hämischen Ausfälle unserer Presse gegen die englische Politik geschadet haben, wie bitter uns die englische Presse nach dem Kriege zeigte, daß unser Verhalten nicht ihrer Nation vergessen sei. Wir greifen die Sympathien für die Buren nicht an und für sich an, aber ein politisch klardenkendes Volk muß seine Handlungsweise und seine Äußerungen in ihrer Tragweite zu übersehen und zu berechnen verstehen, und das tun wir Deutschen eben in solchen Fällen nicht. Das Gefühl geht mit uns durch. Wir sind darin noch politische Kinder. Sparen wir unsere Begeisterung für unser Land, für unsere Helden, für unsere Taten auf, und denken wir an die Folgen, die ein törichtes, politisches Verhalten nach sich zieht.

Und so haben wir es leider schon zu oft gemacht. Unsere Sympathien für den Aufstand in Russisch-Polen 1863 hätten uns einen großen Stein in

den Weg zur deutschen Einheit geworfen, wenn nicht die weitschauende, aber damals bitter von der liberalen Partei bekämpfte Politik Bismarcks uns der wohlwollenden Haltung Rußlands versichert hätte, die wir während des Krieges gegen Österreich und Frankreich nötig hatten, womit ich nicht sagen will, daß Rußland uns nicht seit 1830 mehr verdankt als wir ihm.

Ebenso unpolitisch ist nun eine entschiedene Parteinahme für oder gegen Rußland im ostasiatischen Kriege. Die Beschäftigung Rußlands in Ostasien schafft uns vorläufig Luft in der Zwickmühle des Zweibundes. Ein entschiedener Sieg Rußlands stärkt dieses Reich, und der Zweibund gewinnt neue Kraft. Ob nicht ein Krieg des Slavismus die Frage der Zukunft ist, kann durchaus nicht bestimmt verneint werden. Ein vollständiger Sieg Japans dagegen bedeutet die Aufrüttelung der gelben Rasse, die Bedrohung unserer Kolonie in China und eine große Handelskonkurrenz. Daher: Neutralität und Abwarten, was dabei herauskommen wird, und Vorbereitung zu einem eventuellen Eingreifen. Diese politische Linie hat unsere Regierungspolitik offenbar mit Recht und Geschick eingehalten.

Was aber tut die Sozialdemokratie? Daß sie die japanischen Erfolge, die Kunst ihrer Führer, die Eigenschaften dieses Volkes, die in der Tat alle Anerkennung verdienen, vergötterte, möchte noch hingehen, daß aber Hohn und Spott über die sich tapfer schlagenden Russen ausgegossen wurde, ist nicht zu verzeihen und wird uns, trotz aller inneren russischen Wirren, nicht vergessen und seinerzeit schon gezeigt werden. In höchst albernen Resolutionen sprachen sozialdemokratische Volksversammlungen in Berlin und an anderen Orten den Japanern ihre Sympathien aus unter Schmähungen der russischen Regierung.

Das Schlimmste aber ist, daß die Sozialdemokratie, im Verfolg ihrer bisherigen Politik, unsere Regierung sofort der Begünstigung Rußlands und des mehrfachen Bruches der Neutralität beschuldigte. Als russische, übel im Kampfe zugerichtete Kriegsschiffe in Kiautschou Zuflucht suchten, brachte der Vorwärts am 15. August einen langen Artikel gegen die deutsche Politik mit der Überschrift „Neutralitätsbruch“. Als aber inzwischen die Nachricht eintraf, daß die russischen Schiffe entwaffnet worden seien, klärte das Blatt keineswegs seine Leser über seinen Artikel auf. Der Neutralitätsbruch Deutschlands blieb also vor den Augen der gläubigen Leser des Vorwärts bestehen. Dagegen fand das Blatt natürlich kein Wort der Mißbilligung über den offenbaren Neutralitätsbruch der Japaner in Tschifu, wo ein russisches Kriegsschiff aus dem neutralen Hafen von den Japanern herausgeholt wurde. —

Der Königsberger Prozeß.

Der Sommer 1904 brachte nun den Königsberger Prozeß. In Königsberg hatte man bei verschiedenen Genossen Packete mit revolutionären Schriften der schlimmsten Art, die zur Einführung nach Rußland bestimmt waren, beschlagnahmt. Die preußische Staatsanwaltschaft erhob gegen diese Leute Anklage auf Grund der §§ 102, 103, 81—86 des deutschen Strafgesetzbuches. Die §§ 102 und 103 sagen, daß die Verbrechen des Hochverraths (81—86) gegen nichtdeutsche Regenten oder Staaten ebenfalls zu bestrafen sind, „insofern in dem betreffenden auswärtigen Staat dem Deutschen Reiche die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein.“ Im Verlauf des Prozesses stellte sich nun aber heraus, daß die preußische Gerichtsbehörde sich im Irrtum befunden hatte und sich durch mangelhafte Übersetzung eines Dokuments hatte täuschen lassen. Die Gegenseitigkeit war nämlich nicht verbürgt. Die Angeschuldigten sind daher nur nach dem § 128 des Strafgesetzbuches bestraft worden. Der Prozeß schwebt übrigens noch beim Reichsgericht.

Im Verlauf des Prozesses kamen natürlich eine große Anzahl Einzelheiten des russischen Regierungssystems zur Sprache, zu dessen Verteidiger wir uns selbstverständlich nicht aufwerfen wollen — insbesondere, was die baltischen Länder betrifft — dennoch aber erfordert die Gerechtigkeit, in Betracht zu ziehen, mit welchen Mitteln die revolutionäre Partei gearbeitet hat, und wie einer der liberalsten und menschenfreundlichsten Fürsten, Kaiser Alexander II., auf die schmählichste Weise zu Tode gehetzt worden ist, bis er endlich zerrissen auf dem Pflaster lag.

Die Angeklagten, viele Zeugen und vor allem die Verteidiger überboten sich in Übertriebenheiten und törichten Anschuldigungen gegen die russische Regierung. — Wenn der Rechtsanwalt Dr. Liebknecht behauptete, daß die russische Regierung den bulgarischen Minister Stambulow und den König Alexander von Serbien habe ermorden lassen, und er zu diesem Zweck die Vernehmung von Zeugen beantragte, so kann man sich einen Begriff von der Art der Verteidigung machen. — Daß nun die Sozialdemokraten und ihre Mitläufer ein furchtbares Jubelgeschrei über diesen Fehler der preußischen Justiz anstimmten, ist natürlich, daß aber bürgerliche Blätter sogleich Chorus machten, ist eben ein Zeichen der unsäglichen Verwirrung der Meinungen und Begriffe, die in Deutschland in politischen Dingen eingerissen ist. Ein solcher Fehler der Justiz ist gerade dort, wo andere Staaten ins Spiel kommen, in der Tat scharf zu rügen, aber er war doch immer nur ein Versehen, das zu richtiger Zeit entdeckt wurde, und das Vergehen der Angeschuldigten blieb deswegen immer

dasselbe. Nun aber wurde der Spieß geradezu umgedreht. Die preußische Justiz, und mit ihr die Regierung, wurde wegen angeblicher Liebedienerei gegen Rußland auf die Anklagebank geschoben und über die riesige Einbuße geklagt, die „das öffentliche Vertrauen und die Staatsautorität erlitten hätte". Die Sache sei eine „fürchterliche Lektion". Die Sache war allerdings eine fürchterliche Lektion, aber für die, welche die organisierte deutsche Sozialdemokratie noch immer als eine berechtigte Partei ansehen, die sich in eine liebreiche, gutmütige Sozialreformpartei verwandeln werde. Der Prozeß bewies im Gegenteil klar und deutlich, daß die Sozialdemokratie mit den russischen Mordrevolutionären in Verbindung stand und ihnen Material zur Vorbereitung und Ausführung ihrer Anschläge lieferte.

Es ist unfaßlich, daß ein Journal wie die Preußischen Jahrbücher sich wie folgt äußerte (auszugsweise): Die Regierung habe sich in ihren Diplomatenstuben und ihren Bureaus daran gewöhnt, Rußland als einen Kulturstaat anzusehen, „was es nicht ist".

Das sei eine falsche Vorstellung. In Rußland gehöre der politische Mord zur Verfassung. Der Zarismus sei die absolute Monarchie, gemildert durch Meuchelmord. Politische Morde in Europa und in Rußland seien etwas schlechterdings verschiedenes. (Rußland wird also hier zu Asien gerechnet.)

Also Rußland ist kein Kulturstaat. — Das ist eine auf Schrauben gestellte Behauptung. Ein erfahrener Historiker, wie der Redakteur jener Zeitschrift, ist ganz sicherlich darüber unterrichtet, daß es verschiedene Kulturen gibt, und daß dieser Begriff ein sehr schwer definierbarer ist.

Die Verfassung eines Staates spielt dabei keine ausschlaggebende Rolle, und wir stellen die Frage, ob die Staaten Italiens zur Zeit der Renaissance, in denen Gift und Dolch herrschten, ob Frankreich zu den Zeiten des XIV. und XV. Ludwig, in denen die Lettres de cachet walteten, das Frankreich, in welchem die Bartholomäusnacht, die Septembermorde und die republikanischen Hochzeiten stattfanden, Kulturstaaten sind? Die russischen Morde werden als etwas unentbehrliches, den Kulturzustand Rußlands charakterisierendes hingestellt, aber ich frage, ob sie in Frankreich, Spanien, Italien, wo nicht nur zahlreiche Staatsoberhäupter und hochstehende Personen fielen, sondern die Mörder auch Bomben unter friedliche, ganz unbeteiligte Menschen warfen, etwas Besseres sind als in Rußland? Und doch wird gewiß nicht verneint werden können, daß diese Länder Kulturstaaten sind.

Einen Stillstand gibt es in der Entwickelung nicht, und man kann daher auch niemals mit Selbstzufriedenheit sagen: Jetzt sind wir ein Kulturstaat! Unter keinen Umständen werden wir einen Kulturstaat haben, wenn die Sozialdemokratie ihren Staat errichtet haben wird. Der große Unterschied

zwischen west- und mitteleuropäischen und russischen Verhältnissen berechtigt uns noch nicht, Rußland aus der Reihe der Kulturstaaten zu streichen, Rußland, das vielen Völkern in Mittelasien immerhin etwas Besseres gegeben hat, als sie besaßen, ohne welches die Balkanländer heute noch unter der Herrschaft der Türkei seufzen würden, die doch wahrhaftig auch kein Kulturstaat ist, und das seit Jahrhunderten in europäische Verhältnisse eingegriffen hat.

Doch mag man nun Rußland als einen Kulturstaat ansehen oder nicht, so ist es unfaßlich, den Mord in Rußland als etwas ganz anderes wie in Westeuropa hinstellen zu wollen. Das heißt, einfach jeden Grund der Sittlichkeit erschüttern. Mord bleibt einfach immer Mord. Die Anschauungen darüber können in verschiedenen Zeitaltern verschieden gewesen sein, unserer Moral bleibt der Mord fremd, und wer ihn so oder so verteidigt, trägt zum Niedergang seines Volkes und zur Verwirrung der Begriffe bei. Nun kommt man mit Tell. Durchaus mit Unrecht. Der Dichter läßt Tell ganz und gar nach persönlichen Motiven handeln, nicht nach politischen. Diese treffen für ihn nur zufällig mit den letzteren zusammen. Schiller hat die vielfach künstlerisch angegriffene Szene mit Parricida gewiß mit der vollen Absicht der gründlichen Motivierung der Tötung Geßlers eingeschoben: „Hast du der Kinder liebes Haupt verteidigt?“ — Da liegt die Rechtfertigung des einzigen Ausnahmefalles. — Tells Tat ist nicht zu vergleichen mit der Kommandierung eines Menschen durch eine geheime Gesellschaft zur Ermordung eines anderen, der ihm persönlich ganz unbekannt ist. „Hört man noch das Wort,“ heißt es weiter in den Preuß. Jahrbüchern, „es gibt noch Richter in Berlin? Statt dessen ist es ein anderes geflügeltes Wort, das uns von allen Seiten und immer lauter in die Ohren gellt: Klassenjustiz!“

Das ist einfach ein infames, einen ganzen Stand entehrendes, von der Sozialdemokratie geprägtes Wort. Und das wiederholt ein deutscher Gelehrter?

Das infame Wort ist deshalb geprägt, weil die Gerichte nach Recht und Gesetz gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie einschreiten, und dafür soll man ihnen Dank wissen. Sie verteidigen damit die Freiheit des Willens des Individuums und des Staatsbürgers, die von der Sozialdemokratie unterdrückt wird.

Daß die Regierungen gegen die Mordseuche, die sogar eine Frau, die niemals an der Politik beteiligte Kaiserin von Österreich, hinraffte, auftraten, wo es auch sei, finde ich sehr in der Ordnung. Nun stehen Deutschland und Rußland seit Überwindung der Mißhelligkeiten der siebenziger und achtziger Jahre wieder in einem guten Verhältnis, und daß dies erhalten bleibt, muß ein Angelpunkt unserer Politik bleiben. Außerdem aber haben wir das Interesse, Verbindungen der Sozialdemokratie mit der revolutionären Partei anderer Länder aufzudecken. Nichts kann

der Sozialdemokratie besser die gesetzliche Maske herunterreißen. Eine Tätigkeit der geheimen russischen Polizei auf deutschem Boden würden auch wir durchaus mißbilligen, falls sie sich Handlungen erlaubte, die nur der unsrigen zustehen. Ein Beweis hierfür ist nicht geführt worden, und die anarchistischen Mordgesellen sind selbst Schuld daran, wenn Polizisten verschiedener Staaten sich auf fremdem Gebiet einfinden und zur Sicherheit der Staatsoberhäupter Beobachtungen anstellen.

Die Ausweisung der Sorte Mandelstamm und Silberfarb, die von der Sozialdemokratie als Märtyrer gefeiert wurden, und die, das Gastrecht mißbrauchend, sich politisch unnütz gemacht hatten, ist durchaus gerechtfertigt. Nicht ihre Ausweisung, sondern die Duldung solchen Unfugs wäre eine Verletzung unserer nationalen Würde gewesen. —

Gleich nach dem Königsberger Prozeß wurde Plehwe ermordet.

Die Betrachtungen des größten Teils der Presse bewegten sich in dem Geleise, daß die Tat eine Folge des augenblicklich in Rußland herrschenden Regierungssystems sei. Hiergegen würde sich nichts sagen lassen — denn das System des Meuchelmordes ist jetzt in Rußland am allermeisten im Schwange — wenn nicht fast überall eine Entschuldigung der Tat oder selbst eine versteckte Billigung durchgeschimmert hätte, die von Schilderungen der Regierungshandlungen Plehwes begleitet war, deren tendenziöse Übertriebenheit auf der Hand liegt. Es ist meines Erachtens unrichtig, die Männer, die sich die Erhaltung eines autokratischen Regiments zum Ziel setzen, persönlich als blutdürstige Tyrannen und Henker zu schildern. Man spricht so viel von Vorbeugung von Revolutionen durch angemessene Maßregeln, natürlich Konzessionen. Die der französischen Revolution vorhergehenden Jahre haben uns aber schon die Lehre gegeben, wie ungeheuer schwer es ist, aus einem verrotteten System in ein anderes besseres überzulenken, ohne dabei einen vollständigen Umsturz herbeizuführen. Unendlich viel schwerer als in Frankreich aber ist dies in dem Hundertzwanzigmillionen-Reich Rußland, das aus den verschiedensten Völkerschaften zusammengesetzt ist.

Wenn es daher Männer gibt, die einen solchen Posten übernehmen, der von tausend Gefahren bedroht ist, und der Überzeugung sind, ihr Eintreten für das bisherige System sei das richtige, so muß man gerechter Weise zugestehen, daß hierin auch eine gewisse Größe und Heldenhaftigkeit liegt, das kann nur der leugnen, der gänzlich vom Parteifanatismus verblendet ist. —

Die sozialdemokratische Partei und Presse jubelten nun der Ermordung Plehwes in allen Brusttönen einer fanatischen Demagogie offen zu. Der Vorwärts überschrieb seinen Artikel darüber „Gerichtet!“ und in allen den folgenden Preßäußerungen der Partei klingt der Gedanke durch, daß diese Mord-

taten, die nebenbei immer einer Menge unschuldiger Personen das Leben kosten, eine gerechte Hinrichtung verruchter Verbrecher sei.

Ebenso wurde in Versammlungen, insbesondere von den in Berlin veranstalteten, in deren einer die Worte des Doktors Liebknecht: „Der Bluthund ist tot!“ mit einem Beifallssturm aufgenommen wurden, der politische Mord gefeiert. Eine unter Leitung desselben Genossen veranstaltete Versammlung in Berlin hatte gleich nach dem Königsberger Prozeß folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Volksversammlung spricht dem Genossen Liebknecht für seine eingehende Darstellung des Königsberger Prozesses ihren Dank aus. Die Versammelten drücken den Angeklagten und Verurteilten ihre volle Sympathie aus und erkennen die aufopfernde Arbeit der Verteidigung an, durch die es ermöglicht wurde, der gesamten gesitteten und gebildeten Welt den Zarismus in seiner Nacktheit zu zeigen und die Brutalität und Barbarei seiner Beamten und Stützen in das richtige Licht zu ziehen. Die Versammelten fühlen sich eins mit dem unterdrückten und nach Freiheit dürstenden Volke und erklären sich zu jeder Unterstützung ihres Bestrebens zur Erringung westeuropäischer Kulturzustände bereit. Insbesondere ist sie der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie, um den Maschen des § 128 des Strafgesetzbuches zu entgehen, in ihr Organisationsstatut eine Bestimmung aufnehmen muß, nach der es Pflicht jedes organisierten Sozialdemokraten ist, an dem Transport von russischen, in Deutschland nicht verbotenen Schriften mitzuwirken und die russischen Freiheitskämpfer zu unterstützen.“

Das heißt also, man solle sich offen zu diesem Wirken bekennen, um nicht wegen Teilnahme an einer geheimen Verbindung bestraft zu werden, was im übrigen die im § 128 enthaltenen Vergehen keineswegs beseitigen würde. (Siehe dessen Wortlaut.)

Diese Einmischung in die Verhältnisse eines fremden Staates, diese Drohung gegen die Regierung desselben, und die ganz offene Parteinahme für die revolutionäre Partei zeigen — in Verbindung mit den die Ereignisse in Petersburg und Moskau weiter begleitenden Äußerungen — welche Zwecke die deutsche sozialdemokratische Partei im Auge hat. Die von ihr in Worten stets aufgerichtete Kluft zwischen ihr und der anarchistischen Partei ist hiermit vollkommen überbrückt. —

Was nun das russische Regierungssystem betrifft, unter dessen üblen Seiten die administrative Justiz und die Korruption des Beamtenstandes besonders betont werden, so hatte ich immer das Gefühl, als ob hier manche Übertreibung in der Presse unterlaufe. Ich wandte mich an einen Deutschen, der mehrere Jahrzehnte im russischen Dienst gestanden hatte, jetzt seit Jahren wieder in Deutschland lebt und gar keine Veranlassung hat, günstig oder ungünstig über die Zustände zu urteilen.

Seine Meinung, kurz wiederholt, ist, daß die administrative Justiz wegen gemeiner Vergehen eher milder ist, als die von einem Gerichtshof erkannten Urteile, und daß von ihr ein Unschuldiger nicht betroffen werden wird. Deswegen ist, bemerken wir, ein Mißbrauch derselben wegen politischer Vergehen natürlich nicht ausgeschlossen, über die sich unser Gewährsmann nicht äußert. — In der staatlichen Justiz hält derselbe die Bestechlichkeit absolut für ausgeschlossen. — Über den Beamtenstand äußert er sich wörtlich, wie folgt: „Im hohen Beamtenstande war zweifellos, bis vor etwa 50 Jahren, Bestechlichkeit vorhanden, aber auch nicht in dem Maße, wie man im allgemeinen glaubt. Jedoch wurden schon unter Alexander II. die Begriffe über Rechtsgefühl bessere, und die eiserne Faust Alexanders III. räumte gehörig auf.

Jedoch mögen gewisse Behörden, namentlich solche, die mit Lieferungen zu tun haben, Intendantur, Eisenbahn, Schiffsbau, in ihren mittleren Beamten heute noch stark bestechlich sein. Bei den höchsten Persönlichkeiten, Ministern und deren Gehilfen, Gouverneuren u. s. w. halte ich jegliche Bestechlichkeit für ausgeschlossen. Anders ist es jedoch mit den niederen Beamten, namentlich den Schreibern aller Art, also solchen die am meisten mit dem niederen Volk in Berührung kommen. Unter diesen ist die Bestechlichkeit in großartiger Weise vorhanden, und der gewöhnliche Mensch kann ohne solche nichts erreichen. Der arme Mann, ohne Schutz von oben, wird in scheußlichster Art ausgesogen. Daher der furchtbare Haß gegen den Beamten, den Tschinownik, womit eigentlich immer der niedere Beamte, selten der mittlere, gemeint ist.“

Der Zwischenfall von Hull.

Er rief in England gerechte Aufregung hervor. Daß er wegen der Bereitstellung der englischen Flotte zum Kriege geführt hätte, ist eine Übertreibung die von den ewigen Friedensleuten mit Vorliebe ausgestreut wurde, um die Vorzüglichkeit des Schiedsgerichtsverfahrens darzutun, dieses Spielzeuges der letzten Jahre, das niemals wirkt, wenn es in Lebensfragen in Anspruch genommen wird. Eine Lebensfrage aber konnte aus dieser Schießgeschichte nicht gemacht werden. Das englische Ministerium behielt seine Ruhe, und die Sache wäre viel einfacher und schneller von Macht zu Macht erledigt worden, als durch diese Untersuchungskommission in Paris, die schließlich nichts anderes tun konnte, als nach beiden Seiten hin einen Kopfnicker machen.

Daß die Sache zuerst auch bei anderen Völkern verblüffend, ja sogar

empörend wirkte, war natürlich, aber man mußte sich bei einigem Nachdenken doch bald sagen, daß hier ein Mißverständnis zu Grunde lag, und daß man höchstens die Russen einer zu großen Nervosität, Unerfahrenheit und Ängstlichkeit beschuldigen konnte. Ganz unmöglich war es nicht, daß die unternehmenden Japaner in irgend einem neutralen Hafen unter Täuschung der Behörden einen Dampfer mit einem Lanzierrohr versehen hatten.

Wie aber benahmen sich die sozialdemokratischen und demokratischen Blätter in Deutschland? Räuber, Mörder und Schufte waren die gewöhnlichen Ausdrücke zur Bezeichnung der russischen Schiffsmannschaft.

Das Bestreben ging diesmal offenkundig nicht nur dahin, das deutsche Volk möglichst gegen die russische Armee und Marine und die herrschende Gewalt einzunehmen, sondern Deutschland auch wo möglich in einen Konflikt mit Rußland hineinzutreiben. Als nun gar an der Nordseeküste einige Granaten, ohne Schaden anzurichten, über ein deutsches Fischerboot fortgeflogen waren, feierte der Vorwärts Wutorgien gegen die deutsche Regierung und spielte sich, man höre und staune — als Verteidiger der deutschen Nationalehre und Würde auf! Die deutsche Regierung hätte binnen 24 Stunden Genugtuung fordern müssen u. s. w. Das geschah von seiten der Partei, die Südwestafrika räumen wollte, ohne Genugtuung für 280 ermordete Deutsche zu erlangen.

Zu dieser Zeit ließen sich auch plötzlich in sozialdemokratischen Blättern, die den Krieg zusammen mit der Friedenspropaganda immer als einen Auswuchs des Kapitalismus und ein Verbrechen an der Menschheit erklärt hatten, ganz veränderte Stimmen über den Krieg im allgemeinen hören. —

So schreibt ein Genosse Namens Beer in der Kautskyschen Wochenschrift „Neue Zeit" folgendes:

> Man mag über die Rolle der Kriege denken wie man will, sicher ist, daß sie die höchste Probe auf die Lebenskraft, die Organisationsfähigkeit und im allgemeinen auf die geistigen Eigenschaften der kriegführenden Nation oder Klasse ist. Die in einer solchen Rolle gezeigten Eigenschaften dürfen als ein untrüglicher Maßstab für die Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit der Kriegführenden betrachtet werden. Dieselben Eigenschaften werden sich auch auf anderen Gebieten zeigen, denen sich die Sieger und Besiegten einst zuwenden. Wenn heute die Meinung vorherrscht: „Gold folge dem Eisen", oder „der Handel folge der Flagge", so darf dies etwa nicht in vulgärer Weise verstanden werden, daß erfolgreiche Kriege zu wirtschaftlicher Blüte führten, sondern daß der Sieger im Kriege auf Grund derselben Eigenschaften auch im Handel erfolgreich ist, wenn er ihn mit derselben Energie betreibt wie den Krieg. Historisch betrachtet folgte oft genug der Krieg dem Handel und das Eisen dem Golde."

Berauscht durch die Erfolge ihrer lieben gelben Verbündeten meint die Sozialdemokratie, daß ein Krieg auch ihren Bestrebungen unter Umständen

günstig sein könne. Nach den Worten des Mannes von Amsterdam zu schließen, wäre ein umgekehrtes Sedan vielleicht ein probates Mittel. — Auf Sedan folgte die Kommune, die Bebel einst „ein leichtes Vorpostengefecht" des Sozialismus nannte.

Die Bewegung in Rußland.

Ein unglücklicher Krieg eines Landes, in welchem die Nationen an der Regierung beteiligt sind, oder danach streben, beteiligt zu sein, wird in der Gegenwart sehr oft revolutionäre Bewegungen herbeiführen. So auch der russisch-japanische, welcher den Russen bis jetzt eine Niederlage nach der anderen brachte, und in dem es sich zeigte, daß die Vorbereitung zum Kriege mangelhaft war, die Führung durchaus nicht auf der Höhe stand, die gerade jetzt in der Kriegführung mehr wie je gefordert wird. Die Ermordung Plehwes war ein Vorspiel. Es folgte der Kartätschenschuß bei der Wasserweihe, über dessen Absichtlichkeit allerdings nichts gewisses festgestellt worden ist — die Streikbewegung in Petersburg, und die blutige Unterdrückung des Revolutionsversuches, denn ein solcher und nichts anderes war der sogenannte Bittgang der Arbeiter mit dem Pfaffen Gapon an der Spitze zum Kaiser am 22. Januar.

Rußland ist seit geraumer Zeit von geheimen revolutionären Gesellschaften durchsetzt, und die Bewegung nach einer Änderung des Regierungssystems hat seit lange einen großen Teil der Gebildeten ergriffen. Der Zar hatte nun kurz zuvor ein Edikt erlassen, durch das verschiedene Reformen, so vor allem die Beseitigung der administrativen Justiz versprochen, aber auch die Aufrechthaltung der absoluten Regierungsgewalt besonders betont wurde. Nach Ansicht der gemäßigt denkenden Leute in Rußland selbst und ausländischer Kenner der Verhältnisse ist die Einführung einer Reichsverfassung fürs erste nicht ausführbar. Die revolutionären Parteien forderten aber nicht nur diese, sondern auch das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht. Hierin wurde ihnen nun natürlich von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das eifrigste sekundiert.

Jedem einigermaßen denkenden Menschen muß der Wahnsinn dieser Forderung in Anbetracht der bisherigen russischen Zustände klar sein. Darüber braucht man sich nicht weiter auszulassen. Der auf niedriger Stufe stehende Mushik und der Lohnarbeiter sind zum Sengen und Brennen geneigt, der größte Teil der Gebildeten ist nicht abgegärt, die Ideen über das wie und das was sind nicht klar.

Wir wollen und können uns über die am Hofe des Zaren sich bekämpfenden Parteien und Persönlichkeiten nicht weiter verbreiten, denn etwas Sicheres hierüber ist nicht bekannt. Eins allerdings ist klar, daß der Kaiser Nikolaus II. nicht der Charakter und der Heros ist, um in der Gegenwart ein sicherer Steuermann in dem stürmenden politischen Meer zu sein. Die Tatsachen von dem illusionistischen Abrüstungsvorschlag bis zur verwerflichen Aufhebung der finnländischen Gerechtsame und der Führung eines Krieges, auf den er nicht vorbereitet war, reden in ihren krassen Widersprüchen genugsam. Wir gehen vielmehr sofort zu den Ereignissen über, bei denen die wütende Parteinahme der Sozialdemokratie gegen das russische Regierungssystem, und die weichliche unpolitische Haltung weiter deutscher Kreise sich am augenscheinlichsten zeigen: die Unruhen des 22. Januar und die ferneren Bewegungen in Rußland.

Die revolutionäre Partei wollte den großen, in Petersburg ausgebrochenen Arbeiterstreik ausnutzen. Der Pope Gapon, der einen großen Einfluß auf die Arbeitermassen mit Benutzung seiner priesterlichen Würde gewonnen hatte, organisierte, unter Beihilfe anderer Agitatoren, einen Massenaufzug, der sich am 22. Januar vor das Winterpalais begeben und dem Kaiser ein Schriftstück überreichen sollte, das die verschiedensten Forderungen politischen Inhalts enthielt. Der großen Masse der Arbeiter war die Tendenz der geplanten Kundgebung unbekannt, sie glaubten einen Bittgang zu dem Zaren zu unternehmen, um sich an sein wohlwollendes Herz zu wenden. — Damit im vollsten Widerspruch stand der Inhalt der sogenannten Bittschrift, welche die ausschweifendsten Forderungen enthielt, denn ausschweifend muß man die Forderung einer Volksvertretung nach westeuropäischem Muster für Rußland unbedingt nennen. Eine vollständige offizielle Beschimpfung des Beamtentums durch den Satz:

„Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben an Staatsgeldern" — war ebenfalls darin enthalten. Außerdem aber hatte Gapon schon vorher folgendes Schreiben an den Zaren veröffentlicht:

„Herrscher, glaube nicht, daß Dir die Minister die volle Wahrheit über die Lage gesagt haben. Das ganze Volk vertraut Dir und beschloß, morgen Nachmittag 2 Uhr vor dem Winterpalais zu erscheinen, um Dir seine Not darzulegen. Wenn Du, wankelmütig, nicht vor dem Volke erscheinst, dann zerreißt Du das moralische Band zwischen Dir und dem Volke. Das Vertrauen zu Dir wird schwinden, da unschuldiges Blut zwischen Dir und dem Volke fließen wird. Erscheine morgen vor Deinem Volke, empfange unsere Ergebenheitsadresse mutigen Geistes! Ich, der Vertreter der Arbeiter, und meine tapferen Arbeitsgenossen garantieren die Unverletzlichkeit Deiner Person."

Die Regierung beschloß, dieser Demonstration entgegenzutreten, welcher Gapon durch die Verteilung von Prozessionsfahnen, Heiligen- und Zarenbildern einen religiösen Charakter zu geben versucht hatte. — Die nötige Truppen-

aufstellung fand statt, und als die Menge sich nicht aufhalten ließ, der blanken Waffe und blind abgegebenen Salven nicht wich, wurde an verschiedenen Punkten von der Infanterie scharf geschossen. Gapon, welcher an der Spitze einer Kolonne marschierte, hatte sich bei der ersten scharfen Salve niedergeworfen und sich sodann geflüchtet.

Das Wut- und Hetzgeschrei der sozialdemokratischen und demokratischen Presse war natürlich ausgiebig. Hier sind einige Proben aus dem Vorwärts. Überschriften: „Die Schlacht des Zaren". „Der Blutsonntag".

Inhaltssätze: „Niemals wird die Welt den Blutfleck abwaschen, mit dem an diesem Sonntag die Ehre der Menschheit besudelt worden ist." ...

„Der ungeheure Frevel, der vom Zarismus gegen Wehrlose verübt worden, brennt so lange auf der Stirn der Menschheit als ewig quälender Fluch, so lange der Zarismus, der Schuldige des Frevels, mit seiner eigenen Existenz das Verbrechen nicht gesühnt hat". „Jeder Tropfen schuldlosen Arbeiterblutes, das am Sonntag geflossen, ist heiliger und wertvoller als das aller Zaren und Großfürsten, die Rußland bisher auf die Menschheit losgelassen hat. Es wäre nur eine Milderung aber keine Sühne des furchtbaren Frevels, wenn sich mit dem Blut der Geopferten das der Henker gemischt hätte" ....

„Klar in seiner ganzen Bestialität ist nur das Verbrechen der Schreckensherren des Zaren. Die Schädelpyramide der Wehrlosen, dieses einzig wahre Siegesdenkmal des Absolutismus, ist binnen 24 Stunden in die Wolken gewachsen!"

(Großartig poetisch! Zu dieser Schädelpyramide gehören wohl auch die Schädel der 40 Soldaten der finnländischen Garde, die beim Sprengattentat auf die ganze Kaiserliche Familie 1880 in die Luft gesprengt wurden?).

Feige ist der zitternde Zar nach Peterhof entflohen; während er diniert, läßt er sich in wollüstiger Angst den blutigen Streckenrapport von seinen Dienern erzählen: Gelobt sei Jesus Christus, noch schießen die Kosaken auf sein geliebtes Volk! Aber er denkt der Salutkartätschen und der Geschichte der Romanows, die Zaren nicht sterben, sondern ausrotten läßt, wie wilde Tiere.... Wie lange noch?

(„In wollüstiger Angst" ist gut.)

Gleicher Art, nur noch ungeheuerlicher, waren die Ergüsse in anderen demokratischen Zeitungen aller Sorten. Aber auch in Zeitungen von nationaler und gemäßigter Gesinnung begegnete man der Anschauung von einer konkreten Verfehlung der herrschenden Gewalten am 22. Januar. — Daß die allergrößten Schauerlichkeiten und Ungeheuerlichkeiten von der Bestialität des Militärs und der Schuldlosigkeit der friedlichen Arbeiter, die „Väterchen" ihre flehentlichen Bitten hätten zu Füßen legen und vor den Soldaten auf den Knien gelegen hätten, mit der Bitte, sie durchzulassen, erzählt wurden, ist selbstverständlich. „Es ist furchtbar! Das Blut erstarrt einem in den Adern. Die Arbeiter selbst sind vollständig unbewaffnet. Sie hatten die friedlichsten Absichten ... Der Schnee färbt sich rot ... Immer neue Opfer, auch Frauen ... Die Menge

zog unter Absingung religiöser Hymnen und Vortragung von Heiligenbildern und des Bildes des Zaren dahin. Das Kreuz und die Bilder wurden von Kugeln durchlöchert ... Gapon hat für seine Ideen sein Leben gelassen. Durch die Brust geschossen liegt er im Hospital ... (bekanntlich flüchtete er nach der ersten Salve).

Hierzu kamen dann die lächerlichen Übertreibungen in der Anzahl der Opfer. Unter 10000 Opfern, manche gingen bis 15000, tat man es nicht. Wer eine Ahnung hat von den Verlusten in Straßenkämpfen und im Kriege — und ich habe beide gesehen — konnte darüber nur lächeln. — Aber ich verschließe mich nicht etwa der Trauer jedes Patrioten, wenn Blut der Volksgenossen das Pflaster rötet. Das gerade wollen wir „Scharfmacher" vermeiden durch rechtzeitige Maßregeln. — Stets aber ist auch die Pflichttreue der Truppen anzuerkennen, wenn sie der Verführung standhalten und mit Energie dort einschreiten, wo es geboten ist. —

Weiche Gemüter werden sich nun stets durch solche Schilderungen aufregen lassen und, ohne über die Ursachen solcher Szenen nachzudenken, folgen sie allein dem Gefühl des Mitleids mit den Opfern und den Eindrücken ihrer Nerven. — Wir leben in einem Zeitalter der geistigen Verweichlichung, zum großen Teil hervorgerufen durch die Friedenspropaganda und den Feminismus. Gerade auch bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, wie bei vielen anderen, daß bei Frauen Nachdenken und Überlegung gegen das Gefühl zurücktreten, daher man jeden Einfluß derselben auf die Politik als undenkbar betrachten muß. Entweder werden sie Megären und Mannweiber, oder sie nehmen ein Tränenbad. Nur einzelne Frauen heben sich hiervon ab. — Selbst Frauen aus meist konservativen Ständen ließen ihr Gefühl, die Handlungsweise des Zaren verdammend, in dieser Weise walten.

Wir haben keinen Beruf, die Regierungshandlungen der Russen zu verteidigen, aber in Betracht der Handlungsweise der Sozialdemokratie, die ihre ganz besonderen Zwecke*) mit der schrankenlosen Parteinahme für die russischen Mordrevolutionäre verfolgt, ist eine kalte Betrachtung notwendig.

Keine Regierung kann große Straßendemonstrationen überhaupt dulden, noch viel weniger bei ausgedehnten Streiken und wenn sie sicher weiß, daß die revolutionäre Partei dabei ihre Hand im Spiele hat. Maßregeln zur Zerstreuung derselben sind also an und für sich gerechtfertigt.

Nun wird behauptet, wenn der Zar die Abordnung der Arbeiter empfangen hätte, wäre das Blutvergießen vermieden worden. Eine Abordnung? Diese bestand aus 40000 Menschen, die sich, in verschiedenen Kolonnen anmarschierend,

*) Vergl. Seite 34.

vor dem Schloß des Zaren vereinigen sollten. — Was sollte der Zar tun? — Solche Abordnung empfängt man nicht. Man tut es aber ganz gewiß nicht nach den Vorgängen, welche die Geschichte Rußlands und die jüngste Vergangenheit aufweist. Kaiser Alexander II. war nach unzähligen Attentaten, die eine Menge unschuldiger Menschen das Leben kosteten, nebst einer großen Anzahl russischer Würdenträger ermordet worden, erst jüngst hatten ihr Leben Plehwe und mehrere andere hohe Beamte lassen müssen, und unter solchen Verhältnissen verlangte man von dem Zaren, daß er sich in die Hände von 40000 Menschen geben solle? Und das sollte geschehen, nachdem die Adresse unerfüllbare Forderungen aufgestellt hatte, und der veröffentlichte Brief Gapons an den Zaren die entschiedensten Drohungen im Falle einer verneinenden Antwort oder des Nichterscheinens vor dem Volke ausgesprochen hatte? Auch mündlich hatte Gapon sich dahin geäußert, daß im Falle der Ablehnung der Forderungen „es eine furchtbare Erhebung geben würde." So schreibt der Vorwärts nämlich selbst in Nr. 20. — Dem sollte sich nun der Zar waffenlos aussetzen! Die Bürgschaft, die Gapon ihm für seine Sicherheit anbot, war eine schöne Bürgschaft! Bürgschaft nach allen den Attentaten? Bürgschaft für 40000 Menschen?

Wenn der Zar die Demonstration gestattete, und die Menge vor dem Winterpalais empfing, verfiel er im Falle der Ablehnung zum mindesten dem Schicksal Ludwig XVI. am 21. Juni 1792, der mit seiner Familie mehrere Stunden den empörendsten Beleidigungen ausgesetzt war.*)

Aber, sagt man, die Menge war unbewaffnet. Wer will feststellen, wie viele wirklich unbewaffnet waren? Es sind Revolverschüsse gegen die Truppen gefallen. Eine Sprengbombe trägt man in der Hosentasche. — Aber nun höre man, was der Vorwärts auch in Nr. 20 selbst schreibt, und was seine Schilderung von dem unschuldig vergossenen Blute dementiert. „Bald nach Mitternacht hatte eine Arbeitermenge von etwa tausend Mann das städtische Wasserwerk anzugreifen versucht, um es zu zerstören. Sie wurde vom Militär durch scharfe Schüsse zurückgetrieben, an 30 Tote und Verwundete zurücklassend. Der blutig eingeleitete Tag sollte blutig verlaufen." Also doch unzweifelhaft der 22. Januar. So!! Dieser Angriff auf die Wasserwerke war wohl auch eine friedliche Demonstration unschuldiger Leute?

Es ist ferner festgestellt, daß, noch ehe die Demonstration begann, eine Barrikade mit roter Fahne errichtet wurde. Später noch mehrere. Alles dies beweist unsere anfangs aufgestellte Behauptung, daß die ganze Sache ein Re-

*) Der 21. Juni war bekanntlich das Vorspiel der Revolution des 10. August. Unter dem Vorwande der Überreichung einer Petition drang die Menge in das unverteidigte Schloß.

volutionsversuch war, und daß die Regierung recht daran tat, ihm mit Gewalt entgegenzutreten. Die Zahl der Opfer betrug natürlich nicht 10000, sondern 96 Tote und 333 Verwundete, unter ersteren auch einige Polizisten.

Dies der in vernunftgemäßer Beleuchtung dargestellte Verlauf. —

Der sozialdemokratischen Presse folgend, ist jeder Waffengebrauch der Polizei und des Militärs ein Verbrechen oder eine Ausschreitung. Jede Auflehnung und Bluttat der Revolutionäre aber wird verherrlicht. Hier noch zwei Proben: die „Neue Zeit", ein offizielles und wissenschaftliches Organ der Sozialdemokratie schreibt in Bezug auf Zustände in Armenien und Georgien:

„Eine ungeheuere Erregung herrscht im Lande. Die Jugend bildet Verschwörungen. Ein Geheimkomitee hat sich gebildet, und die Schreckensherrschaft ist als Kampfmittel proklamiert. Gegen zehn Agenten der Regierung sind bereits ermordet worden. Aber das Geheimkomitee hat es hauptsächlich auf den Fürsten Galitzin abgesehen. Er, der Anstifter aller antiarmenischen Maßregeln, war der erste zum Tode Verurteilte. Drei armenische Terroristen, die ihr Leben zum Opfer brachten, haben bereits diesen Schreckensfürsten, den Murawiew Armeniens, am hellen Tage in Tiflis überfallen; sie brachten ihm Dolchstiche bei und wurden selbst von Kosaken getötet.

Besonders verhaßt machte sich der Direktor der kaukasischen Eisenbahnen, Wedenejeff. Er bemühte sich unter anderem, die „georgischen Lumpen", wie er die Arbeiter nannte, durch russische Arbeiter zu ersetzen, und schickte seine Agenten zu dem Zwecke nach dem Gouvernement Wladimir; doch weigerten sich dort die Arbeiter, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Auch die Einführung der Prüfung in der russischen Sprache ist sein Werk. Im nächsten Jahre wurde er getötet."

Es wird in dem Artikel weiter erzählt:

„In demselben Jahre im Februar und April fanden wiederum in Tiflis politische Manifestationen statt, bei welcher Polizei und Militär Gelegenheit fanden, wehrlose Arbeiter niederzumetzeln. An einer dieser Demonstrationen wirkte auch eine junge Georgierin als Bannerträgerin mit; der Polizei wollte es nicht gelingen, ihr das Banner zu entreißen, heldenmütig wehrte sie alle Angriffe ab. Da versuchte es ein Offizier, ihr durch Gewalt die Fahne zu entreißen — mit einem Revolverschuß streckte sie ihn zu Boden.

Und diese wissenschaftlichen Sozialdemokraten wollen uns einreden, und unsere Mauserungsleute und „sozial Gebildeten" glauben ihnen, daß zwischen sozialdemokratischer Agitation und revolutionärem Mordterrorismus ein Unterschied ist. —

Man wird darauf vielleicht erwidern, wie es Bebel am 30. März 1886 im Reichstage tat, daß in Deutschland andere Zustände herrschen. „Er würde aber auch die Hand zu solchen Mitteln bieten, wenn sie die nämlichen wären." Bismarck erwiderte darauf, das würde denn wohl nicht der Beurteilung anderer, sondern nur der der Sozialdemokraten überlassen sein.

Der Hehler ist aber so schlimm wie der Stehler, und der Hetzer so gut wie der Mörder.

In Rußland und besonders in Russisch-Polen gab es nach dem 22. Januar eine große Reihe von Ausständen mit sie begleitenden Unruhen. Sie wurden überall blutig durch die Truppen unterdrückt, und die Regierung behielt die Oberhand.

Da erscholl die Nachricht von der Ermordung des Großfürsten Sergius im heiligen Moskau vor dem alten Kreml. Die revolutionäre Verschwörung hatte abermals wie 1882 das Blut der Romanows vergossen.

Der Großfürst, ein Onkel des Kaisers, war als ein Anhänger der starr autokratischen Partei bekannt. Unruhen in Moskau hatte er streng unterdrückt. Nach dem 22. Januar hatte er zahlreiche Drohbriefe erhalten. Sein Privatleben soll nicht das beste gewesen sein, und er wurde wie viele russische Würdenträger angeschuldigt, sich sträflich bereichert zu haben. Das erste war ganz seine Sache, und das zweite hat sich schon als eine Lüge herausgestellt.

Genug, die Überreste des Großfürsten lagen auf dem Pflaster, und seine, wie man sagt, oft vernachlässigte Gattin kniete neben denselben. Was hätte der Vorwärts nicht für einen Appell an Mitleid und Sentimentalität in die Welt gerufen, wenn das einem der stets tugendreichen Sozialdemokraten, z. B. Aurik oder Singer, passiert wäre? —

Der Großfürst gehörte zur reaktionären Partei. Aber nun stelle dir vor, verehrter Leser, dein Vater wäre wie der des Großfürsten, Kaiser Alexander II., von Revolutionären in die Luft gesprengt worden. Wäre es nicht zum mindesten sehr menschlich, ein Gegner der revolutionären Partei zu sein? Und dies um so mehr, als Alexander II. der Befreier der Hörigen war, welcher die Schwurgerichte und bis zu einem gewissen Grade Preßfreiheit eingeführt hatte, und auf dessen Schreibtisch eine Verfassung zur Unterschrift bereit lag. — Seine Ermordung gerade verhinderte naturgemäß jeden Fortschritt.

Wir beschäftigen uns nun nicht weiter mit den Ereignissen in Rußland und den Maßregeln der Regierung, ob richtig oder falsch, — um so weniger, als wir uns im Gegensatz zu den Allwissenden am Redaktionstisch dazu nicht kompetent erachten — sondern, unserer Aufgabe gemäß, nur mit der Haltung der Sozialdemokratie und Demokratie in Deutschland.

Die Ermordung des Großfürsten fand dieselbe Beurteilung, wie die Plehwes, nur noch krasser und zynischer.

Der Vorwärts feierte den verhafteten Mörder und alle seine Vorgänger als „wahrhafte Helden und Rächer". Die Leipziger Volkszeitung aber schrieb:

Wieder hat einen jener großen russischen Hallunken sein Schicksal ereilt. Großfürst Sergius, der Onkel und Schwager des Zaren, ist gestern in Moskau durch eine Bombe, die

unter seinen Wagen geschleudert wurde, in Stücke gerissen worden. Das russische Volk wird aufatmen. Einen seiner verruchtesten Henkersknechte ist es los. Sergius war unter allen russischen Großfürsten ohne Frage am meisten verhaßt. An seinen Händen klebte ebensoviel Blut wie fremdes Gut, und man wußte niemals, ob er ein größerer Bluthund oder ein größerer Dieb sei. Ganz offen erzählte man sich in Rußland, wie schamlos der Bube sich an den Heereslieferungen nach Ostasien und den Spenden, die für das Rote Kreuz bestimmt waren, bereichert hatte, und die blutige Unterdrückung der Moskauer Studentendemonstrationen im vorigen Jahre ist ja noch in aller Erinnerung. Als er im Jahre 1884 seine jetzige Frau, die Prinzessin Ella von Hessen, heiratete, brachte der angenehme Bräutigam einen ganzen Harem mit nach Darmstadt, der in den verschiedenen Hotels der Stadt untergebracht wurde. Die Haremsdamen benahmen sich jedoch so ungeniert in der kleinen Residenz, daß die Verwandten der Braut den Freiersmann ersuchten, seine Weiber lieber an einem Ort einzuquartieren, wo der Skandal nicht ganz so groß sei. Mit der Prinzessin Ella verband ihn dann die landesübliche „ungetrübte, auf herzlicher Zuneigung beruhende Ehe", der freilich keine Kinder entsprossen sind.

Nikolaus hat dem von der Volkswut Gerichteten einen Nachruf gewidmet, indem er Rußland auffordert, dem um das Vaterland und das Herrscherhaus hochverdienten Sergius eine Träne nachzuweinen. Damit wird Väterchen aber wohl allein bleiben.

Das ist die Sprache der Marat und Hebert der Revolution und der Tavannes in der Bartholomäusnacht beim Anblick toter Feinde! — Eine verruchte Sprache, die schon lange von der Geschichte und von dem Gefühl jedes anständigen Menschen gebrandmarkt ist.

Die Herabsetzung des Zaren und der Kaiserlichen Familie wurde systematisch fortgesetzt, und so erschien dann auch ein Artikel im Vorwärts mit der Überschrift der „Zar-Narr", in dem Nikolaus II. als ein aus seelischer Erschütterung schwachsinnig gewordener Mensch geschildert wurde. —

Des Weiteren brachte der Vorwärts an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die russischen Soldaten, in dem sie, unter Anführung aller der längstbekannten Phrasen, zum Treubruch aufgefordert wurden. — Wozu das an der Spitze des Blattes an hervorragender Stelle? — Ja — Hm! Den Antrag der Genossen von Elbing lehnte man im Bremer Tag glatt ab. Aber der Arbeiter, der diesen Aufruf liest, soll denken, was dort geht, kann ja bei uns auch gehen.

Was folgt aus allen dem? Die Sozialdemokratie schürt die Revolution in Rußland nicht nur aus Mitgefühl für die geknechteten Russen, sondern auch mit dem Gedanken, daß eine Umwälzung in Rußland dem monarchischen Prinzip überhaupt einen gewaltigen Stoß gäbe, und daß das dort siegende Revolutionsfeuer sehr leicht zu uns herüberspringen könnte. Die Revolution braucht ja nicht immer von Westen, sie könnte ja auch einmal von Osten kommen.

Deutschland wäre dann zwischen zwei Republiken eingekeilt, und ein Krieg mit zwei Fronten eher möglich als jetzt.

Siegt aber das Zarentum, arrangiert es sich über kurz oder lang mit Japan, so wird man sich früher oder später, trotz der korrekten Haltung unserer Regierung, der Wühlerei der Sozialdemokratie und ihrer Mitläuferschaft erinnern. Zum mindesten könnten wir leicht in ein ähnliches Verhältnis geraten wie, wegen unserer Fehler während des Burenkrieges, mit England.

Einer Episode wollen wir hier noch kurz gedenken, das ist die sentimentale Bewegung, die sich bei der Verhaftung des Dichters Maxim Gorki in dem größten Teil der deutschen Presse und der öffentlichen Meinung kundgab. Ein Dichter wie dieser gehört der ganzen Menschheit — der Henker wartet auf ihn, schrieb der Vorwärts, die Barbarei, sich an einem solchen Mann zu vergreifen, muß verhindert, ein flammender Protest erlassen werden. Und ein derartiges Schriftstück wurde denn auch von dem Berliner Tageblatt veröffentlicht und von vielen unbedeutenden und leider auch in der Tat bedeutenden Männern unterschrieben.

Jeder ruhig denkende, kühle Kopf fragte sich freilich: Was ist das für ein wunderbares, fruchtloses Beginnen? Steht denn ein Dichter außerhalb des Gesetzes? Hat er ein Privilegium? Wo bleibt dann die vielgepriesene Gleichheit? Was ist das für eine verwerfliche Einmischung in die Justiz fremder Staaten? Wißt ihr denn auch, warum Gorki verhaftet wurde? Antwort: Nein! — Die Sache verlief denn auch im Sande. Die russische Regierung kehrte sich natürlich nicht daran, und Gorki wurde erst nach vielen Wochen nach Stellung einer bedeutenden Kaution freigelassen, wird aber jetzt vor Gericht gestellt. Wie aber die Leuchten der von uns tatsächlich jetzt so viel bewunderten russischen Dichterwelt denken, und welche Stellung sie in der Politik einnehmen, davon hier eine kleine Probe. Es ist Tolstoi, der Erste in der literarischen Welt Rußlands, der in seinem „Merkblatt des Soldaten", nachdem er den Verlauf eines Aufruhrs geschildert und in glühenden Farben das Unrecht ausgemalt hat, das der Soldat begeht, wenn er gegen die Aufrührer die Waffen gebraucht, folgendermaßen schließt: „Gott allein weiß, was jeder Soldat in diesem letzten Augenblick tun wird. Ein einziger, geringster Hinweis darauf, daß er das nicht tun darf, und, was die Hauptsache ist, daß er das nicht zu tun braucht, ein einziges solches Wort, eine Andeutung, wird dann genügen, um sie zurückzuhalten".

Wenn der berühmte Schriftsteller eine solche Aufhetzung der Soldaten zur Verweigerung des Gehorsams und Meuterei öffentlich ergehen lassen konnte,

ohne daß die Justiz gegen ihn einschritt, so kommt man ganz von selbst auf den Gedanken, daß doch vielleicht mancherlei von der Härte des Systems in Rußland übertrieben sein mag. Wir nennen das wenigstens nicht Härte, sondern Schlaffheit. —

Einfügen müssen wir noch hier einige Worte über die Sitzungen des Reichstages vom 15. und 16. März 1905. Der Abgeordnete v. Vollmar hatte sein altes Lied von der Bauchrutscherei vor Rußland gesungen, und der Reichskanzler ihm darauf aufs treffendste erwidert, insbesondere auch die Neutralität Deutschlands dokumentarisch nachgewiesen. Da erhob sich Bebel am 16. wieder in seiner wahren „Löwengestalt". Seine Polemik galt ebenfalls in erster Linie dem Verhältnis Deutschlands zu Rußland.

Bebels revolutionärer hetzender Ton hätte wieder den Schlappmachern und Mauserungsleuten zu denken geben können. Er sprach von „der Schmach und Schande" der Auslieferungsverträge Preußens und Bayerns mit Rußland, kam dann wieder auf den schon hundert Mal abgeschlachteten Königsberger Prozeß und behauptete, der preußische Justizminister habe das Recht gebeugt. (Zwei Ordnungsrufe.) Den Hochmutswahnsinn, der die sozialdemokratische Partei jetzt beherrscht, bewies er in Nachahmung des von dem Demokraten Ziegler einst in Bezug auf den Justizminister von Mühler gesprochenen Wortes, indem er ausrief: Wenn man in Preußen noch etwas auf Ehre und Reputation hält, so muß der Minister fort von seinem Platz. — Der Mann, dem Dutzende von nicht bewiesenen Verdächtigungen ankleben, will uns über Preußens Ehre und Reputation belehren! — Und was den preußischen Minister anbetrifft, so regiert in Preußen noch der König! — Dann kam er auf die Ausweisung eines russischen „Fräuleins" Bärson. Der Minister von Hammerstein habe in der von ihm gegebenen Auskunft allerlei „Bettgeheimnisse" des „Fräuleins" zur Sprache gebracht. „Was würde Herr von Hammerstein wohl sagen, wenn wir die **Bettgeheimnisse der Hohenzollern** auftischten?" fuhr er fort. Diese mit Haaren herbeigezogene bodenlose Frechheit mögen sich die Parteien hinter die Ohren schreiben, die noch für unsere ruhmreiche Dynastie etwas übrig haben und sich fragen, ob ihr Verhalten gegen diesen Mann das richtige ist. „Fräulein" Bärson und die Hohenzollern — ist gut, wie man im Preßjargon zu sagen pflegt. Ja, wenn der Mann von Amsterdam erst an der Spitze der deutschen Republik stände, und Zubeil Kultusminister wäre, dann würden wir unsere nationale Würde freilich besser wahren. Herr Bebel tut dies allerdings schon jetzt. Denn als neulich in einigen französischen Blättern etwas von dem

vaterländischen Sinn der Sozialdemokratie gefabelt wurde, beeilte er sich, einen Brief an den Genossen Jaurès zu schreiben, indem er darauf hinwies, daß die Sozialdemokratie noch niemals einen Pfennig für die Armee bewilligt habe. Das nennt man nationale Würde wahren. —

Der Reichskanzler wies in seiner Antwortsrede die Verdächtigungen gegen die preußische Justiz als durchaus ungerechtfertigt zurück und wies nach, daß das ganze Gebaren der Sozialdemokraten darauf mit Recht schließen lasse, sie wolle uns in einen Krieg mit Rußland treiben. Der Blödsinn, daß wir Rußland mit bewaffneter Hand in Polen event. beistehen würden, wurde ebenfalls scharf beleuchtet. —

Wie gesagt, waren die Reden der Sozialdemokraten ein herrlicher Beweis für die sanfte allmähliche Mauserung der Sozialdemokratie. —

In der Sitzung des Reichstages vom 25. Februar erzählte dann Herr Bebel, wie er über die politischen Konstellationen im allgemeinen und speziell über unser Verhältnis zu England denkt.

Er gruppiert die europäischen Mächte in wahrhaft meisterhafter Weise. Rußland und Frankreich schaltet er in militärischer Beziehung ganz aus, sie sind nicht mehr für Deutschland vorhanden. Rußland wegen des Krieges im Osten, und Frankreich wahrscheinlich auch deshalb, denn über dieses Land verrät er uns nichts. Es muß wohl sein, daß Herr Bebel die Dauer dieses Krieges auf eine Unzahl Jahre vorher berechnet hat, um diese gänzliche Ausschaltung vorzunehmen. Infolge dieser Ausschaltung und der Gerüchte von Schwierigkeiten zwischen England und Deutschland sei es klar geworden, daß unsere Rüstungen sich in ihrem letzten Ende nur gegen England richteten. Und das sagt der Abgeordnete des deutschen Reichstages, August Bebel, nachdem eben Herr Lee drüben in England seine Drohrede gegen Deutschland gerichtet hat. Er gibt also in seiner heißen Vaterlandsliebe dem indiskreten Engländer Recht. — Er weiß aber ganz gut, daß unsere Regierung und auch die Vernünftigen beider Nationen — wie Graf Bülow sagt — auf das bestmöglichste Verhältnis zwischen England und Deutschland hinarbeiten, und daß an dem Wahnsinn eines Angriffskrieges unserer Flotte gegen England kein Mensch denken kann. Er weiß auch ganz gut, daß man, wie im Landkriege, auch zur See, auf alle Fälle gerüstet sein muß. Er sagt ferner, die Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland besserten sich zusehends (also sei doch an keinen Krieg zu denken), trotz aller unbesonnenen Reden. Wie klassifiziert denn Herr Bebel seine obige Äußerung von den Rüstungen gegen England?

Am 29. März erklärte nun Bebel zur marokkanischen Sache, wenn uns der Alldeutsche Verband in einen Krieg mit Frankreich und England triebe

(der Alldeutsche Verband hat gar nicht solche Triebkraft), würden wir uns eine schmähliche Niederlage holen. Vielleicht steht dieser Ausspruch mit dem umgekehrten Sedan in Amsterdam in Verbindung? Wie hübsch aber von einem Deutschen, die etwaigen Gegner derart aufzumuntern!

V.

Die Streiks im allgemeinen und der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Als die Streiks von England nach Deutschland eingeführt wurden, da waren die Gedanken jedes verständigen und mitfühlenden Menschen wohl folgende. Durch das Anwachsen der Industrie und die Errichtung riesiger industrieller Anstalten ist die dort wirkende Arbeiterklasse in eine Abhängigkeit von den Unternehmern und Besitzern geraten, die da und dort an die Lage der Hörigen vergangener Zeiten erinnern konnte. Einzelne Ereignisse, so z. B. der Aufstand der schlesischen Weber 1844, welche in den großen Fabriken der Fabrikherren Z. arbeiteten, gaben davon Zeugnis. — Jeder Stand will seine Lage verbessern, daher sagte man sich, mir wenigstens ging es so, daß eine Massenniederlegung der Arbeit, sofern der Kontrakt dabei innegehalten, und keine Ausschreitungen begangen würden, eine durchaus zu duldende, gerechtfertigte Handlung sei. Auch war nicht zu verkennen, daß das persönliche Verhältnis zwischen Besitzern und Arbeitern einen Stoß erhielt, und die unpersönliche Kapitalmacht — repräsentiert durch die großen Aktiengesellschaften — an dessen Stelle trat.

Im Laufe von etwa dreißig Jahren aber änderte sich dies derart, daß der Streik in den meisten Fällen eine sozialdemokratische Machtprobe wurde, wie ich schon 1895 in meiner Schrift „Vollkampf nicht Scheinkampf“ bemerkte. Und daß die Sache diesen Verlauf nahm, ist das Werk der verhetzenden und wühlenden Sozialdemokratie. Als ganz besondere Beispiele kann man den Crimmitschauer (1903) und den Hamburger Streik der Hafenarbeiter 1902 anführen.

Bei den Streiks fungieren schon seit lange vollständige Streikbehörden, die mit ihren Unterorganen mit aller Autorität auftreten, die durch Zwang, zum Teil mit Gewalt und durch eine widerrechtlich ausgeübte Polizei, die Streikposten, die Arbeitswilligen zum Anschluß an den Streik veranlaßten. Ein

Arbeitswilliger ist ein „Streikbrecher“ und wird, wenn nicht durch tätliche Bedrohung, so doch mit Verachtung, Chikanen aller Art bestraft, und als ehrlos gegen das bewußte Klassengefühl handelnd angesehen. In der Masse hat sich die Ansicht schon vollkommen festgesetzt, als ob die Streikkommissionen die gesetzliche Autorität seien, der man gehorchen müsse, mehr als der Staatsautorität, die bei den letzten Streiks mit einer vielleicht oft zu weit gehenden Mäßigung auftrat.

Diesen Verhältnissen gegenüber schlossen sich nun endlich die Arbeitgeber, behufs energischer Abwehr, zu Verbänden zusammen, was insbesondere beim Crimmitschauer Streik vom besten Erfolg war. Was man aber bei den Arbeitern sehr natürlich fand: Zusammenhalt, Einstellung der Arbeit in Massen, Boykottierungen aller Art, Vereine und Organisationen, Streikkassen, das fand man bei den Arbeitgebern abscheulich. Das Prinzip der Gerechtigkeit und Gleichheit wurde damit auf das empörendste verletzt.

Wenden wir uns jedoch zu dem konkreten Fall, bei dem sich alle die Erscheinungen zeigten, die als kennzeichnend für die Lage der Nation und des Staates in einem Riesenstreik von Bergarbeitern anzunehmen sind — dem Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Das vielgenannte Kohlensyndikat ist ein Zusammenschluß der Bergwerkbesitzer, das anstatt einer gegenseitigen Konkurrenztreiberei der Zechen eine der Nachfrage angepaßte Kohlenförderung und eine gewisse Stetigkeit der Preise zum Zweck hat. Das Syndikat besteht seit 1893 und hat zehn Jahre vortrefflich gewirkt. 1903 aber wurde der Kohlenbedarf für andere, den Besitzern gehörige Etablissements den Zechen freigegeben, somit die Förderung für den Gesamtverkauf beschränkt. Dies hat zu der sogenannten Stillegung kleinerer, weniger ertragsfähiger Zechen durch größere geführt, wodurch die Ertragsfähigkeit der größeren zwar erhöht, aber viele Arbeiter und Gewerbtreibende außer Brot gesetzt wurden. — Hierdurch entstand eine erklärliche Mißstimmung unter den Arbeitern und Aufregung in der öffentlichen Meinung. Parlamentarische Erörterungen und Preßstimmen haben dann auch wohl bewirkt, daß die Stillegung größtenteils aufhörte und sogar teilweise rückgängig gemacht wurde.

Man kann also nicht behaupten, daß in diesen Verhältnissen die Ursachen des Streiks zu finden sind, sondern er entsprang aus anderen Gründen. Verfolgen wir zuerst in ganz großen Zügen den tatsächlichen Anfang und Verlauf. —

Auf Zeche Bruchstraße sollte die Seilfahrt aus Betriebsrücksichten verlängert werden, was durch Aushang angekündigt wurde. Das Oberbergamt aber machte die Verwaltung darauf aufmerksam, daß nach § 80 f. des preuß. Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892 zu einer solchen Änderung die Anhörung

der großjährigen Arbeiter notwendig sei. Darauf hin nahm die Verwaltung den Anschlag zurück.

Da jedoch eine stärkere Belegung der Zeche notwendig war, um sie ertragsfähig zu machen, so wurde am 24. Dezember eine neue Bekanntmachung angeschlagen, nach welcher die verlängerte Seilfahrt am 1. Februar in Kraft treten sollte, damit die Arbeiter, im Falle sie von der Kündigungsfrist Gebrauch machen wollten, Gelegenheit hätten, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Außerdem aber wurden die großjährigen Arbeiter aufgefordert, sich bis zum 28. Dezember schriftlich oder zu Protokoll über diesen Nachtrag zu äußern. — Diese ordnungsmäßige Äußerung ist nicht erfolgt.

Hiermit ist der Vorwurf der Ungesetzlichkeit und des Kontraktbruches, den man der Zechenverwaltung später gemacht hat, nicht aufrecht zu halten. Im übrigen fügen wir gleich an dieser Stelle hinzu, kann dies den massenhaften Kontraktbruch auf sämtlichen anderen Zechen doch keineswegs entschuldigen. Eine in ihrer Zusammensetzung nicht kontrollierbare Versammlung der Bergarbeiter lehnte die Forderung der Verwaltung auf Zeche Bruchstraße ab und beschloß, eine Vorstellung beim Oberbergamt, das sie auf das Einigungsamt verwies. Dieser Weg wurde nicht betreten. In dieser Versammlung waren anwesend die sozialdemokratischen Abgeordneten Hue und Sachse. Am 6. Januar beschloß eine neue Versammlung, Forderungen wegen vermehrter Lieferung des Kohlendeputats zu erheben. Diesem Ansinnen wurde in weitgehendster Weise entsprochen, indem den Arbeitern der siebente Wagen der täglich geförderten zugesichert wurde, d. h. von 1600 Wagen 200, während die bisherige Lieferung nur 25 pro Tag betrug. Dieses Entgegenkommen genügte den Leuten aber nicht, und der Streik begann sofort auf der Zeche unter Bruch des eine vierzehntägige Kündigung vorsehenden Kontraktes. — Dieser Anfang der ganzen Bewegung ist bezeichnend für ihren Verlauf.

Nachdem nun die Niederlegung der Arbeit geschehen war, erhob die Belegschaft weitere Forderungen, die mit den ersten nichts zu tun hatten, ein Verfahren, daß jeder rechtlich Denkende aufs schärfste mißbilligen muß. Ein rechtlicher Mann unterhandelt erst, und dann greift er zu Maßregeln, sei es Klage oder Streik.

Das Berggewerbegericht, das gemäß § 61 des Gesetzes vom 29. Juli 1890 als Einigungsamt fungiert, wurde nun von den bereits Streikenden angerufen. Dies bedeutet eine vollständige Verschiebung der Grundlage, auf der das Einigungsamt zu fungieren berufen ist. Der Besitzer der Zeche lehnte daher die Berufung an das Einigungsamt mit Recht ab, wollte dagegen auf mündliche Erörterungen in Gegenwart der Arbeitervertrauensleute eingehen.

Auf Zeche Herkules war ein Bergmann inzwischen wegen Beleidigung des Betriebsführers entlassen worden. Sofort erhob sich die Belegschaft, um dessen Wiederaufnahme zu erzwingen, wie dies ja jetzt immer geschieht. Jede Frechheit soll straflos sein, und jedes Einschreiten der Autorität ist eine Bedrückung und Infamie.

Die anwesenden, oben genannten sozialdemokratischen Führer rieten zur Mäßigung. Das tun bekanntlich revolutionäre Führer stets, wenn die Bewegung im Gange ist. Man lese die Geschichte aller Revolutionen. Es gilt den Schein zu wahren, oder sie betrachten die Birne noch nicht als reif. Beweise lassen sich natürlich nicht immer führen, aber so viel liegt mindestens klar zu Tage, daß die ganze Sprache der Sozialdemokratie in Presse und Versammlungen geeignet ist, überall aufzureizen. Sagt der Vorwärts nicht selbst: „Es ist unsere Pflicht aufzureizen."

In den nächsten Tagen sprang die Bewegung weiter und am 12. Januar waren schon über 36000 Mann ausständig, sämtlich unter Kontraktbruch.

Es kam nun viel darauf an, ob sich der Verein christlicher Bergarbeiter dem Streik anschließen würde. Bekanntlich hatten die evangelischen, katholischen und christlichen Arbeitervereine den Frankfurter Kongreß 1903 abgehalten. Hierauf hatte man von seiten der Mauserungsleute auch große Hoffnungen gebaut. Es zeigte sich aber im Ruhrgebiet, daß sie Hand in Hand mit dem sozialdemokratischen Verein gingen. Der polnische Gewerk- und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein schlossen sich an.

Eine am 12. Januar tagende Versammlung von 151 Delegierten der Vereine wählte eine Kommission von 7 Personen, welche zwar das „disziplinlose" Einstellen der Arbeit — „disziplinlos", weil sie sich nicht mit den Vereinen vorher in Verbindung gesetzt hatten — verurteilten, indes die Fortdauer des Streiks dieser Belegschaften anordneten; andere Belegschaften sollten vorläufig nicht streiken. Zugleich aber wurden dem Verein für Bergbauliche Interessen — ein Zusammenschluß der Besitzer — ihre Forderungen vorgelegt und um Antwort bis zum 16. Januar ersucht, widrigenfalls die ganze Arbeiterschaft in den Ausstand treten würde.

Welche Disziplinlosigkeit liegt aber erst darin, unter Kontraktbruch zu streiken und den Betriebsführern den Gehorsam zu verweigern! Von diesen Forderungen seien hier, dem Zweck dieser Schrift gemäß — nur die hauptsächlichsten angeführt:

1. Achtstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt. Für 1905 wie bisher, von 1906 ab $8\frac{1}{2}$, von 1907 ab 8 Stunden. Sechsstündige Arbeitszeit an nassen und über 28° Celsius heißen Orten.

2. Sonntags- und Überschichten nur bei außerordentlichen Vorfällen.

3. Beseitigung des Wagennullens. Es darf nur der Prozentsatz Steine in Lohnabzug gebracht werden, der sich im Wagen befindet.

4. Wahl eines Wagenkontrolleurs durch jede Belegschaft.

5. Waren Minimallöhne festgestellt:

Heuer und Bohrheuer im Gedinge 5.— Mk;
dieselben im Schichtlohn . . . 4.50 „

und im ähnlichen Verhältnis für alle Sorten Arbeiter.

6. (Sehr wichtig!) Errichtung eines Arbeiterausschusses zur Vorbringung und Regelung aller Beschwerden und Mißstände, Lohndifferenzen, Mitverwaltung der Unterstützungskassen. Mehr als die Hälfte der Sitze dürfen die Zechenverwaltungen nicht beanspruchen, selbst wenn sie mehr als die Hälfte der Beiträge leisteten. (Sehr ungerecht!)

7. Einführung von der Belegschaft in geheimer Wahl gewählten Grubenkontrolleuren, bezahlt vom Staat oder von den Besitzern.

8. Reform des (allerdings reformbedürftigen) Knappschaftswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisationen.

9. Betraf Lieferung von Deputatkohlen.

10. Beseitigung der zu vielen und harten Strafen.

11. Monatliche Kündigung bei den Wohnungsmietskontrakten.

12. Humane Behandlung. Bestrafung und Entlassung aller die Arbeiter mißhandelnden und beschimpfenden Beamten.

13. Keine Maßregelungen wegen des Streiks.

14. Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Der Vorstand des Bergbaulichen Vereins erkannte diese Versammlungen nicht als Vertreter der Gesamtbelegschaft an, und in der Tat vertraten die Versammlung nach eigener Angabe von 256000 Arbeitern nur 110000. Außerdem machte der Vorstand jenes Vereins mit Recht geltend, daß, trotz der Anweisung jener Versammlung, weitere Belegschaften in den Ausstand getreten seien, und daher Verhandlungen mit den gewählten Sieben zwecklos seien. Die Siebenerkommission könne daher gar keine Bürgschaft für Herstellung des Friedens gewähren. In welcher Weise das „Klassenbewußtsein" hier seine Rolle spielte, zeigt folgendes: Auf Zeche „Minister Achenbach" wohnen die Arbeiter ganz vortrefflich. Mißstände und Beschwerden konnten sie nach eigener Aussage nicht vorbringen. Auf die Frage des Direktors, weshalb sie denn streikten, antworteten sie, das müßten sie tun, weil die anderen streikten. — Terrorismus!

Im übrigen lehnte der Verein die Forderungen ab. Die geforderte Einbeziehung der Ein- und Ausfahrt in die achtstündige Schicht sei schon 1890 bei der staatlichen Bergverwaltung deshalb abgelehnt worden, weil die Arbeitsleistung sodann einen Rückgang von 10 bis 12% erfahren, und die Arbeiterzahl um einige tausend Mann vermehrt werden müßte, darunter ungeübte Leute. Entlassungen, Unglücksfälle würden die Folge sein. Auch müsse diese Verkürzung der Arbeitszeit, im Hinblick auf die der übrigen Berufsklassen, der

Verteuerung der Kohlenpreise und der Gefahr der Konkurrenzunfähigkeit mit fremden Industrien abgelehnt werden. Der Minimallohn, so wurde mit vollem Recht behauptet, würde auf Faulheit und Lässigkeit geradezu eine Prämie setzen.

Das Nullen der mangelhaft geladenen Wagen werde auf 20 Zechen nicht mehr, auf den anderen sehr milde (durch Zahlen belegt) durch angestellte Beamte ausgeführt. Die Löhne würden dadurch nicht gedrückt. Geldstrafen wären schwierig zu vollstrecken, da es unter der Kameradschaft, welche die Wagen füllten, schwierig sei, den Schuldigen zu ermitteln, und wären härter für den Einzelnen. —

Zum Thema Unfälle, welche durch die geforderten Grubenkontrolleure vermindert werden sollten, wurde gesagt, die erhöhte Ziffer der Unfallanmeldungen komme jetzt daher, daß auch die kleinsten Unfälle angemeldet würden, der Rente wegen. —

Das ist eine Erfahrung, die bei jeder Art der Reichsversicherungen zu bemerken war, was später vom Grafen Posadowski im Reichstage bestätigt wurde. Eine besonders günstige Einwirkung werde die Einführung der Grubenkontrolleure nicht haben. Da wo diese Einrichtung in England angenommen sei, wäre die Unfallziffer gerade die höchste.

Die Arbeiterausschüsse wurden entschieden abgelehnt. Der Vertrag sei nur mit dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen. Die Arbeiterausschüsse könnten nur den Zwecken der Sozialdemokratie dienen, ebenso die Anerkennung der Arbeiterorganisationen. Den beiden letzten Sätzen kann nur deshalb zugestimmt werden, weil eben die politische Organisation der Sozialdemokratie besteht, wodurch, wie schon bemerkt, jede wirksame Vereinbarung und jedes Zusammenwirken verhindert wird. Die Optimisten freilich wollen das bestreiten.

In der Antwort vom 14. Januar wurde mit Recht beklagt, daß die Belegschaften unter Kontraktbruch und meist ohne zu wissen, was man wolle, den Ausstand begonnen hätten. Unerträgliche und allgemeine Mißstände seien nicht vorhanden gewesen.

Inzwischen hatte die Staatsregierung, in Anbetracht der Schädlichkeit eines großen Streiks für die Bevölkerung und den Nationalwohlstand, den Ministerialdirektor Oberberghauptmann von Velsen nach Essen gesandt, um persönlich zu verhandeln. Der Bergbauliche Verein blieb bei seiner Ansicht der Sache, erklärte aber, es sei ihm eine Untersuchung, ob Mißstände im Bezirk vorhanden seien, sehr erwünscht.

Als die Versammlung der Delegierten in Essen die oben bezeichnete Antwort erhielt, erklärte sie den Generalstreik.

Daß die Folgen eines solchen ganz ungeheure sind, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden. Es war dies der größte Streik, der jemals in Amerika und Europa stattgefunden hat. Es waren über 200000 Mann im Ausstande. Der tägliche Lohnausfall belief sich auf rund 600000 Mark. Dazu aber kamen die Verluste der gesamten Kohlenindustrie, der anderen Industrien und der Gewerbtreibenden. Ferner trat in Erscheinung, daß der Zwischenhandel natürlich die erhöhte Nachfrage ausnutzte, während er die Kohlen zu den vom Kohlensyndikat festgesetzten Preisen weiter erhielt. —

Ein solcher Streik ist daher für die Konsumenten äußerst unbequem — abgesehen von den nationalen Schäden. Schon aus diesem Gefühl heraus, und um die baldige Beilegung des Streikes anzustreben, nahm ein großer Teil des nichtsozialdemokratischen Publikums blindlings gegen die Bergwerkbesitzer Partei, ungeachtet diese auf dem strengsten Rechtsstandpunkt standen, den man sonst so gern verficht. Dies gerade wurde hier als blinder Eigensinn scharf angefochten, und diejenigen Leute, die sonst das Eingreifen der staatlichen Organe, wo es ihnen nicht paßt, am meisten verabscheuen und mißbilligen, riefen hier zuerst nach einem Einschreiten des Staates und sogar des Kaisers selbst, obgleich die Geschichte der 1889 bei Sr. Majestät erschienenen Abordnung unter Führung des sozialdemokratischen Bergmannes Schröder, der später wegen Meineides bestraft wurde, als warnendes Beispiel gelten konnte. Die gesamte Partei der Sozialreformer trat auf seiten der Bergarbeiter; das Mitleid mit dem notwendigerweise bald zu erwartenden Mangel spielte auch eine Rolle, und dazu kam noch die Meinung von den hohen Dividenden der Mitglieder der besitzenden Gesellschaften, die wohl allerdings nicht abzuleugnen, aber doch vielfach übertrieben sind. Die Schrift des Bergmeisters Engel will die Übertreibungen nachweisen.

Die Sozialdemokratie trat selbstverständlich für die Streikenden in heftigster, hetzendster Weise ein. Sie hat auf jeden Fall Vorteil daran. Scheitert der Streik, so ist ihr der im Herzen der Arbeiter zurückbleibende Groll willkommen; siegt er aber, so begrüßt sie das als einen Sieg über die kapitalistische Macht und jetzige Gesellschaftsordnung.

Die Freisinnigen der strengen und milden Gattung — die letztere ist, wegen ihrer Tendenz mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die bei weitem schlimmere — folgen den Fußtapfen der Sozialdemokratie. Das Zentrum nahm auch sofort aufs Entschiedenste Partei für den Streik. Es darf unter keinen Umständen die Wählermassen zum Teil verlieren. Hohe Kirchenfürsten schickten Beiträge für die Streikenden, und dasselbe geschah durch Sammlungen im ganzen deutschen Reiche und auch im Auslande, vielfach nur mit der Absicht, die Not zu lindern, die natürlich unter den Familien der Bergleute zu

herrschen anfing. Aber diejenigen, welche das taten, fragten sich keineswegs, ob diese Not nicht eine selbstverschuldete sei, und ob sie nicht durch ihre Gaben den nationalen und auch den Notstand der Einzelnen verlängerten. Ganz bezeichnend ist nun dabei die Stellung zum Kontraktbruch. Es wird behauptet, daß ohne einen solchen ein Streik gar nicht in die Wege zu leiten sei. Kontraktbruch habe bei allen Streiken geherrscht. Zarte Illusionistenseelen gingen soweit, zu sagen: Der Streik ist Krieg! Und der bricht alle Verträge. Nein, der Streik ist nicht Krieg, sondern er ist Faustrecht, das, wie die Fälscher der Geschichte behaupten, im ganzen Mittelalter herrschte. Wenn die Arbeiter die Kündigungsfrist innehalten, heißt es, so schaffen sich die Besitzer neue Arbeiter, und der Streik ist illusorisch. Das ist einfach nicht wahr und besonders nicht bei allen Betrieben, die eine gewisse Fachfertigkeit auch von dem geringsten Arbeiter fordern. Die Zechen waren innerhalb der Kündigungsfrist von vierzehn Tagen nicht imstande, sich die genügende Anzahl gelernter Arbeiter zu verschaffen. Die Fachausbildung wird schon von der Sicherheit des Betriebs gefordert. Selbst wenn aber die genügende Anzahl zu beschaffen wäre, müßte doch der Kontrakt innegehalten werden, denn es wäre grobe Ungerechtigkeit, den Besitzern den ihnen gesetzlich zustehenden Vorteil verweigern zu wollen, während man den Arbeitern schrankenlose ungesetzliche Willkür zubilligt.

Verschließt man sich denn dagegen, welcher moralische Schaden sich in unser Volk einfrißt, wenn man leichten Herzens erklärt und billigt, daß Versprechen und Vertrag unter den Deutschen nichts mehr gelten? Alter Arndt, was würdest du dazu sagen, der du sangst:

„Wo Eide schwört der Druck der Hand!“

Wie fern liegt diese Zeit einem entarteten Geschlecht! Denn ich nenne dies Verhalten eine Entartung, mag sie auch nur aus einer Verwirrung der Anschauungen entspringen.

Was das Eingreifen des Staates betrifft, so verschließe ich mich keineswegs der Ansicht, daß es unter Umständen, von Ausschreitungen ganz abgesehen, notwendig werden kann, wenn der Streik eine nationale Gefahr darstellt. Und dies war hier der Fall. Dann aber muß doch durch die gerechteste, abgewägteste Haltung gegen beide Teile der Aktion der Regierung der Stempel aufgedrückt werden. Ist dies geschehen?

Selbstverständlich kam diese große Angelegenheit im Reichstage und Landtage zur Sprache. Während die sozialdemokratischen Abgeordneten Hue, Bömelburg, Molkenbuhr, Spahn (Zentrum), Zimmermann (Wirtschaftliche Vereinigung) die Freisinnigen sich bedingungslos auf Seite der Arbeiter stellten, der Abgeordnete Heyl (nationalliberal) einen vermittelnden Standpunkt einnahm, traten

Hirsch, Wiener, Breumer für die Besitzer ein. Die konservative Partei erklärte zu Anfang, sie könne nicht über den Gegenstand verhandeln, bis die Arbeiter den Kontraktbruch durch Wiederaufnahme der Arbeit gesühnt hätten, schickten aber in nächster Sitzung doch den Abgeordneten von Heydebrandt auf die Tribüne, der den Standpunkt eines wahren Konservatismus mit Mäßigung und Entschiedenheit verfocht. Abgeordneter Stöcker erklärte in einer langen und vielfach von allen Parteien applaudierten Rede u. a., daß die absoluten Könige sich konstitutionelle Rechte hätten gefallen lassen müssen, also könnten sich auch die Besitzer nicht gegen Arbeiterausschüsse u. s. w. wehren. Die Staatsgewalt und das Privateigentum kann man aber doch nicht auf eine Stufe stellen, denn Privateigentum bleiben die Bergwerke ungeachtet der Mutung immer. Im allgemeinen trat Wohlwollen für wirklich gerechtfertigte Forderungen der Arbeiter und das Verlangen, die Regierung möge die „Klinke" der Gesetzgebung gegen die „Kartelle", Assoziationen des Größkapitals, in die Hand nehmen, zu Tage. Die Haltung der Regierung lief im allgemeinen dahin aus, daß eine Einigung dringend erwünscht sei, der Kontraktbruch verurteilt, und die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung, nötigenfalls mit den Mitteln der Staatsautorität, zugesichert wurde. Der Reichskanzler wies am 20. Januar mit großem Recht darauf hin, wie sehr nach dem Beginn des Streiks von der sozialdemokratischen Presse Öl ins Feuer gegossen würde, und daß die Führer die Massen nicht in der Gewalt behalten hätten. Die erste Rede des Handelsministers im Abgeordnetenhause wurde von demokratischer Seite, als zu scharf für das Besitzertum lautend, verurteilt, wir können nicht finden, daß er in seinen weiteren Reden wesentlich anders gesprochen hätte. Wichtig war, daß er die Zuversichtlichkeit, mit der man von der zügelnden Macht der Organisationen gesprochen hatte, sehr stark durch den Anfang des Streiks als in Frage gestellt beurteilte.

Der Minister hatte nun am 17. Januar Kommissare in das Streikgebiet gesandt, um eine Untersuchung mit Verständigung anzubahnen. Diese scheiterte, da die Besitzer eine kontradiktorische Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterschaft abermals ablehnten. Der Abgeordnete Stölzel nannte das Verhalten der Besitzer eine Schmach. Aber würde sie nicht durch ihre Einwilligung den Rechtsbruch der Streikenden anerkannt haben?

Während dessen ging der kolossale Streik den Gang aller neueren Streiks. Es ist richtig und auch anzuerkennen, daß er sich von den schweren Ausschreitungen, wie sie 1889 in demselben Bezirk, besonders aber im Waldenburger in Schlesien, .stattfanden, allerdings fernhielt, Ausschreitungen, die das Einschreiten der Truppen und Blutvergießen zur Folge hatten. Wenn man aber der Öffentlichkeit glauben machen will, daß die Arbeitswilligen nicht belästigt, verhöhnt und gemißhandelt worden wären, so drückt man ab-

sichtlich die Augen zu und lügt. Sogar gemäßigte nationale Blätter behandelten die Nachrichten hierüber als Märchen, und auch Graf Posadowski legte der Sache doch zu geringe Bedeutung im Reichstage bei. Die Verurteilung einer großen Anzahl Streikender zu schweren Gefängnisstrafen beweist aber die Richtigkeit der betreffenden Nachrichten. In einem Falle wurde die Schutzmannschaft durch Revolver beschossen und mußte das Feuer erwidern. Der Schutz der Arbeitswilligen war eben von Anfang an ungenügend, und es erscheint die Ansicht sehr glaublich, daß der Streik nicht diesen Umfang genommen hätte, wenn dieser Schutz sogleich ein ausreichender gewesen wäre.*)

Wir sind auch der Ansicht, nicht sofort bei jeder Bagatelle die Truppen in Aktion treten zu lassen. Wenn aber obere Kommunalbeamte sogar erklärt haben, sie würden gegen die Entsendung von Militär in das Streikgebiet protestieren, so muß bemerkt werden, daß die Bestimmung des Zeitpunktes Sache der Regierung ist. Jedenfalls hat die Entfaltung einer starken Militärmacht stets die Wirkung, den Arbeitswilligen Vertrauen zu dem nötigen Schutz einzuflößen. Hielt man aber das Militär für nicht nötig — und ich will mich eines bestimmten Urteils hierüber enthalten — so mußte mindestens gleich zu Anfang des Streiks eine starke Polizeimacht zusammengezogen werden. Diese traf aber tropfenweise ein und konnte daher dem Zweck nicht vollständig genügen. — Dabei soll aber nicht verkannt werden, daß die einheimischen Polizeikräfte mit Ruhe und Besonnenheit das Beste leisteten, was nur geleistet werden kann. Ganz zu verwerfen aber ist das Heranziehen von Ordnungsmannschaften aus den Streikenden selbst, wodurch nur die Autorität der Streikkommission gestärkt wurde und — die Streikposten sich vermehrten.

Inzwischen führte die Siebener-Kommission, wie bei allen Streiks zu beobachten, eine Art Nebenregierung im Streikgebiet. Es wurde von den Staatsbehörden mit ihr wie gleich zu gleich verhandelt. In diesen Zeiten, wo die Streikgelder von ihren Organen ausgezahlt werden, übt sie schon dadurch eine Autorität aus.

Gar nicht anerkannt wurde, daß die Zechverwaltungen den Streikenden, obgleich sie den Kontrakt gebrochen hatten, noch einen Wochenlohn aus Rücksicht für ihre Frauen und Kinder ausgezahlt hatten.

*) Ich kommandierte 1889 im Waldenburger Bezirk, wo, wie schon bemerkt, nur durch das schnelle Eintreffen eines Bataillons der Totschlag von Beamten und Zerstörung einiger Gruben verhindert wurde. Sodann warf man noch 3 Bataillons und 2 Eskradons hin und mit einem kurzen Einschreiten der Truppen war die Ruhe hergestellt, und die Arbeitswilligen geschützt. Das Waldenburger Becken gehörte zu meinem Ersatzbezirk, und mein dortiger Aufenthalt von jährlich mehreren Wochen zum Oberersatzgeschäft hat mir Gelegenheit gegeben, mich über bergbauliche Verhältnisse vielfach aus der Praxis zu unterrichten.

Inzwischen aber fingen die Streikmittel an, auf die Neige zu gehen, und schon Ende Januar machte sich Unzufriedenheit geltend. —

Während dessen war eine neue Kommission vom Handelsminister in das Streikgebiet entsendet (Ende Januar), und sechs Kommissionen zur Untersuchung und Feststellung etwaiger Mißstände ernannt worden, die ihre Tätigkeit, nachdem Verhandlungen des Oberberghauptmanns zu Dortmund mit der Siebener-Kommission stattgefunden hatten, sofort in den einzelnen Zechen begannen. Die Besitzer lehnten jedoch abermals auch in einem Telegrammwechsel mit der Siebener-Kommission Verhandlungen ab (5. Februar) und führten dabei an, die inzwischen angestellten Untersuchungen hätten ergeben, daß allgemeine Mißstände im Revier nicht vorhanden seien. Diese Ansicht haben denn auch die späteren Untersuchungen vollkommen bestätigt. Überall fand man nur Beschwerden über Kleinigkeiten, die nur Grund zu einer Spezialklage geben konnten und meist auf erhobene Beschwerde abgestellt worden waren. Es ist äußerst charakteristisch, zu sehen, wie vor den Kommissionen die vorher erhobenen lauten Klagen zusammenschrumpfen. Sehr zu verwerfen ist, daß gemäßigte Zeitungen sogar diese Untersuchungen ebenfalls mit Hohn betrachten und somit Mißtrauen säen. —

Am 30. Januar hatte nun aber der Handelsminister im Abgeordnetenhause erklärt, daß das Staatsministerium einstimmig beschlossen habe, eine Novelle zum Berggesetz vorzulegen, welche die wesentlichen Punkte der Beschwerden der Bergleute gesetzlich regeln soll, nachdem sich herausgestellt habe, daß auf dem Verhandlungswege nichts zu erreichen sei.

Im übrigen wäre es sehr zu bedauern, sagte der Minister, daß die Streikenden schon nach Bekanntwerden der ernsten Absicht der Regierung zu Verhandlungen nicht zur Arbeit zurückgekehrt seien. —

Im weiteren Verlauf der Sache richtete die Siebenerkommission an den Verein für bergbauliche Interessen ein Telegramm, in dem um eine Unterredung zur Besprechung ermäßigter Forderungen, in denen die eines Minimallohnes fallen gelassen worden war, ersucht wurde, und teilte dies dem Reichskanzler ebenfalls telegraphisch mit, der in seiner Antwort sehr richtig zur sofortigen Aufnahme der Arbeit riet. — Es folgte sodann eine Eingabe an den Reichskanzler, welche eine Anzahl Forderungen aufstellte, die sich mit den früher angeführten deckten, mit der Bitte, sie in das angekündigte preußische Berggesetz aufzunehmen.

Während aller dieser Verhandlungen, die sich, was sie vorteilhaft von der Sprache eines Gapon unterscheidet, immer einer passenden Form von Seiten der Siebener-Kommission befleißigten, waren nun die Streikmittel zu Ende. Der Generalstreik erlosch auf Antrag der Siebener-Kommission nach verschiedenen Tumulten und Protesten, in denen die Abgeordneten Sachse und Hue, wie

bei solchen Gelegenheiten üblich, auch mit dem Titel Verräter beehrt worden waren. —

Die Sache war zu Ende. —

Es war nun die Frage, wer gesiegt hätte. Die Schlacht war unentschieden. Einerseits hatten die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, ohne irgend ein Versprechen der Besitzer, aber andererseits hatte die Regierung sich mit der Absicht der Einbringung eines Gesetzes, welches — abgesehen von den Löhnen — die Forderungen der Streikenden größtenteils festlegen will, in entschiedenen Gegensatz zu der Haltung der Besitzer gestellt. — Diese Wandlung war durch das Verlangen entstanden, den Streik, welcher dem ganzen Organismus tiefe Wunden schlug, schnell zu beseitigen. Das ist nicht gut zu verneinen.

Die Regierung brachte übrigens zuerst am 17. Februar einen Gesetzentwurf über die Stillegung der Zechen im Ruhrgebiet ein, der schon seit lange vorbereitet war. Eine Beurteilung desselben müssen wir natürlich kompetenteren Federn überlassen. Er stößt bei ihnen auf mannigfache Bedenken. (Siehe z. B. Tägl. R. Nr. 145.) Wir können hier nur über die Maßregel der Verhinderung der Stillegung vom allgemein menschlichen und politischen Standpunkt, den wir ausdrücklich immer festhalten, ein Urteil fällen, und da müssen wir unsere Sympathie mit ihr erklären, so weit sie ohne Eingriffe in das Verfügungsrecht über das Privateigentum eingeführt werden kann.

Anders denken wir über den zweiten Gesetzentwurf, eingebracht am 8. März. — Es lag offener wirtschaftlicher Kampf vor, von seiten der Arbeiter mit Kontraktbruch geführt. Eingreifen der Regierung war geboten, aber unter Beobachtung der strengsten Unparteilichkeit.

Wenn diese nicht innegehalten wird, so macht man in der Gegenwart der revolutionären Partei neue Konzessionen.

Der Hauptinhalt ist: Das Nullen ist verboten. „Ungenügend oder vorschriftswidrig beladene Fördergefäße müssen soweit angerechnet werden, als ihr Inhalt vorschriftsmäßig ist." Ein von den Arbeitern gewählter Vertrauensmann kann das Verfahren überwachen. Er ist aber von den Arbeitern zu bezahlen.

Einsetzung eines „ständigen Arbeiterausschusses". Seine Befugnisse sind Wünsche, Beschwerden, Anträge der Belegschaft zu den Ohren des Besitzers zu bringen.

Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung ist auf denjenigen Bergwerken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, dieser über den Inhalt der Arbeitsordnung oder des Nachtrages zu hören. Die Arbeitsordnung und die von den Arbeitern erhobenen Bedenken sind der Bergbehörde einzureichen.

Die im Laufe eines Kalendermonats gegen einen Arbeiter verhängten Geldstrafen dürfen in ihrem Gesamtbetrage den doppelten Betrag des durchschnittlichen Tagesarbeits-

verdienstes nicht übersteigen . . . Alle Strafgelder müssen zum Besten der Arbeiter des Bergwerks verwendet werden. Wenn für das Bergwerk ein ständiger Arbeiterausschuß vorgeschrieben ist, müssen die Strafgelder einer Unterstützungskasse zugunsten der Arbeiter überwiesen werden, an deren Verwaltung der ständige Arbeiterausschuß durch mindestens ein aus seiner Mitte gewähltes Mitglied beteiligt sein muß.

In Gruben oder Grubenabteilungen, in denen mehr als 22 Grad Celsius Temperatur herrscht, darf die Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab 8½ Stunden, vom 1. Oktober 1908 ab 8 Stunden nicht übersteigen. Als Arbeitszeit gilt die Zeit von Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn. Bei mehr als 28 Grad Celsius dauert die Arbeitszeit 6 Stunden.

Es folgen sodann Bestimmungen darüber, wann Nebenschichten und Überschichten gefahren werden können. „Vor Einlegung derselben muß der Arbeiterausschuß gehört werden".

Was den Inhalt betrifft, so enthalten wir uns auch hier der Beurteilung, soweit die technische Ausführung in Frage kommt, glauben aber, daß ein Verbot des Nullens, da es erwiesenermaßen in einem Teil des Ruhrgebietes, im größten Teil des oberschlesischen Bergwerkgebietes und in England ohne dasselbe geht, keine Bedenken hat. Die Anstellung eines Vertrauensmannes dagegen schließt ein Mißtrauen gegen die Beamten der Zeche ein und wird nur zu Streitigkeiten führen.

Die Einsetzung der Arbeiterausschüsse erscheint uns als ein starker Eingriff in den Besitz, und sie werden sich wieder aus dem Grunde, daß die politisch-organisierte Sozialdemokratie existiert, als deren Helfershelfer und getreue Organe erweisen.

Gegen die Teilnahme eines Arbeiters an der Verwaltung der Strafgelder, die in eine Unterstützungskasse der Arbeiter fließen sollen, kann man dagegen nichts einwenden. Treten doch in der Armee sogar Soldaten in die Verwaltung der Menagekasse ein. Ein großer Nutzen wird freilich hierdurch nicht erwachsen, denn der technische Kassenbeamte ist doch immer derjenige, welcher am meisten Einfluß durch seine Kenntnisse hat. Daß dieser Entwurf, zum Gesetz geworden, die Arbeitsführer nicht befriedigen wird, erscheint zweifellos und ist durch die Haltung der sozialdemokratischen Presse schon bedingt.*)

Unsere Bedenken sind soeben zum Teil dargelegt. Sie sind aber hauptsächlich politischer und ethischer Natur. —

Ein allgemeiner Streik unter Kontraktbruch ist ein Gewaltakt. Die Besitzer sind demselben nicht gewichen. Die Regierung aber bringt gerade in diesem Moment ein Gesetz ein, welches zwar nicht alle, doch aber einen großen Teil der Forderungen der Ausständigen erfüllt. — Es muß sich daher in den Köpfen der Massen die Vorstellung festsetzen, sie brauchten nur in ähn-

*) Inzwischen sind die Verhandlungen im Abgeordnetenhause und in der Budgetkommission erfolgt. Siehe Nachtrag.

licher Weise wiederzukommen, um von Besitz und Regierung mehr oder alles zu erlangen. Der revolutionären Idee und dem Machtbewußtsein der Massen wird hierdurch Vorschub geleistet werden. —

Das Fallenlassen der Rücksicht auf den Kontraktbruch schafft einen üblen Präzedenzfall.

Der Kontraktbruch wird hierdurch gewissermaßen stillschweigend legalisiert.

Der auf die Besitzer ausgeübte Druck und die Einführung der Arbeiterausschüsse wird ihre Arbeitsfreudigkeit und Spannkraft schwächen. Es ist keine Frage, daß die Kraft, Einsicht des Einzelnen, sei er nun Besitzer oder Leiter des Betriebes, der höchste Antrieb zur Förderung jedes Unternehmens ist. — Der Besitzer und Leiter ist auch Arbeiter.

Durch die jetzigen Bewilligungen wird man keineswegs Ruhe schaffen, sondern die offen von der Sozialdemokratie als gerechtfertigt erklärte Begehrlichkeit nur steigern, und geradezu den Antrieb zu neuen Forderungen geben. Auch dafür wird die organisierte Sozialdemokratie zu sorgen wissen. —

Schließlich noch die Frage, ob die Heruntersetzung der Geldstrafen den vielen Vergehen, die sich Arbeiter in den Bergwerken zuschulden kommen lassen, auch entspricht. —

Soweit unsere Ansicht über den Gesetzentwurf.

Gewiß wollen wir nicht verkennen, daß die Gründe der Regierung auf sorgfältiger Erwägung, Sachkenntnis und Beachtung der politischen Verhältnisse im Innern beruhen. Daß die Sozialdemokratie durch Ablehnung des Gesetzes Anhänger gewinnen würde, mag richtig sein, es ist aber die Frage, ob sie nicht noch mehr durch die Annahme gewinnen wird. Dies ist unsere Überzeugung.

Wir wollen uns dem durchaus nicht verschließen, daß, wenn auch der Arbeitsvertrag mit dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen wird, es zeitgemäß und praktisch ist, wenn sie in kleineren Verbänden, z. B. innerhalb einer oder mehrerer Zechen, mit den Besitzern durch Vertrauensleute unterhandeln. Man fordert aber die Anerkennung der großen Verbände; in diesen wird jedoch die Sozialdemokratie einen immer größeren Einfluß gewinnen. Als ein mäßigendes Element haben sich aber diese Verbände im Streik keineswegs erwiesen, wie dann auch der christliche Verband sich ohne weiteres dem übereilten Streik angeschlossen hat. Wenn man aber den zu gründenden Berufsvereinen und Organisationen eine immer ausgedehntere Teilnahme an der Verwaltung einräumt, werden sie dann auch die Verantwortlichkeit bei absteigender Konjunktur mit übernehmen? Beschränkt die Regierung die Rechte der Besitzer, muß sie

dieselben andererseits schützen, vor allem aber die Freiheit der Arbeit gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Streikenden. Das ist eine dringende Forderung der Gerechtigkeit, und ein solcher Gesetzentwurf darf, einmal eingebracht, nicht mehr „eingescharrt" werden. Es ist geradezu der Gipfel der Einfalt, die Beraubung der Freiheit der Arbeit mit dem Solidaritätsgefühl staatlicher Organisationen, z. B. des Offizierskorps, zu vergleichen. Dieses wird nie für Vergehen seiner Mitglieder eintreten, sondern wird die Betreffenden rügen oder ausstoßen.

Man sagt, die Sozialdemokratie habe nicht die Führung bei dem Streik gehabt. Das ist erstens schon, angesichts des Einflusses der Abgeordneten Hue und Sachse, nicht nur nicht richtig, sondern sie hat sogar die Führung ganz und gar an sich gerissen. Absichtlich betonte man zu Anfang nicht sozialdemokratische Tendenzen, um die Arbeiter des christlichen Verbandes nicht kopfscheu zu machen.

Hinsichtlich der Sozialdemokratie sieht man immer und wieder nur die Oberfläche der Dinge. Die Lehren der Geschichte erzählen uns aber, daß bei jeder revolutionären Bewegung geheime Machenschaften und Organisationen mitwirkten, die sich jetzt zum Teil im Königsberger Prozeß enthüllten. Diese waren aber gar nicht einmal nötig, denn die öffentliche Hetzerei in der sozialdemokratischen Presse und in Versammlungen lief auf das Hervorrufen einer Arbeiterbewegung seit lange hinaus, wenn er auch im konkreten Falle nicht immer nachweisbar ist. Wenn man die böswilligen Artikel gegen die besitzenden Klassen und die staatliche Autorität, die fortdauernd in der sozialdemokratischen Presse enthalten sind, betrachtet, so muß man erkennen, daß dies allein schon genügt, um bei einer Erregung der Arbeiter, sei sie nun berechtigt oder nicht, Öl ins Feuer zu gießen, solche Bewegungen vorzubereiten und zum Ausbruch zu bringen. Aber dies war es nicht allein, sondern die sozialdemokratische Presse im Streikgebiet hat das möglichste getan, vor und während des Anfanges der Streitigkeiten das Feuer zu schüren. Es liegen uns eine ganze Reihe von Nummern vom Dezember und Januar vor, die dies unzweideutig beweisen. —

Der Ausstand sollte allerdings später ausbrechen, als er ausgebrochen ist, weil verschiedene Umstände, darunter die Jahreszeit, und der voraussichtliche Mangel an Mitteln, einen Aufschub rätlich erscheinen ließen. — Welche Umstände den Ausbruch eher herbeiführten, wie die Agitatoren den Strom nicht mehr aufhalten konnten, ist eben gezeigt worden. Die Sprache der sozialdemokratischen Blätter im Ruhrgebiet nach und während des Streikausbruches war denn im allgemeinen so, wie diese Probe zeigt:

„Diese entmenschte Gesellschaft (die Bergwerkbesitzer) bringt es kalten Blutes fertig, Hunderttausende von Arbeitern in den Generalstreik hineinzutreiben, weil es ihren Interessen nun einmal paßt. —"

Die Unvernunft dieser Anschuldigung — abgesehen von dem Ton der Sprache — liegt auf der Hand. Wird aber ein „klassen- und zielbewußter Arbeiter" ferner unter einer „entmenschten Gesellschaft" freudig seine Arbeit verrichten?

Nach Beilegung des Streikes hat die Hetzerei durchaus nicht aufgehört. Die sozialdemokratische Presse des Ruhrgebietes war mit der Beilegung durchaus nicht einverstanden. Die Haltung der Siebener-Kommission wurde vielfach verurteilt. —

Wie sehr die politischen Interessen im Vordergrund stehen, zeigt eine Agitationsnummer des sozialdemokratischen Organs für die Reichstagswahlkreise Bochum, Gelsenkirchen u. s. w.

Wir haben eine Niederlage erlitten — gewiß! Aber ist das ein Grund, nun den Kampf überhaupt abzubrechen? Nein und dreimal nein! Wir müssen uns vorbereiten auf den großen Tag der Abrechnung mit den Siegern von heute, auf den Tag der Vergeltung — und wir müssen das Kampffeld ausdehnen! Nicht allein dem Kohlenkapital, wie diesmal, hat unser Krieg künftig zu gelten — er hat zu gelten der ganzen herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung, hat zu gelten dem Kapitalismus! Wie liegen die Dinge? Durch unsere ganze heutige Gesellschaftsordnung geht ein tiefer, klaffender Riß. Auf der einen Seite steht eine an Zahl verschwindende Minderheit von Besitzenden. Ihnen gehört der Grund und Boden, ihnen gehören die Fabriken und Maschinen, ihnen gehören die Bergwerke. Und auf der anderen Seite steht die ungeheure Masse des Volkes, alle die Millionen, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, und die, wollen sie nicht verhungern, dies ihr einziges Besitztum den großen Herren verkaufen müssen. . . . Doch von all dem Segen, den ihr unermüdliches Wirken hervorbringt, erhalten sie selbst nur einen geringen Anteil in Gestalt ihres kärglichen Arbeitslohnes — das andere steckt der Besitzer der Arbeitsmittel, der Herr der Fabriken und Bergwerke, als mühelosen Gewinn in seine Tasche. Und dieser Gewinn nun, dieser sogenannte Kapitalprofit, erlaubt es dem nicht arbeitenden Kapitalisten, ein Leben herrlich und in Freuden zu führen, während die großen Massen in bitterem Elend darben müssen. . . . Der Sozialismus, das ist die Gesellschaftsordnung, in der es keine Herren und Knechte mehr geben wird, keine Ausbeuter und Ausgebeutete, sondern nur eine freie, den höchsten Kulturaufgaben in frohem Wetteifer stolz sich widmende Menschheit! Diesen Zustand zu erstreben, ist das hehre Ziel der Sozialdemokratie! . . . Wir fordern euch nicht auf, mit russischen Mitteln zu kämpfen (die sind im Augenblick in Deutschland weder notwendig noch nützlich!) — wohl aber sollt und müßt ihr euch ein Beispiel nehmen an der Hingabe, dem Opfermut, der Kampfesfreudigkeit und der heiligen Begeisterung, mit der man in Rußland um die Freiheit kämpft! . . . Auf in den Kampf! Auf zum Sieg! Tod und Untergang dem Kapitalismus! Hoch die völkerbefreiende, menschheiterlösende Sozialdemokratie!

In einem anderen Organ des Ruhrgebietes lesen wir, daß der klassenbewußte Arbeiter nur an die Eroberung der Staatsgewalt denken soll. „Kein Arbeiter darf einer Partei dienen, die nicht dieses letztes Ziel anstrebt."

Wir glauben Recht zu haben, wenn wir vor allem die politische Seite der Sache ins Auge gefaßt haben. —

VI.

Terrorismus und „Toleranz“.

Es ist ein gemeinschaftliches Kennzeichen des Zentrums und der Sozialdemokratie, die ja in Bayern brüderlich zusammenstehen, daß sie die weitgehendste Duldsamkeit und Freiheit für sich fordern und dabei den größten Terrorismus gegen andere ausüben.

Wir können aber dem Zentrum nie kräftig entgegentreten, wenn wir nicht immer wieder betonen, daß die katholische Kirche selbst, an ihrer Spitze der Papst, die höchste Unduldsamkeit durch die nicht aufhörende Verfluchung unserer Kirche, und jedes protestantischen Bekenntnisses beweist. Das tut die evangelische Kirche nirgends. Sie verwirft das katholische Bekenntnis, soweit es nicht gemeinsame Anschauungen mit dem Protestantismus hat, aber sie verflucht es nicht. Von einer Beschränkung des katholischen Glaubens und Gottesdienstes in Deutschland und vor allem in Preußen im allgemeinen zu sprechen, ist lächerlich. Wenn sich in einzelnen kleinen, hauptsächlich evangelischen deutschen Staaten Gesetze gegen die Verbreitung dieser unduldsamen Kirche erhalten haben, so kann man das verstehen, mögen sie auch für die Gegenwart nicht mehr ganz passend sein. Diese Gesetze schiebt das Zentrum vor, um einen „Toleranzantrag“ zu begründen, der nur bezweckt, die Maßregeln, die wir gegen die Kämpfenden noch für nötig halten, zu annullieren, um die Staatsgewalt gegenüber der katholischen Kirche ganz zu lähmen. Die größte Unduldsamkeit will Duldsamkeit.

Ebenso ist es mit der Sozialdemokratie. Sie fordert die höchste Achtung für ihre Bestrebungen und für den „vierten Stand“, und sie beschimpft in der verächtlichsten Weise andere Stände, deren Ansichten und Bekenntnisse, und wo sich ketzerische Meinungen in ihrem eigenen Schoß erheben, wird der Jude (Pardon der Gegner!) nicht nur verbrannt, wenn der Staat es erlaubte, sondern auch der Ehre beraubt. — Sie fordert unbegrenzte Koalitionsfreiheit, aber der Zusammenschluß der Besitzenden ist für sie ein Verbrechen. Sie wütet gegen die indirekten Steuern, und sie nimmt den Arbeitern an direkten mehr ab, als der Staat es jemals wagen dürfte. Sie fordert Streikfreiheit, aber sie unterdrückt die Freiheit der Arbeit. Sie fordert Hochhaltung der Gesetze, aber sie reizt zur Empörung. Sie predigt die edelste Sittlichkeit, tritt aber für die Gräfin Montignoso ein und zählt selbst unter ihren Chefs einige Männer, die es den „Lumpen“ der Aristokratie mindestens gleichtun. Sie schimpft über

Ehebrüche und Duelle und predigt die freie Liebe. Sie erklärt Leute im Schutz der Immunität für meineidig und entschuldigt den Meineid zum Vorteil der Genossen. So verkörpert sie die Unduldsamkeit und den Terrorismus im Namen der Freiheit. —

Die Sitzung des Reichstages vom 25. Februar lieferte einen neuen Beweis, was es mit Freiheit und Toleranz der roten und auch der schwarzen Partei auf sich hat. Da hat sich ein Verein gebildet, der die Richtung verfolgt, das Volk über die Bedeutung der See und der Seemacht aufzuklären und die angemessene Verstärkung der Flotte herbeizuführen, die angesichts unseres ausgebreiteten Handels, des zweiten der Welt, und der fortwährenden Verstärkung sämtlicher anderer Flotten eine einfache, dringende Notwendigkeit ist. Wir können auch nicht finden, daß der Flottenverein zu weit ging, indem er ein bestimmtes Programm aufstellte, denn man hat noch niemandem in der Welt verwehrt, klar und bestimmt zu sagen, was er will, Vorschläge in der oder jener Richtung hin zu machen. Wenn man das verbieten wollte, müßte man schließlich jeder wirksamen Agitation entsagen. Wer aber will das verbieten? Die Sozialdemokratie und das Zentrum! Die erste, die in zügellosester Weise in Tagespresse und mit Flugblättern aller Art gegen alles, was ihr entgegensteht, agitiert — das Zentrum, das mit den Polen sympathisiert, in der Kaplanspresse sich wahrlich auch keinen Maulkorb anlegt, und über eine Armee gebietet, die sogar auf der Kanzel und bei anderen kirchlichen Handlungen politisch wirkt. Dieses unduldsame Auftreten ist unerhört und zeugt von einem Übermut, der nur durch einen langen, langen Verzug erzeugt worden ist. Das Zentrum will das Verdienst seiner mageren Bewilligungen ganz allein für sich, der Gegendienste wegen, ausbeuten. Es singt: Freiheit, die ich meine. Die Sozialdemokratie aber bewilligt dem „kapitalistischen Staat" überhaupt nichts, und wenn auch 1000 Deutsche statt 281 von den Hereros und Hottentotten ermordet worden wären. Herr Bebel schloß seine Rede in dieser Sitzung, indem er von „schamloser Politik" derjenigen sprach, die ihre Parteiinteressen über die Allgemeinheit stellten und schloß mit dem Drohruf, „Wehe Ihnen!" Einen Ruf, den das Volk erheben würde, wenn es die Schändlichkeit der Gegner erkannt haben wird. Vae victis! haben schon andere Leute wie Herr Bebel gerufen, es ist ihnen aber Preußen und Deutschland gegenüber bis jetzt schlecht bekommen. —

Über den Terrorismus, den die Sozialdemokraten bei Besetzung der ärztlichen Stellen in den Krankenkassen und den Beamtenstellen in den Gewerkschaften ausübt, gab der freisinnige Abgeordnete Mugdan im Reichstage die

wertvollsten Aufschlüsse. Er führte den Beweis, daß bei diesen Anstellungen, da, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, das nackteste Begünstigungswesen der Genossen herrscht, und daß Leute ohne Kenntnisse und Fachbildung mit guten Gehältern angestellt werden, nur weil sie Sozialdemokraten sind; daß die Ärzte, die bei den Krankenkassen ankommen wollen, aus den Vereinen, die der heiligen Sozialdemokratie nicht genehm sind, austreten müssen. Der Genosse Zubeil konnte seine Angaben nicht widerlegen, und seine persönlichen Angriffe auf Mugdan, seine geschmackvollen Vergleiche und die Rufe „Unverschämtheit!" der Fraktion, die den Ordnungsruf des Präsidenten mit Hohngelächter empfing, eben so wenig. Dr. Mugdan rief den Sozialdemokraten zu: Sie terrorisieren den Gegner! Sie hindern die Sozialreform! Etwas Wahreres ist kurz und bündig niemals gesagt worden — nur schade, daß die nötigen Folgerungen daraus nicht gezogen wurden.

Während man den Flottenverein als „gemeingefährlich" bezeichnet — diesem von dem Zentrumsmanne Gröber stammenden Wort stimmten die Sozialdemokraten durch ihr Verhalten bei — und die Vorstände mit Sozialdemokraten besetzt, gründete man in Berlin den Verein der Lehrjungen von 14 bis 18 Jahren mit einer Lehrlingszeitung, der sich, — oh großartige Toleranz! — von allen politischen Bestrebungen fern halten soll. Jesuiten und Sozialdemokraten treffen sich in Anwendung der Mittel und Verschleierung ihrer Absichten vollständig. Es ist wohl die größte Ausgeburt des Parteiwesens, Jungen zu Vereinen zusammenschließen zu wollen, natürlich, um ihnen ganz frühzeitig sozialistisch die Köpfe zu verdrehen.

Das Unwesen der Behandlung der Nichtorganisierten in den Arbeitsstellen, um sie zum Eintritt in die sozialdemokratische Organisation zu zwingen, oder sie aus der Arbeit zu jagen, indem man dem Vorstand u. s. w. mit Niederlegung der Arbeit droht; die Boykottierung von Läden und Wirtshäusern, die Befehle, die einfach von den Kommissionen ausgehen und die frechen Revisionen, ob sich etwa boykottierte Waren in den Kellern und Magazinen vorfänden, haben wir in unseren Schriften „Vollkampf nicht Scheinkampf"*) und „Nicht Rede sondern Fehde"**) genugsam geschildert.

Die Sozialdemokratie übt darin eine wahre Schreckensherrschaft aus; wenn 1793 den Verdächtigen der Kopf abgeschlagen wurde, so wird jetzt den kleinen Gewerbetreibenden, die sich nicht fügen, das Brot genommen.

Das Streikpostenwesen wird durch Kommissionsbefehl angeordnet, wie

*) Liebelsche Buchhandlung, Berlin 1895.

**) Verlag Hermann Walter, Berlin 1904.

folgender Befehl im Vorwärts besagt, dem tausende von gleichen an die Seite zu setzen sind:

Achtung! Luxuspapierbranche. In folgenden Werkstuben befinden sich unsere Kollegen und Kolleginnen im Streik: Bernhard & Co., Wilhelmstr. 29; Schwerdtfeger & Co., Reinickendorferstr. 54b; Finkenrath, Schlesischestr.; Stange, Beuthstr. 3; Böhme, Reichenbergerstr. 158 und Hochstein & Weinberg, Wasserthorstr. 50. — Zuzug ist streng fern zu halten!

Die Lohnkommission.

Der letzte Satz beweist wohl genug. Wie ist denn der Zuzug „streng fern zu halten"? — Terrorismus! Beschränkung der Arbeitsfreiheit! Einmischung in persönliche Angelegenheiten, die niemanden etwas angehen.

Es gibt nur einen Fall im Großen von Vereitelung des Terrorismus und dieser zeigt sich in dem Zustandekommen der Handelsverträge, durch die das „Rückgrat des Staates" auf längere Zeit eine gesicherte Stellung erhielt. Die Sozialdemokratie knirschte in ohnmächtiger Wut, als im Dezember 1902 der Tarif von der Mehrheit angenommen wurde. Jetzt, da das Werk der Verträge durch großes Geschick unserer Unterhändler und unter mühseligster Arbeit vollendet vor uns steht, weiß die Sozialdemokratie nichts Besseres zu tun, als in ihrer Presse zu verkünden, daß das deutsche Volk durch diesen Brotwucher zur Empörung aufgepeitscht werden würde. „Aufgepeitscht" allerdings, aber nicht durch den imaginären Brotwucher, sondern durch die terroristische Peitsche der Sozialdemokratie. — Die Haltung der demokratischen Presse aller Schattierungen während der Vertragsverhandlungen begünstigte geradezu das Ausland. So entblödete sich ein Berliner Blatt nicht, über die zuerst gescheiterte Unterhandlung des Grafen Posadowski in Wien laut zu triumphieren und ihn in einer Karikatur darzustellen, wie er von dem österreichischen Minister mit einem Fußtritt herausbefördert wurde. — Aber es kam anders! — Die ganze Aktion der Handelsverträge beweist aber, daß sich durch Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien und energische Leitung der Regierung manches gegen die Sozialdemokratie ausrichten läßt. Leider wurden Zusammenschluß und Leitung bei den Wahlen 1903 vermißt. —

VII.

Wodurch die Sozialdemokratie begünstigt wird.

In unserer Schrift „Nicht Rede sondern Fehde“ haben wir schon der Mitläufer, der Schlappmacher und Mauserungsmänner, der Konfliktvermeider und Konzessionsbringer aller Schattierungen genugsam Erwähnung getan. Aber auch diese sind nur ein Produkt anderer, tiefer liegender Ursachen.

Gleich nach unseren glorreichen Einigungskriegen erhob sich die Sozialdemokratie, und die beiden Mordversuche, in deren einem das Blut des großen und edlen Kaisers, des Vaters des Vaterlandes, floß, zeigten, wohin wir trieben. Vergessen sind diese Tage auch schon, wir rufen sie ins Gedächtnis, als Tausende angstvoll vor dem bescheidenen Hause unter den Linden standen und den Blick auf die Königsflagge geheftet hielten, ob sie sich nicht etwa senken würde. Es war die Zeit, in der Viktor Büthgen noch singen konnte:

„Mein Fürst, kein Deutscher vergoß dein Blut,
Wir schütteln von uns die Schande,
Die heimatlose, die Natternbrut,
Die tat es im deutschen Lande.“

Aber die lebendige Kraft des lebhaften Nationalgefühls — unter welchem wir weder Abgeschlossenheit noch Überhebung verstehen — hielt in Deutschland bis Anfang der achtziger Jahre an. Die Ursachen, die eine Abspannung bewirkten, waren mannigfach. Zuerst das natürliche Nachlassen nach einer großen Anspannung der Kräfte in einer Richtung hin. Dieses Nachlassen begünstigt natürlich das Aufkommen neuer Ideen. Diese waren: Die soziale, zuerst nur als Verbesserung des Loses der handarbeitenden Klassen gedacht, wogegen niemand etwas haben kann. Die sozialdemokratische Partei aber will bekanntlich nicht nur diese Verbesserung, sondern den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung, wie sie auf mehrtausendjährigem Untergrund ruht und nicht nur im Christentum, sondern auch in unserer ganzen Entwickelung, insbesondere der Familie, begründet ist. Die sozialreformerische Partei blieb aber ebenfalls nicht bei einer Verbesserung des Loses der Arbeiter stehen. Sie will keinen Umsturz, aber auch sie träumt von einer Veränderung des Verhältnisses der Klassen zu einander und von großen wirtschaftlichen Änderungen. Daß diese Gedanken sich nicht in einer geschlossenen Partei kristallisieren, ist bekannt. Ihr Wirken ist aber ausgedehnt und vielseitig. Zu diesen Ideen gesellen sich mehrere andere Erscheinungen, um einen Brei der Verwirrung

anzurichten, wie man ihn selten gesehen hat. Da ist der uns Deutschen besonders im Blut steckende Kosmopolitismus. Er ist begünstigt durch den zugenommenen Verkehr unter den Nationen. Beiläufig gesagt, ist das nur eine halbe Wahrheit, denn je stärker der Verkehr, je ausgebreiteter der Handel, desto einschneidender gestaltet sich andererseits die Konkurrenz. Die Idee des Kosmopolitismus ist natürlich in gewissen Grenzen nicht zu verwerfen, so lange nämlich die Nationen sich darauf beschränken, sich kennen zu lernen, ihre Werke zu studieren, wohl auch dies und das von einander anzunehmen. Aber jede künstliche Forcierung dieser Bestrebungen ist vom Übel. Denn nur aus der Eigenart der Völker und Rassen entspringt der helle Quell wahrhafter Zivilisation, nicht aus dem Brei eines kosmopolitischen Menschentums. Der Kosmopolitismus tritt nun in sozialdemokratischer Form und in der der Friedensmänner als Internationalismus auf. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“ Wozu? Um die höheren Klassen zu bekämpfen, den Zukunftsstaat und die Herrschaft des vierten Standes, d. h. in Wahrheit die der leitenden Demagogen, durchzusetzen.

Der Kosmopolitismus wird verbrämt mit der Idee der Völkerverbrüderung, einer Humanität, die in Sentimentalität ausartet, und endlich einer verstärkten Friedenspropaganda, die ich in meinem Buche „Der Krieg in seiner wahren Bedeutung für Staat und Volk“*) geschildert habe. — Aber nicht genug damit, tritt hierzu noch die sogenannte Frauenbewegung, die, ursprünglich als Brotfrage auftretend und als solche auch Berechtigung in sich schließend, sich jetzt die ausschweifendsten, schrankenlosesten, aber auch unklarsten Ziele setzt, Wege betritt und Theorien aufstellt, die mit der Natur des weiblichen Geschlechts und der verschiedenen Begabung beider Geschlechter vollständig in Widerspruch stehen.

Zugleich entwickelte sich eine Richtung in der Dichtkunst, die, zuerst realistische benannt, ihrem großen Vorbilde Zola nachzueifern suchte, und sowohl in der Erzählung, in Lyrik wie Dramatik, in ungeschminktester Weise, wie sie selbst glaubte, soziale Verhältnisse und geschlechtliche Beziehungen zur Darstellung brachte, dabei aber die durch die Ästhetik und den guten Geschmack gezogenen Grenzen weit überschritt, auch oft das Ziel verfolgte, den Ehrbegriff und die bisher bestandenen Sittlichkeitsbegriffe herabzusetzen und neue, keineswegs erprobte und begründete Moralgesetze aufzustellen. Vor allem aber wurden in höchst einseitiger Weise die höheren Stände als verderbt und lächerlich dargestellt, wobei oft nur zu deutlich hervortrat, daß die Verfasser sich niemals in diesen bewegt hatten. Eine höchst auffallende Erscheinung war, daß viele Schriftstellerinnen in Schilderung schwüler, krasser Sinnlichkeit und des

*) E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1892.

Geschlechtslebens ihre männlichen Kollegen geradezu zu übertrumpfen suchten, so daß man oft versucht war, unverheirateten Schriftstellerinnen eine höchst indiskrete Frage zu stellen. Wir sind keineswegs ein Feind gesunder Sinnlichkeit und ihrer Darstellung. Unsere Großen sind dieser durchaus nicht fremd geblieben. Wie überall besteht die wahre Kunst aber in der Beschränkung. Aber dieses geschraubte Heranschleppen geschlechtlicher Dinge in ganzer Nacktheit, diese Verherrlichung dessen, was man mit Recht als Fehltritt betrachtet, das sogenannte Ausleben, dieses Überspringen aller Schranken ist nicht, wie man sich selbst rühmend sagt, ein Symptom einer neuen, kräftigen Entwickelung, sondern zweifellos ein Zeichen des Verfalls.

Die Nahrungssorgen und der Gelderwerb spielen auch darin eine der größten Rollen. „Ich habe zuerst anständig geschrieben", sagte eine Schriftstellerin, „aber da gingen meine Bücher nicht. Jetzt mache ich es anders, und damit fahre ich gut".

Daneben läuft nun die bekannte Schund- und Hintertreppenliteratur und die Versendungsgemeinheiten. Wenn aber Männer, wie Leixner und andere, gegen diese Verseuchung unserer Jugend auftreten, dann heißt es, sie wären die Schrittmacher der Dunkelmänner. Bücher wie das Bebels „Die Frau" und endlich „Die Philosophie des Übermenschentums" haben dazu beigetragen, die Verwirrung zu steigern. Wie weit dieselbe gestiegen ist, beweisen die Sympathiebezeugungen für die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen am besten.

Ohne etwas Schmeichelei für den Demos geht es fast in keinem Theaterstück ab, und sogar Schriffsteller und Dichter von Wert halten sich nicht immer ganz frei davon. Der verlumpte oder verrohte Baron ist fast eine stehende Figur neben dem Simplizissimus-Leutnant, aber wehe dem Autor, der einen üblen Juden auf die Bühne brächte. Sein Stück würde unfehlbar „verrissen" werden. Es ging eine Zeit lang so weit, daß Dichterlinge ernsthaft die Frage stellten, ob Schiller „noch lebendig" sei? Wie aber werden seine unsterblichen Kinder jetzt gerade von der Sozialdemokratie gefälscht werden! —

Wenn wir durch die Frauenrechtlerei erst dahin gekommen sein werden, „den sexuellen Akt geistiger zu gestalten", wie sogar eine persönlich in hoher Achtung stehende Führerin dieser Bewegung schreibt, oder wenn die Ehe als eine Entwürdigung der Frau bezeichnet wird, und nur die „freie Ehe" der Würde des Weibes entspricht, wie ein Fräulein Doktor behauptet, dann werden wir vielleicht ein solches „Sichausleben" als eine staatliche und sittliche Institution anerkannt sehen. „Immer lustik!" sagte König Jerome — aber es dauerte nicht lange. Die gemeine Eitelkeit und Großtuerei, der man mit einem Orden oder mit einem einzigen Empfang bei Hofe den Mund stopfen könnte, muß sich inzwischen auf andere Weise interessant machen, und so sind Sozialis-

mus, Völkerverbrüderung, Übermenschentum, Humanitätsdusel und Geringschätzung des Heldentums in vielen Kreisen Mode geworden. Der Masse des vierten Standes ist der Haß und die Begehrlichkeit zur Pflicht gemacht, und sie folgt blindlings den Geboten der Führer. —

Auf diesem sich überall hin erstreckenden Sumpfboden gedeiht die Pflanze der Sozialdemokratie natürlich vortrefflich. —

VIII.

Ein Wort vom Parlamentarismus der Gegenwart.

Wir sind keineswegs dagegen, daß das Parlament eine bedeutende Machtstellung inne haben soll, wenn es — auf einer Grundlage steht, die einen Mißbrauch seiner Privilegien nicht besorgen läßt. Unser Reichstag ist derart nicht gegründet. Dennoch hatte er nach den Einheitskriegen eine Zusammensetzung, die man größtenteils eine geistige Aristokratie recht wohl nennen konnte. Dies ist jetzt anders geworden. Mit den großen Gründern des Reiches sind auch die großen Parlamentarier meist verschwunden. Unter der Fortdauer des allgemeinen Stimmrechtes hat sich die Zusammensetzung des Reichtages, damit aber auch der in ihm herrschende Ton, seine Sprachgewohnheiten, seine Pflichttreue geändert, und endlich ist der Mißbrauch des Privilegs der Immunität in unerhörter Weise gesteigert. — Was den Ton betrifft, so fiel wohl auch früher hin und wieder ein scharfer Ausdruck, — welcher tüchtige Redner und leidenschaftliche Parteimann flammte nicht einmal im heiligen Zorn auf? — seit wann aber ist das gegenseitige Beschimpfen eingeführt? Erst nachdem die Sozialdemokratie in so ausgedehnter Weise Sitz und Stimme im Reichstage hat. — Dazu die wahrhaft kindische Manier durch Theatercoups wie das im Chor ausgesprochene Wort Rhabarber die Gegner niederzuschreien. Das gegenseitige Beschimpfen würde aber nicht Platz gegriffen haben, wenn man die Beleidigungen und Verdächtigungen Abwesender nicht geduldet hätte, die nicht nur als Anklage erhoben, sondern auch sofort als feststehende Tatsachen vorgebracht wurden. Die Unterbrechungsrufe sind zu einer stehenden Einrichtung geworden und werden nur in dringenden Fällen vom Präsidium gerügt. Das gegenseitige Hohngelächter gehört ebenfalls zu den üblen Gewohnheiten. Genug, der Reichstag, der doch die Elite der Nation sein sollte, gibt der Nation ein schlechtes Beispiel in guter Sitte und Anstand. Er mißbraucht seine Privi-

legien. Die übermäßige Anwendung oft recht mittelmäßiger Witze bei den ernstesten Dingen, von sich wiederholender, schallender Heiterkeit belohnt, macht manchmal den Eindruck, als ob man der Aufführung eines Fastnachtsscherzes beiwohnte.

In der letzten Zeit hat man die Obstruktion erfunden, ein Ding, das sich gegen das demokratische Prinzip der Mehrheit am allerschwersten versündigt. Die Sozialdemokraten arbeiteten beim Zolltarif durch Verschleppung, Verlassen des Saales, um Beschlußunfähigkeit herbeizuführen und durch Dauerreden gegen die Beschlußfassung der Mehrheit. Das Hereinziehen von privaten Angelegenheiten, die gewöhnlich in Wirklichkeit ganz anders aussehen, über welche aber stundenlang diskutiert wird, die kilometerlangen Reden zum Fenster hinaus, um auf die Wähler einzuwirken, die Wiederholung längst abgetaner Fälle kann man nur als unnützes und schädliches Geschwätz bezeichnen, das zum allergrößten Teil der Sozialdemokratie zur Last fällt. —

Die mangelnde Pflichttreue der Abgeordneten, die oft 25 Mitglieder als das „Hohe Haus“ erscheinen läßt, ist gleichfalls ein Mißbrauch der Privilegien und ein übles Beispiel für die Allgemeinheit. Hieran allerdings sind alle Parteien beteiligt. Warum aber sah man diese Erscheinung nicht in den siebenziger und achtziger Jahren? —

Wohl ist bei uns noch nicht die Entwickelung der Obstruktion und der Debatte bis zum Zerschlagen der Bänke und Pulte wie in Ungarn, bis zum gegenseitigen Ohrfeigen wie in Frankreich und Österreich gediehen, aber es ist die Frage, ob ein Abschneiden der Ehre eines Abwesenden nicht auf derselben, oder einer noch niedrigeren Stufe als eine in der Übereilung ausgeteilte Ohrfeige steht. Der festländische Parlamentarismus ist im Niedergange — in Frankreich bedeutet er die Korruption — so daß man manchmal den Gedanken an Bonapartes Grenadiere oder Cromwells Musketiere als Heilmittel nicht zu unterdrücken vermag. Das Schlimme ist nur, daß man unmöglich dieses Rad aus der Maschine herausnehmen kann. Aber man kann ein Parlament reformieren und mit dem Wahlmodus seine Zusammensetzung und zugleich seine Sitten ändern.

IX.

Militärische Verhältnisse.

Die sozialistische Zeitschrift „Die Zeit“ erklärt: „Wir brauchen die **Revolutionierung des Heeres.**“ — Das ist offen und ehrlich herausgesagt, was wir schon lange wissen, und was ich in der dritten Schrift wider die Sozialdemokratie bereits nicht müde wurde, zu wiederholen. — In meiner Schrift „Nicht Rede sondern Fehde“ habe ich auf den Seiten 36 bis 48 die Bestrebungen im allgemeinen betrachtet, die eine Zersetzung der moralischen Eigenschaften unseres Heeres, die Zerrüttung der Disziplin, genug, die Revolutionierung herbeizuführen geeignet sind. Dabei habe ich untersucht, welche Änderungen im Geist des Volkes sich in unvorteilhafter Weise bemerkbar machen, wie weit diese auf das Heer einwirken können, und wie weit sie bereits eingewirkt haben.

Neben der Einwirkung der sozialdemokratischen Agitation auf die Massen, aus denen der größere Teil der Mannschaft hervorgeht, wurde der zunehmende Materialismus, die Erwerbsmanie, die künstlich gepflegte Hinneigung zu einer krankhaften Sentimentalität und überspannten Humanität durch die Friedenspropaganda, die alle Stände durchdringende Genußsucht, die Herabsetzung des kriegerischen Geistes und des Heldentums als Momente des Niederganges des inneren Wertes der Armee bezeichnet. Die Verhöhnung der Autorität im allgemeinen, die entschiedene Zunahme der Verrohungsvergehen, hätten ungünstig auf den Geist der Mannschaft und der Unteroffiziere eingewirkt. Zahlreiche Fälle des passiven Widerstandes und auch offener Widersetzlichkeit, andererseits auffallende Mißhandlungen weisen darauf hin. Das Unteroffizierkorps stände im allgemeinen nicht mehr auf derselben Höhe wie in und nach den Kriegen des Großen Kaisers. Auch die Zusammensetzung des Offizierkorps sei geändert.

Ich führte sodann eine Reihe von Straffällen im Heere an, bei deren Austrag sich die Hetzerei der Sozialdemokraten und die Verwirrung der öffentlichen Meinung in Beurteilung der militärischen Straffälle deutlich zeige. — Ich fahre nun derart fort, daß ich weiter bemerkbare Erscheinungen und Behandlung besonderer Vorfälle durch Presse und Reichstag sowie die Ausbeutung derselben durch die Sozialdemokratie betrachte. —

Zuvörderst aber ist im allgemeinen zu sagen, daß die Verhetzung der unteren Klassen des Heeres gegen die höheren unablässig in den sozialdemokratischen Blättern und in Versammlungen fortgesetzt wird, und daß die jede

Mannszucht untergrabenden Lehren mit einer Unverfrorenheit und Sicherheit in die Welt geschleudert werden, die allerdings geeignet sind, den Ungebildeten und den Humanitärphilister zu blenden. Müssen denn Völker und einzelne Menschen immer erst durch Niederlagen belehrt werden? Erfolge, wie sie unser Heer 1866 und 1870/71 hatte, decken freilich vieles zu, aber wer mitten darin steckte, hat manches gesehen, was ihm zeigte, wie stark menschliche Schwächen und schlechte Neigungen sich bemerkbar machten, und daß sie nur durch eisernes Gesetz zu beherrschen sind. Die Demokraten schuldigen die Militärs an, sie erwarteten alles von der Zuchtrute der Strafen. Das sagt man uns, den Schülern eines Clausewitz und Moltke, den Nachkommen von Scharnhorst! Zu lächerlich! Wir wissen ebenso gut wie ihr und besser, Begeisterung, Vertrauen, Ehrgefühl, den wahrhaft guten Geist zu schätzen, aber wir wägen auch die oben bezeichneten Momente dagegen ab. Das Korrelat gegen diese ist die Disziplin, die gleichmäßig auf Gerechtigkeit und Strenge beruht. Letztere nun als Barbarei, als Volksunterdrückung darzustellen, ist das Bestreben der Sozialdemokratie, und ihre Schrittmacher sind hierbei Freisinnige und Zentrumsmänner, die niemals in diese Dinge tiefer hineingeschaut haben, sondern alles vom Standpunkt des bürgerlichen Rechtes betrachten wollen, das nun hierher gar nicht paßt.

Zur Erschütterung der Disziplin wendet sich die Demokratie hauptsächlich gegen das Militärstrafgesetz und gegen die Militärjustiz, die sie als die schlimmste Klassenjustiz bezeichnet. Nach höchst mangelhaften oder gefärbten Nachrichten fällt sie sogleich über die Urteile her wie im Falle Martens, Hüssener, Heidelberg u. s. w.

Ein Soldat vergeht sich gröblich gegen einen Posten und wird natürlich dafür hart bestraft. Harte Strafen wegen „einer harmlosen Zänkerei", heißt es dann. Eine Wirtszänkerei (im Dessauer Fall) wie jede andere „habe nichts mit der Disziplin zu schaffen". Auf diesen Fall müssen wir etwas näher eingehen, da er auch jetzt noch (20. März 1905) im Reichstage behandelt worden ist.

Der Dessauer Militärprozeß.

Unteroffizier Heine hat sich in einem Tanzlokale bei Dessau betrunken. Im Flur gibt Heine einem von zwei Mädchen, die vorher mit dem Gefreiten Günther und Musketier Voigt im Lokal gesessen hatten, einen Schlag. Günther stellt Heine außerhalb des Lokals zur Rede. Heine zieht sein Seitengewehr und haut um sich, flüchtet aber.

Die Angeklagten und andere Leute eilen ihm nach. Er wird zu Boden geworfen und ihm sein Seitengewehr abgenommen. — So der in zweiter Instanz aktenmäßig festgestellte Tatbestand. —

Das Kriegsgericht verurteilte die beiden Soldaten wegen Beleidigung, tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und wegen Aufruhrs in Verbindung mit Gewalttätigkeiten zu 5 Jahren 1 Tag Zuchthaus und Entfernung aus dem Heer, Heine wegen ganz leichter Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis. Er wurde auch des Dienstes entlassen.

Das Kriegsgericht (erste Instanz) hatte „Aufruhr“ als erwiesen angenommen, da der § 107 des Militär-Strafgesetzbuchs die Zusammenrottung mehrerer, um von dem Vorgesetzten etwas zu erzwingen, als Aufruhr kennzeichnet und diejenigen, die dabei Tätlichkeiten gegen den Vorgesetzten begehen, mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft. Das Reichsmilitärgericht aber hatte früher deklariert, daß unter mehreren auch schon zwei zu verstehen seien.

Das Kriegsgericht hatte also streng nach Recht und Gesetz erkannt. Ohne nun die Entscheidung der Berufungsinstanz abzuwarten, fiel die sozialdemokratische und demokratische Presse aller Schattierungen mit unglaublicher Wut und den tollsten Schmähungen über das Urteil her. Aber auch gemäßigte Blätter waren über das Urteil befremdet. Man griff besonders an, daß es auf Aufruhr gelautet hatte. Alle solche Urteile der Militärgerichte lassen sich natürlich weidlich ausnutzen, da es immer Menschen gibt, welche nicht einsehen können oder wollen, daß man die Schuldigen, wenn sie von guter Führung sind, zwar bedauern, aber doch unbedingt bestrafen muß.

Der Artikel des Vorwärts trug die Überschrift „Menschenopfer unerhört“. Er warf mit Sätzen um sich wie: „Ein grausiges Militärgesetz macht aus der Wirtshausszene (der tätliche Angriff geschah auf offener Straße), die in keiner Weise die öffentliche Sicherheit oder die militärische Disziplin stört (ist diese etwa ein in der Luft hängendes Abstraktum?), die niemanden schädigt (!), die schwersten Vergehen: Gewalttätigkeit gegen einen Vorgesetzten (was ist es denn anders?) Aufruhr! u. s. w.“ „Unmenschliches System, sinnlose Grausamkeit, furchtbares Kriegsurteil, Bluturteil (!)“ und andere schöne Worte regnete es dann weiter, und das Blatt schloß mit folgender Aufhetzung:

„Überall in deutschen Landen, wohin die Kunde des neuen furchtbaren Kriegsurteils von Dessau gelangt, muß die Empörung auflodern über die Möglichkeit solcher Zustände!

Wie lange noch will das deutsche Volk ein „Recht“ dulden, das die schmählichste Ungerechtigkeit ist? Wie lange noch ein Militärsystem, das aus Klassenherrschaft geboren, die Herrschenden privilegiert und das beherrschte Volk zur stummen Unterwürfigkeit und zum Zuchthaus verurteilt?“

Nein! Unser Militärsystem ist nicht aus „Klassenherrschaft“ geboren, sondern aus der allgemeinen Wehrpflicht, und dies Recht ist vom Reichstag

genehmigt. Von Privilegien kennen wir nur eins im Staate, das ist die Straflosigkeit der Abgeordneten, wenn sie ihre Gegner auf der Tribüne verleumden, und das „Volk“ besteht, Gott sei Dank, nicht nur aus den von der Sozialdemokratie beherrschten Massen, die in „stummer Unterwürfigkeit“ — oder besser gesagt, törichter — ihren Führern folgen, sondern auch aus anderen Volksklassen. Und diese ordnen sich — besonders im Falle militärischen Aufruhrs und anderer schweren Verbrechen — ganz denselben Strafgesetzen unter wie diejenigen, welche der „Vorwärts“ das „beherrschte Volk“ nennt. Offiziere, die sich des Aufruhrs schuldig machen, werden ganz ebenso bestraft wie die Gemeinen.

In dem Prozeß war auch der Fall der Notwehr gestreift worden, der hier aber gar nicht vorlag. Es ist dies ein Lieblingsthema der Sozialdemokratie, denn seine Erörterung ist zur Hetzerei ungemein geeignet. Allerdings gibt es auch eine Notwehr des Untergebenen gegen den Vorgesetzten in einem ganz ungerechtfertigten willkürlichen Angriffsfall. Denn der § 2 des Militär-Strafgesetzbuches sagt: „Diejenigen Bestimmungen, welche nach den Vorschriften des deutschen Strafgesetzbuches in Beziehung auf Verbrechen und Vergehen allgemein gelten, finden auf militärische Verbrechen und Vergehen entsprechende Anwendung“.

Zu diesen Bestimmungen gehören auch die Vorschriften über Notwehr. — Nun gehört aber zum Begriff der Notwehr vor allen Dingen, daß die bedrohende Handlung noch besteht, wenn man zur Notwehr greift. Gibt A. dem B. auf der Straße einen Schlag und läuft davon, so ist A. nicht mehr in der Notwehr. Zudem hat der Soldat das Beschwerderecht. Es kann also niemals davon die Rede sein, eine empfangene tätliche Beleidigung zu erwidern, wie es die Sozialdemokraten predigen. Ebensowenig darf eine Erwiderung der Tätlichkeit stattfinden, wenn der Vorgesetzte in Verfolg des § 124 sich gezwungen sieht, gegen einen sich ihm widersetzenden Untergebenen, in Ermangelung anderer Mittel zur Erzwingung des Gehorsams, von der Waffe Gebrauch zu machen. Jedenfalls ist das Thema der Notwehr in der Armee ein heikles Ding, und eine militärgesetzliche Festlegung kann niemals in Frage kommen. Notwehr könnte sich tatsächlich nur auf den seltenen Fall beschränken, daß ein unzurechnungsfähiger Vorgesetzter ohne Ursache einen Soldaten in gefährlicher Weise angreift. Das Gericht müßte im konkreten Fall entscheiden. — Im weiteren Verlauf der Sache ging nun das Oberkriegsgericht nach nochmaliger Feststellung des Tatbestandes davon ab, auf Aufruhr zu erkennen, verurteilte dagegen die Angeklagten wegen tätlichen Angriffs zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr 6 Monaten, wovon 3 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten, fügte aber zur Strafe des Unteroffiziers Heine sehr richtiger Weise die Degradation hinzu. Daß auch dieses zweifellos richtige und billige Urteil nicht Gnade vor der

sozialdemokratischen Presse fand, ist selbstverständlich. Die hetzerischen Angriffe dauerten fort. Dabei hatte der Verlauf der Sache dargetan, daß der Soldat in schweren Fällen durch die Berufungsinstanz, die der Zivilist nach schwurgerichtlichen Erkenntnissen nicht besitzt, tatsächlich besser vor ungerechten Urteilen geschützt ist als jener. —

Die ganze Sache lieferte wieder einen Beweis von der bösartigen Hetzerei der Sozialdemokratie und dem gedankenlosen Nachbeten der Masse, was um so verwunderlicher bei dem ältesten Volke der allgemeinen Wehrpflicht, aber auch zugleich ein Beweis von dem oben behaupteten Niedergang und der geistigen Verweichlichung vieler Kreise ist. — Gegen eine ruhige Betrachtung der Sache nach endgültigem Erkenntnis kann niemand etwas haben, und bringen wir selbst eine bessere Begriffserkläruug des militärischen Aufruhrs im Strafgesetz in Vorschlag. —

In den Reichstagsverhandlungen des Frühjahrs 1904 wurde von der Sozialdemokratie, Hauptsprecher Bebel, dieselbe Taktik befolgt wie immer.

Vor allen Dingen figurierten wieder die Mißhandlungen in der Armee. Das ist nämlich ein Thema, das geradezu unerschöpflich und sehr dankbar ist. Denn bei der allergrößten Strenge und bei dem eifrigsten Bestreben, sie möglichst einzuschränken, werden sie in einer Armee von 600 000 Mann eben so wenig ganz verschwinden wie die Körperverletzungen in anderen Berufen und allen Volksklassen. Mit demselben Recht kann man verlangen, daß die Verbrechen und Verstöße gegen die Mannszucht und die Unterordnung, daß Trunkenheit, Unsittlichkeit und gemeine Verbrechen gänzlich aufhören sollten. Freilich ist die Verwirrung jetzt so hoch gestiegen, daß man allen Ernstes den Satz aufstellt, jedes Verbrechen sei der Ausfluß einer Krankheit. Allerdings fügen die überklugeu Leute dann hinzu, bestraft müsse es werden, das erfordere die allgemeine Sicherheit. Wo bleibt da die Logik? Dieser folgend, müßten wir eine hübsche Anzahl Irrenhäuser errichten. Die Sozialdemokratie aber behauptet kühn, daß die Verbrechen gegen das Eigentum u. s. w. lediglich eine Folge der gesellschaftlichen Zustände seien.

Wir aber haben schon oft gesagt und wiederholen es jetzt: Nicht die zweijährige Dienstzeit, wie manche behaupten, auch nicht die mannigfache Überanstrengung im Dienst sind die Grundursachen der Vermehrung roher, boshafter Mißhandlungen, wie man sie in letzter Zeit beobachtet haben will, sondern die allgemeine Verrohung und Mißachtung der Autorität, welche letztere zum größten Teil auf das Konto der Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer kommen. Aus der Verrohung entspringt die Neigung zur Gewalttätigkeit und Quälerei bei

den Unteroffizieren und aus der Untergrabung des Autoritätsgefühls die zur Insubordination, die sich jetzt vielfach in passivem Widerstande und Reizen der Unteroffiziere, aber auch in mannigfachen Achtungsverletzungen und tätlichen Angriffen kundgibt. Mir sind keine Fälle in früheren Zeiten bekannt, daß Unteroffiziere auf Verabredung mehrerer Soldaten mit Steinen geworfen worden wären. Wenn man ein Beispiel von dem frechen Übermut und der gemeinen rohen Gesinnung, welche durch die sozialdemokratische Presse in die Massen geworfen worden ist, haben will, braucht man nur die Vorgänge bei der Landtagswahl 1903 im Bezirk Beeskow-Teltow zu betrachten. — Das ist ja eben mit der größte Schaden, den die sozialdemokratische Verhetzung in die Nation geworfen hat, daß der Arbeiter in jedem Höherstehenden einen „Junker“ oder „Ausbeuter“ sieht, und wir uns andererseits bei jedem Arbeiter die Frage vorlegen: Gehört er nicht zu jener vaterlandslosen Partei?

Wie gewöhnlich wurden auch eine Anzahl Geschichten privater Natur, die einzig und allein die betreffenden Behörden angehen, zur Sprache gebracht, die aber sofort zum Teil durch den Kriegsminister und die Bundesratsmitglieder widerlegt wurden. Sie beruhten auf dem allererbärmlichsten Klatsch und wurden nur vorgebracht, um das Ansehen des Offizierkorps zu untergraben. Ein Beispiel für viele:

Es wurde verbreitet, daß ein Offizier in Bautzen mit der Tochter eines Fleischermeisters überrascht und von dem Vater gezüchtigt worden sei und darauf wurde im Reichstage angespielt. Ich frage, was geht eine solche Geschichte den Reichstag an, und wenn der Offizier mit drei Fleischermeisterstöchtern ein Verhältnis gehabt hätte? Dabei aber war die ganze Geschichte „erstunken und erlogen,“ wie sich der sächsische Bundesratbevollmächtigte ausdrückte. — Die Ehebruchsgeschichte in Pirna wurde sodann breit getreten. Würde es im englischen oder französischen Parlament vorkommen, Dinge, die sich in der ganzen Welt und auch in den Reihen der tugendhaften Sozialdemokraten ereignen, als besondere Schandmale eines Standes hinzustellen, auf dem die Sicherheit des Vaterlandes beruht?

Eine „Korpskommandeuse“ sollte die Verabschiedung eines Divisionskommandeurs durchgesetzt haben und ähnlicher erbärmlicher Kaffeeklatsch mehr.

Den Gipfel der intensiven Bosheit und Lächerlichkeit aber erreichte die Sozialdemokratie, indem sie einen sogenannten Roman vom Grafen Baudissin als Beweis der Korruption und Erbärmlichkeit des Offizierstandes und der Gerechtigkeit ihrer Angriffe gegen das Offizierkorps und die höheren Stände im allgemeinen anzog. — Die Nachwelt wird es kaum glauben. Das geschah wirklich im deutschen Parlament. — Nur der wütendste Haß gegen das Offizierkorps und eine Parteiagitation, die jede Rücksicht beiseite wirft, kann dazu ver-

führen, ein Machwerk als Kronzeugen zu zitieren, das vom Standpunkt des Geschmackes und der Wahrheit sofort gerichtet werden mußte. Freilich nützte bereits der Vorwärts diese Schreiberei aus, denn ein Leitartikel über dieselbe war so abgefaßt, daß der Leser nicht wissen konnte, welche Stimme er hörte, die des „Romans“ oder des Vorwärts. — Ich will hier nicht weiter auf dieses Machwerk eingehen, sondern nur mitteilen, daß es nicht nur das Offizierkorps eines Garderegiments als einen Haufen von Gecken und Narren schildert — mit Ausnahme eines einzigen, selbstverständlich bürgerlichen Leutnants, der ein adliges Mädchen liebt, nichtsdestoweniger aber mit einer Dirne ein Verhältnis hat — sondern daß der Autor sich nicht entblödet, die jungen, unverheirateten Damen unserer Gesellschaft als durch und durch in geschlechtlicher Beziehung verderbt und sich preisgebend zu verleumden. — Doch ich vergaß, daß Bebel in seinem bekannten Buch sich als Anhänger der freien Liebe bekennt, er also auf diesen Umstand keine Rücksicht zu nehmen hatte. —

Bebel predigte die Widersetzlichkeit im Falle der Mißhandlung und das Niederschießen des Vorgesetzten in solchem Falle. In jener Reichstagsperiode fiel auch sein Wort, die Flinte auf den Rücken nehmen zu wollen, um im gerechten Kriege das Vaterland zu verteidigen, das er in Amsterdam und anderen Orten so glänzend illustrierte.

Dann spielte auch Jena und Auerstädt wieder eine große Rolle. Unermüdlich pauken die Sozialdemokratie und der Freisinn auf diesen Niederlagen herum, um die verhaßten „Junker“ herunterzureißen. Jena muß für den waschechten liberalen Philister stets eine besondere Schmach für die Junker bleiben, so will es die demokratische Doktrin, ob tausende von tapferen Offizieren und Soldaten blutend als Zeugen deutscher Treue und Tapferkeit das Schlachtfeld deckten — das ist egal! Die „Junker“ sind nun einmal bei Jena davon gelaufen. — Mögen die besten Forscher wie v. Lettow, v. d. Goltz u. a. m., auch Scharnhorst, dagegen sagen, was sie wollen.

Eine der allerbösartigsten Äußerungen schleuderte der Zentrumsmann Dasbach heraus, indem er erklärte, der Reichstag sei dazu da, um die „armen mißhandelten Soldaten“ in Schutz zu nehmen. Dieser Zentrumsmann ist der reine unverfälschte Kaplansdemagoge, wie sie seit 40 Jahren unermüdlich gegen die Armee ihr Gift ausspritzten mit der Sozialdemokratie wetteifernd. — Er wurde von dem bayerischen General von Endres gehörig zurechtgewiesen.

Dann kam die Manöverrede mit dem Zeugnis verschiedener verbitterter, inaktiver Offiziere und der gewohnten Lobpreisung der Schweizer Miliz und der Buren. Deren Disziplinlosigkeit hat aber gerade den Erfolg, den sie im Anfang des Krieges wohl erringen konnten, verhindert. Wenn die deutsche Armee, hieß es, im Kriege derart geführt würde, wie bei den Kaisermanövern,

sei ihre Niederlage gewiß. Niemals kann man sagen, wie Führung und Kriegsglück entscheiden werden. Daß aber unser Offizierkorps aus Gentlemen besteht, von seltener Pflichttreue, Ehrgefühl und Arbeitskraft auf praktischem und theoretischem Felde, unsere Armee vortrefflich ausgebildet ist, das bezeugt ihr, im Gegensatz zu den albernen und böswilligen Hetzereien, der englische General Sir A. Turner, der unser Heer von Grund aus kennt und eine ganze Reihe von Königsmanövern bei uns mitgemacht hat. Schmach über Schmach, daß Deutschen gegenüber ein Fremder für die Institution eintreten muß, ohne die überhaupt kein deutsches Reich bestände. —

Auch vor 1866 gab es eine kleine Anzahl verbitterter, überkluger Offiziere a. D, die an allen Heereseinrichtungen ätzend Kritik übten, und wie wurden ihre Prophezeiungen zuschanden.

Junkergeist wie jetzt — unbrauchbares Zündnadelgewehr — gezogene Hinterladekanonen — stehen weit der glatten Kanone mit ihrem Roll- und Kartätschschuß nach — Vernichtung der Landwehr — unsere Manöver Spielerei — ja alles das kennen wir Alten schon aus dieser Zeit her. Und nun kam Königgrätz und dann 1870/71. Da war auf einmal der preußische Leutnant ein vortrefflicher Mann.

Man glaube nicht, daß ich alles trefflich finde, was jetzt im Heer geschieht. Ich habe mich oft freimütig darüber ausgesprochen.*) Aber die Demokratie haut mit ihren Angriffen ebenso daneben wie ihre Vorgänger in den sechziger Jahren.

Dann kam der Luxus an die Reihe. Der steigende Luxus ist keine Erfindung des Offizierkorps, sondern er ist von außen in dasselbe hineingetragen. Das Offizierkorps steht doch mit der Nation in engster Verbindung — daß dies jetzt anders wäre als früher, ist absolut falsch. Im Gegenteil ist die Verbindung mit dem Bürgertum durch die weit überwiegende Anzahl bürgerlicher Offiziere enger geworden. — Es ist eine Ungerechtigkeit, den Offizieren zur Last legen zu wollen, was in der Allgemeinheit herrscht. Im übrigen hält sich — der Durchschnitt genommen — der Luxus im Offizierkorps und in Militärkreisen noch immer in mäßigen Grenzen. —

Der bayerische General und Bundesratsbevollmächtigte von Endres sagte im Reichstage sehr richtig: Ich will Ihnen sagen, woran die Armee krankt. Sie krankt an der Verleumdung. —

Seit mehreren Jahren war das Offizierkorps die Zielscheibe der unwürdigsten und schamlosesten Verspottung in einer Anzahl Witzblättern, in denen sich vor allem der Simplicissimus hervortat. Kein französisches, kein englisches Witz-

*) Siehe auch unten Pensionsverhältnisse.

blatt hätte es jemals gewagt, die Offiziere derart dem Gelächter einer urteilslosen Menge preiszugeben, wie der Simplizissimus u. a. die Offiziere einer Armee, deren Väter und Vorgänger mit ihrem Blut das deutsche Reich gründeten, und die selbst in unermüdlicher Arbeit fortfahren, die Wehrhaftigkeit Deutschlands zu erhalten. Aber das Empörendste ist, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch viele andere Kreise diesen Infamien, ja wohl Infamien, Beifall zollten. Weshalb diese? — Aus gemeiner Mißgunst gegen die von dem Offizier eingenommene gesellschaftliche Stellung. Besteht das Offizierkorps aus Adligen, aus den verhaßten „Junkern"? Es besteht zu fünf Sechsteln aus Bürgerlichen. Seine gesellschaftliche Stellung verdankt es nicht allein der Überlieferung, sondern auch der guten Erziehung, seinen Formen, dem in ihm herrschenden Ton. Hohn und Spott sind immer ein mächtiger Hebel, um wirkliche Verachtung zu erzeugen, und wenn eine ungünstige Meinung vom Offizierkorps immer mehr um sich griff, so ist dies zum guten Teil den Witzblättern zu danken.

So bildete sich in weiten Kreisen wieder ein Vorurteil gegen den Offizier, welches das vor den Einigungskriegen herrschende bei weitem übertraf. Doch hier muß nun zugestanden werden, daß Entrüstung über den Simplicissimus sich doch endlich in vielen Kreisen geltend machte. Zudem kam der südwestafrikanische Feldzug, und man sah, daß die so infam Verspotteten noch von demselben edlen Feuer nach Kriegsehre und Ruhm beseelt waren, daß sie ebenso zu sterben wußten an der Spitze ihrer tapferen Freiwilligen, wie ihre Väter und sonstigen Ahnen. — Die Witzblätter mußten sich etwas danach richten. — Niemals haben wir etwas gegen Karikierung der Schwächen der Stände gehabt, niemals etwas gegen Strudelwitz und Prudelwitz und den Leutnant der Fliegenden Blätter. Aber jeder Satyre muß Wahrheit zu Grunde liegen. Auch die Satyre darf nicht **lügen**, sie darf nur **übertreiben**.

Nachdem die Regierung sich 1903/4 mit einer einjährigen Bewilligung der Heeresstärke begnügt hatte, brachte sie 1904/5 die Vorlagen ein, nach denen 1. die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen gesetzlich festgelegt werden sollte; 2. die Friedensstärke vom 1. April 1905 derart erhöht werden sollte, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1909 die Zahl von 505839 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreichen und in dieser Höhe bis 31. März 1910 bestehen bleiben sollte. Sonach sollte das Heer am Schluß von 1909 stark sein: 633 Bataillone Infanterie, 510 Eskadrons, 574 Feldbatterien, 40 Bataillone Fußartillerie, 29 Bataillone Pioniere, 12 Bataillone Verkehrstruppen und 23 Bataillone Train. —

6

Diese Forderungen, die teils zur Vollendung der Organisation des Heeres, teils zu einer allmählich verstärkten Aushebung führten, endlich aber der Reiterei eine durchaus notwendige Verstärkung um 28 Eskadrons zuwendeten, waren höchst bescheiden. Es kann nicht Zweck dieser Schrift sein, die bis jetzt geführten Verhandlungen genau zu verfolgen, wir wollen nur erwähnen, daß das Zentrum vor allem Schwierigkeiten bei Bewilligung der Reiterei machte, und daß eine ganz jämmerliche Feilscherei und Krähwinkelei stattfand; daß es sich aber endlich dazu bequemte, das Ganze zu bewilligen, mit der Bedingung jedoch, daß 10 Eskadrons erst 1910 gebildet werden dürften, und daß 2000 Ökonomiehandwerker bis 1910 durch Zivilhandwerker ersetzt werden sollten. — Der Kriegsminister hatte überzeugend die Notwendigkeit der Vermehrung der Kavallerie dargetan. Wenn das Zentrum sich zuletzt ebenfalls davon überzeugt erklärte — als es sah, daß die Regierung in diesem Punkt festbleiben würde — so halten wir es eines großen Reiches für nicht würdig, in dieser Weise zu feilschen. — Sehr zu bemerken war die Feststellung, daß die Stärke des französischen Beurlaubtenstandes die des Deutschen immer noch um 150000 Mann übertrifft, während doch die Bevölkerung Frankreichs 38 Millionen, die Deutschlands aber 59½ Millionen Einwohner beträgt. Von einer Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht wird bei dem Wachstum der deutschen Bevölkerung auch in Zukunft keine Rede sein, was einstmals sicher die gesetzgebenden Faktoren wieder beschäftigen wird. Die Vorlage wurde in obiger Gestalt angenommen, natürlich stimmten Sozialdemokraten und Freisinnige dagegen.

Bebel wies auf die Kosten für den Feldzug in Afrika, auf die zu erwartende Flottenvorlage u. s. w. hin. Eine Ersparnis an der Wehrkraft des Volkes aber ist keine Ersparnis, erwiderte ihm Graf Oriolla sehr richtig. — Bebel erklärte weiter, daß wir in Europa Frieden behalten würden. Der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Heeresvorlage sei der ungünstigste, da Rußland total aufs Haupt geschlagen sei. Wie er die europäischen Mächte gruppierte, haben wir schon dargelegt.*) Deutschland stelle ein so starkes Heer wie keine andere Macht. Und das sagt er, nachdem soeben nachgewiesen, daß der Beurlaubtenstand in Frankreich um 15000 Mann stärker als der unsrige sei. — Im ostasiatischen Kriege habe die Kavallerie keinerlei Einfluß gehabt. Dies beweist natürlich gar nichts gegen ihre Bedeutung auf einem europäischen Kriegsschauplatz, und unter guter Führung, die eben in Rußland fehlte. Sodann ging er wie üblich auf Einzelheiten der Ausrüstung, Taktik, Manöver ein, in denen er ein maßgebendes Urteil von jeher beansprucht.

Liebermann von Sonnenberg erinnerte sehr richtig daran, daß Rußland

*) Vergl. S. 47.

sehr wohl imstande sei, sich nach seinen Niederlagen wiederherzustellen, und wie Preußen 6 Jahre (nicht 10!) nach seinen zerschmetternden Niederlagen dagestanden habe. — Die Herren vom Zentrum und dem Freisinn, vor allem Herr Gröber und Dr. Müller-Sagan, verlangen immer Beweise, einer für die Notwendigkeit der Vermehrung der Infanterie, der andere für die der Kavallerie. Ja, man kann ihnen freilich weder mit juristischen noch mit mathematischen Beweisen dienen, aber sie mögen die Kriegsgeschichte studieren, wenn sie mitsprechen wollen, da werden sie die Beweise finden. Wie sehr sich der Mensch bloßstellen kann, wenn er über Dinge spricht, die er nicht versteht, zeigt die Geschichte mit den Lanzenflaggen, die der Abgeordnete Müller-Sagan mit Bazillen behaftet erklärte und, in rührender Fürsorge für den Feind, darüber jammerte, daß jeder Stich tödlich sein könne, während ihm der Kriegminister nachwies, daß die Lanzenflagge beim Stich nicht in Frage kommen könne, wenn aber ein Stich wirklich so tief eindringe, daß die Flagge in Berührung mit der Wunde komme, der durch und durch gerannte Mann sich schwerlich noch um Bazillen kümmern werde.

Ein antragsmäßiges Vorgehen gegen die Militärjustiz und Militärgesetzgebung, gegen welche die Sozialdemokratie alle Minen springen läßt, überließ die Partei diesmal dem Zentrum und den Freisinnigen. Die Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen und Payer stellten den Antrag:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen,

1. daß zugleich mit der begonnenen Reform des Bürgerlichen Strafgesetzbuches eine durchgreifende, den modernen Rechtsanschauungen entsprechende allgemeine Reform des Reichsmilitär-Strafgesetzbuches angebahnt werde;

2. daß noch vor dieser vermutlich geraume Zeit in Anspruch nehmenden allgemeinen Reform des bestehenden Reichsmilitär-Strafgesetzbuchs durch ein Spezialgesetz die größten Härten beseitigt werden, welche unter anderem vor allem in dem Mißverhältnisse der Strafbestimmungen über Verfehlungen der Untergebenen gegen Vorgesetzte zu denjenigen für Delikte der Vorgesetzten gegen Untergebene bestehen;

3. daß dem Reichstage alsbald eine Statistik über die praktische Anwendung der Normen der Militärstrafgerichtsordnung über den Ausschluß der Öffentlichkeit (mit Angabe des Verhandlungsgegenstandes, der Charge des Angeklagten, der Ausschlußgründe u. s. w.) vorgelegt werde;

4. daß nicht durch Maßregeln der Militärverwaltung (Wahl des Verwaltungsraumes u. s. w.) die gesetzlichen Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Verhandlungen vor den Militärgerichten illusorisch gemacht werden.

Die Resolutionen des Zentrums, Abgg. Gröber, Dr. Spahn und Genossen lauten:

1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schon vor einer allgemeinen Revision des Militär-Strafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die Strafbestimmung des geltenden Militär-Strafgesetzbuches mildernde Umstände mit geringen Mindeststrafen zugelassen werden.

Die Begründung des Abgeordneten Müller hatte sich die der Sozialdemokratie offenbar zum Muster genommen. Es wurde uns Japan als Beispiel angeführt, ein einzelner Fall von Mißhandlung zitiert, es wurde behauptet, daß in den Truppen, die am meisten mit Paraden zu tun hätten, auch die meisten Mißhandlungen vorkämen. Die Anschauungen der Offiziere seien bedenklich, das ehrengerichtliche Verfahren müsse reformiert werden. (Was dies mit den obigen Resolutionen zu tun haben soll, ist nicht klar.) — Sodann wurde über einen Eingriff durch eine A. K. O. nach dem Bilse-Prozeß Klage geführt, der die Öffentlichkeit beschränke. —

Der sozialdemokratische Abgeordnete Gradnauer sekundierte in bekannter Weise, wobei er u. a. sagte, im Dessauer Fall seien wegen „kleiner Vergehen“ „ungeheure Strafen“ verhängt worden. — (Ein Unteroffizier geschlagen, zu Boden geworfen, entwaffnet „ein kleines Vergehen!“ Dafür je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, wovon 3 Monate in der Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten, eine ungeheure Strafe!) —

In seiner schlagenden Antwort machte der Kriegsminister auf den von uns auch schon angeführten Umstand aufmerksam, daß nach der preußischen alten Militärprozeßordnung auch Unteroffiziere und Soldaten zu Gericht gesessen hätten, die über ihre Klassengenossen urteilten, und daß diese Urteile über Mißhandlungen in der Regel schärfer ausgefallen wären, aber auch die über Insubordinationen setze ich hinzu. Was die dem Vorwärts durch gemeinen Verrat auf den Tisch geflogene A. C. O. über Beschränkung der Öffentlichkeit anbetrifft, so habe, sagt der Minister, der Allerhöchste Kriegsherr unzweifelhaft das Recht, darauf hinzuweisen, daß die gesetzlich für gewisse Fälle zulässige Beschränkung auch dann zur Ausführung komme. Ich führe hier einige Stellen aus einem meiner Artikel in der Täglichen Rundschau an, (Nr. 138), in dem ich schrieb:

Die Anträge der Abgeordneten Gröber und Müller-Meiningen beweisen offenbar, daß sie niemals Zeuge davon gewesen sind, in welcher Weise sich im Kriege, auch bei Mobilmachungen schon und außergewöhnlichen Vorfällen aller Art, die menschlichen Schwächen und schlimmen Neigungen geltend machen. Um diese im Zaume zu halten, bedarf es strenger Strafen zur Erhaltung der Disziplin schon im Frieden; denn wenn diese nicht im Frieden anerzogen und angewöhnt ist, versagt sie im Kriege. Wenn ein berühmter General gesagt haben soll, die Disziplin beruhe auf Gerechtigkeit, so hat er damit niemals gemeint, die Ungleichheit aufzuheben, die zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bei Konflikten zwischen ihnen absolut nötig ist. Es ist auch Gerechtigkeit, dem Kriegsherrn und dem Staate zu geben, was ihnen gebührt, und dazu gehört die Aufrechterhaltung der Disziplin als ein Heiligtum, das uns oft zum Siege

geführt hat. Es ist ein Fundamentalirrtum, die bürgerlichen Rechtsverhältnisse als absolut anwendbar auf die militärischen zu betrachten; denn die Bestimmung der Armee ist es, in einem Ausnahmezustand, d. h. im Kriege und auch bei inneren Unruhen, wenn nötig, sich zu bewähren.

Diese Anträge und Beschlüsse beruhen auf einem falschen Idealismus und einer Humanitätssucht, die, ins Praktische übersetzt, früher oder später das Verderben der Armee sein würde. Unser Militär-Strafgesetz ist bekanntlich das mildeste der Welt und hat somit der wahren Humanität bei seiner Votierung 1872 auf Jahrzehnte hinaus Rechnung getragen.

Wenn auch der Ausdruck „mildernde Umstände“ im Militär-Strafgesetzbuch nicht vorkommt, so sind sie dem Sinne nach sehr reichlich gegeben; so für die Insubordinationsfälle der §§ 89—97 im § 98. Der Erlaß eines Notgesetzes wäre eine wahre Blamage für unsere Zustände; es würde den Sozialdemokraten freilich sehr angenehm sein. — Dagegen ließe sich darüber reden, den Begriff des Aufruhrs näher zu bezeichnen, auch könnte die Strafe für fortgesetzte boshafte Mißhandlungen wohl verschärft werden, nimmermehr aber darf von einer Herabsetzung der Strafen des Untergebenen wegen Insubordination, gerade in der Gegenwart, die Rede sein.

Wenn die Antragsteller besser über den Geist des Offizierkorps unterrichtet wären, so würden sie nicht annehmen, daß eine Beeinflussung irgend welcher Art auf ein richterliches Urteil von Erfolg sein könnte.

Möge die Regierung jeder ungehörigen Beeinflussung im Gerichtswesen — die ich in meiner langen Dienstzeit nie erlebt habe — entgegentreten, aber auch fest bei den Bestimmungen verharren, die zur Aufrechthaltung der Disziplin unbedingt nötig sind. — Die allergrößte Beeinflussung aber wird durch die demokratische Presse, die vor Entscheidung einer Sache bereits gegen Urteil, Richter und Gesetz hetzt, ausgeübt. —

Seit längerer Zeit schon war man darüber einig, daß eine andere Ordnung des Pensions- und Versorgungswesens der verabschiedeten Offiziere und Unteroffiziere nötig sei. Während alle Parteien einen wahren Wettlauf anstellen, um das Los der handarbeitenden Klassen durch Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung besser zu gestalten, hatte man dem Geschick dieser treuen Diener des Staates nicht die gehörige Sorgfalt gewidmet. Dies sollte nun endlich durch den neuen Pensionsgesetzentwurf geschehen. — Da erlebte man aber etwas recht Sonderbares. Während alle Parteien versichert hatten, daß sie der Vorlage eines solchen Gesetzes sympathisch gegenüber ständen, machte plötzlich das Zentrum seine Zustimmung von der Deckungsfrage abhängig. Es ist dies ohne

Zweifel einer der Schachzüge, durch welche das Zentrum sich einen Handel behufs Erringung neuer Konzessionen auf kirchenpolitischem Gebiet sicherstellen will. Denn wenn das Reich vorläufig einer Anleihe von 100 Millionen bedarf, um seine Ausgaben bestreiten zu können, spielt die Erhöhungssumme für die Pensionen keine Rolle. Der Gesetzentwurf wurde dann auch, weil die ausschlaggebende Partei es so wollte, nicht einer besonderen Kommission, sondern der Budgetkommission überwiesen. Es ist nun höchst zweifelhaft, ob, angesichts der vielen zu erledigenden Vorlagen, das Gesetz überhaupt zur Verabschiedung gelangen kann. Aber selbst, wenn dies geschähe, so könnte auf die Beratung nicht die Sorgfalt verwendet werden, die gerade hier am Platz ist, denn es wäre höchst wünschenswert, das Gesetz noch zu verbessern.

Die gesetzliche Sicherstellung — nicht durch Gnadenwesen — der verabschiedeten, invaliden und erwerbsunfähigen Offiziere ist eine um so dringendere Pflicht, als unser System die Verabschiedung sehr oft schon in niederen Graden — Hauptleuten, Oberleutnants — eintreten läßt, in sehr ausgedehnterem Maße aber auch bei der niedersten Klasse der Stabsoffiziere, den Majoren. Man hat dies System — daß die übergangenen Offiziere den Abschied nehmen — von demokratischer Seite vielfach angegriffen, aber man hat, selbst wenn man seine Mängel anerkennt, nichts Besseres gefunden, um es an seine Stelle zu setzen, falls man der Stellung des Offizierkorps und dem Ehrgefühl des Einzelnen wie bisher Rechnung tragen will, was meines Erachtens durchaus notwendig ist. — Es ist nun nicht zu leugnen, daß die Verabschiedungen jetzt sehr zahlreich sind, um die Armee im langen Frieden nicht überalten zu lassen. Andererseits wird eine größere Anzahl Offiziere besonders der Infanterie als früher infolge des sehr anstrengenden Dienstes invalide und erwerbsunfähig. Die Verhältnisse liegen also anders wie bei den Staatsbeamten, insbesondere bei den Juristen, die unabsetzbar bis in ihr spätestes Alter ihre Stelle innehaben können, was schon aus körperlichen Rücksichten bei dem Militär nicht möglich ist, wollen wir nicht Zuständen wie 1806 entgegengehen. —

Schon der Entwurf hat die Erwartungen vieler alten inaktiven Offiziere enttäuscht. Und in der Tat ist er vielfach verbesserungsfähig. Wir führen hauptsächlich an: die zu geringe Erhöhung der Pension für die niederen Grade und das Fehlen rückwirkender Kraft auch für die Friedensinvaliden, sowie die Verminderung der Kriegszulage vom Hauptmann abwärts. Auch wird beklagt, daß sogar bei den Kriegsteilnehmern das frühere pensionsfähige Diensteinkommen, nicht das heutige, bei Berechnung der Pension zu Grunde gelegt werden soll.*) Hiernach wurde z. B. ein Oberleutnant, der zwei Kriege mitgemacht,

*) Wir würden dem Umfang dieser Schrift nicht entsprechen, wenn wir auf diese Verhältnisse weiter eingingen.

17 Dienstjahre zählt und vor dem 1. April 1897 verabschiedet wurde, 956,7 Mark erhalten, ein Oberleutnant, der keine Kriege mitgemacht, aber nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes pensioniert wurde, 190,8 Mark mehr erhalten.

Ein neues Gesetz für Unteroffiziere und Gemeine war nicht minder nötig. Wenn auch auf die Unteroffiziere bei ihrer Verabschiedung durch Urlaub zum Suchen einer Zivilanstellung, Probedienstleistung, Zahlung einer Prämie und endlich bei vorhandener Würdigkeit der Erteilung des Rechtes auf Anstellung im Zivildienst mehr Rücksicht genommen wird, wie auf die Offiziere, so ist doch eine Besserstellung durch Rente, wie es das neue Gesetz nennt, um so mehr gerechtfertigt, als die Anstellung im Zivil erst im späteren Alter erfolgt, und der Anwärter oft sehr lange darauf, höchstens bei diätarischer Beschäftigung, warten muß. Auch bei diesem Entwurf sind noch Verbesserungen denkbar. Im preußischen Landtage wurde neulich diese sehr wichtige Frage verhandelt, und eine erhöhte Anzahl Stellen für Militäranwärter gefordert.

Die Notlage vieler verabschiedeter Offiziere, welche Frau und Kinder haben, ist in der Tat im höchsten Grade beklagenswert. Es haben sich in diesen Schichten der Gesellschaft Zustände entwickelt, die, wenn sie andauern, höchst bedenklich auf die Gesundheit des ganzen sozialen Körpers einwirken können. Kein Mensch verändert sein ganzes Dasein so stark und plötzlich, wie der abgehende Offizier niederer Grade mit Familie. Nun heißt es: er muß ja Vermögen haben, wenn er nicht etwa als Hauptmann erster Klasse geheiratet hat. Aber dies „Kommißvermögen" ist zum größten Teil zugesetzt bis zu seinem Abschied, und wenn es auch noch zum Teil erhalten, reichen die Zinsen nicht aus zum bescheidensten Lebensunterhalt. Der Vater bewirbt sich um die kleinsten Stellungen, wobei es nicht selten vorgekommen ist, daß er ehemaligen Untergebenen unterstellt ist. Ich habe einen ohne jeden Makel abgegangenen Hauptmann gekannt, der für 10 Mark pro Woche Abschriften lieferte. Die Töchter nehmen, wenn sie nicht etwa das Lehrerinexamen gemacht haben, jede Stellung an. — Doch warum diese Verhältnisse näher schildern, da sie bekannt genug sind. Nicht genug bekannt und beachtet aber sind die Folgen, die sich daraus entwickeln. Ich habe sie vielfach kennen gelernt und in die Zustände manchen sehr traurigen Einblick gewonnen. Und da ist es denn Pflicht, zu sagen, daß die Gesinnung, welche die Stütze der Monarchie und des Vaterlandes ist, und die in großen Zeiten so Herrliches vollbracht hat, als im Niedergang begriffen erscheint. Nicht als ob diese alten inaktiven Offiziere zu Demokraten oder gar Sozialdemokraten werden würden — das sind immer noch Ausnahmen — aber Unlust und Gleichgültigkeit gegen den Dienst in der Armee nehmen bedenklich überhand. Wir haben schon in „Nicht Rede aber Fehde" darauf hingewiesen und müssen es jetzt mit lauterer Stimme wiederholen:

Der Grund sind nicht nur die unzureichenden Pensionen, sondern auch der bessere und frühere Erwerb, der sich den jungen Leuten in anderen Berufen darbietet. Und gewöhnlich wird der Kaufmannstand dem Beamtenstande vorgezogen. Ein besonders beachtenswertes Zeichen ist, daß ganz junge Offiziere den Abschied nehmen, um umzusatteln, und daß dies sogar von älteren Kameraden geschieht. — Sogar aktive Offiziere raten den jungen Leuten ab, die Waffen-Laufbahn zu ergreifen. Vor allem trägt freilich zur Unlust der lange Friede bei. Er ist für jede Armee schädlich, aber allerdings kann man keinen Krieg nur wegen der Armee anfangen. Die oben erwähnte Friedenspropaganda, die Sicherheit, mit welcher ihre Apostel von einem ewigen Frieden in Europa reden, der allerdings, trotz der im übrigen nichtssagenden Schiedsverträge, ein Phantom ist, trägt zur Unlust bei, und die hyperhumanen Ideen haben sogar in dem Kopf manches Offiziers Eingang gefunden, wie vor 1806. Der Nachwuchs ist eben großenteils auch nicht derselbe, nicht erfüllt von der Überlieferung der alten adlichen und bürgerlichen Militärfamilien.

Hetzerischer Unsinn ist es, wenn die Sozialdemokratie den Offizierstand absichtlich heruntersetzt, seine Beschäftigung geisttötend nennt. Im Gegenteil ist der Stand der geistig anregendste, er arbeitet nicht mit Akten, sondern mit Menschenmaterial. —

Diese Zustände auszunutzen und noch schwärzer darzustellen, als sie sind, ist nun das Bestreben der Sozialdemokratie. Zum Glück steht der Baum noch fest, aber man soll sich nicht darüber täuschen, daß bereits an seinem Mark gezehrt wird.

Ein tröstendes Moment sind die zahlreichen Meldungen von Offizieren nach Afrika. Im militärischen Interesse können wir sehr zufrieden sein, daß wenigstens ein kleiner Teil noch Gelegenheit hat, sich der Väter wert zu zeigen.

Aber man soll eben doch auf die Symptome des Niederganges achten und alles daran setzen, nicht eine gerechte Unzufriedenheit durch abermaliges Hinausschieben der besseren Versorgung zu erzeugen. Regieren heißt voraussehen!

X.

Die künftige Revolutionsmethode.

Der Vorwärts brachte zum 18. März einen recht offenherzigen Revolutionsartikel, in welchem er nur bestätigt, was ich schon früher oft genug gesagt habe (Vergl. „Vollkampf nicht Scheinkampf“, S. 19 u. folg.)*), daß nämlich der Streik — die Boykotts auch — ein revolutionäres Mittel geworden ist. Er sagt: „Nicht nur der Krieg, sondern auch die Revolution verändert Formen und Methoden.“ Er kommt dann auf die „intermittierenden Streiks“ in Rußland und behauptet, daß durch die Verweigerung der Arbeit die Herrschaft des Absolutismus erschüttert werden kann. Das hat sich nun, bemerken wir, allerdings weder in Rußland, noch in Italien wirksam gezeigt, im Gegenteil ist man der Streiks nebst obligaten Aufständen und Tumulten Herr geworden.

„Revolutionen sind nicht Umsturz, nicht Anarchie“, fährt er fort, „sondern sind eigentlich Rechtsschöpfungen.“ Ja, es kommt nur darauf an, was für Revolutionen es sind. Zu allererst sind sie aber Zertrümmerer des Rechts. Dann folgen die üblichen abgestandenen demagogischen Phrasen von den unterdrückenden und unterdrückten Klassen, von Beseitigung der Klassenherrschaft, welche die größte und letzte der Revolutionen sei. — Dieses für die Massen berechnete Geschwätz ist Nebensache, die Hauptsache: die neue Methode der Revolution.

Bemerken wollen wir hierbei sogleich, daß ein Generalstreik, wenn er lange dauert, nicht zum Ziele führen kann, denn er erweckt den Widerstand der gesamten Gesellschaft, die sich nicht aushungern lassen will. Er kann nur das Mittel sein, die Massen in Bewegung und auf die Straße zu bringen, wenn man den Moment gekommen glaubt, einen Schlag wagen zu können. Daß derart zu verfahren ist, hat uns der revisionistische Genosse Bernstein — was sagen die Mauserungsleute hierzu? — sowohl in Bremen wie auch im „Preußentage“ verraten. Er will bekanntlich Straßendemonstrationen im größten Maßstabe, unbeschadet, ob es dabei „einige Schrammen“ setzt. — Und es ist richtig, daß ungeheure Volksmassen auf nicht ganz taktfeste Gemüter einen üblen Eindruck machen können, insbesondere aber, wenn etwa Schwäche, Nachgiebigkeit oder kriegerische Unfälle eine Regierung schon ins Schwanken gebracht haben. Ein Beispiel ist die Revolution vom 4. September 1870 in Paris. Sie entstand bekanntlich nach dem Eingang der Nachricht von Sedan. Ungeheure

*) Liebelsche Buchhandlung. Berlin 1895.

Volksmassen füllten die Straßen und drängten gegen die allerdings schwachen Truppenteile an, die überrascht, verwirrt, verführt und gegen das Kaiserreich durch die Niederlagen ihrer im Felde stehenden Kameraden erbittert, ohne die Waffen zu gebrauchen, dem Andrang wichen und die Massen in das Palais des Corps législatif und die Tuilerien eindringen ließen. Erwähnt muß dabei freilich werden, daß Trochu schon Gouverneur von Paris war, der nachher selbst an die Spitze der neuen Regierung trat.

Da die Sozialdemokratie ihre Methode der Revolution zur Sprache gebracht hat, so wird sie es uns nicht verübeln, wenn wir über die **Bekämpfung** ihrer Methode sprechen.

Wenn die Sozialdemokratie den Moment für gekommen erachtet, wird sie in Berlin und in den anderen großen Städten einen riesigen Streik hervorrufen, der, wie gesagt, die Volksmassen — nach Bernsteinschen Rezept — auf die Straße bringt. Die Polizei wird diesen Massen kaum Stand halten können, die Truppen werden erscheinen. Man wird an dieselben herandrängen, indem man möglichst viele Frauen und Kinder vorschiebt, und die Soldaten zu verleiten suchen. Macht die Truppe von der Waffe keinen Gebrauch, so ist sie überrannt, und die üblen Elemente, auf welche die Sozialdemokratie rechnet, die sich bisher als gute Soldaten maskiert haben, machen gemeinsame Sache mit den Rebellen und reißen die übrigen mit sich fort.

Das ist die Rechnung der Sozialdemokratie und das wäre die Konsequenz der „Revolutionierung der Armee", welche die „Neue Zeit" fordert. —

Mitten im Frieden und an die Aufrechthaltung der Ordnung im Staat gewöhnt, faßt die Mehrzahl der Menschen solche Eventualitäten nicht ins Auge. Wie sich die Sozialdemokratie die Sache weiter denkt, davon einige Sätze aus Kautskys Schrift: „**Die soziale Revolution**", Teil I, Abschnitt 7, Seite 5.

„Ein Mittel, die politische Entwickelung zu beschleunigen und dem Proletariat den Besitz der politischen Macht in die Hände zu spielen, kann auch **ein Krieg** werden. Es gibt Situationen, in denen eine Revolution notwendig ist zum weiteren Fortschritt der Gesellschaft, die revolutionären Klassen aber zu schwach sind, die herrschenden Mächte zu stürzen. Ein Krieg kann nicht geführt werden ohne Anspannung aller Volkskräfte. Besteht ein tiefer Zwiespalt in der Nation, dann zwingt der Krieg die herrschenden Klassen, der aufstrebenden Klasse Konzessionen zu machen, sie an dem Gemeinwesen zu interessieren, und ihr so eine Macht zu verleihen, die sie ohne den Krieg nicht erlangt hätte. Ist die herrschende Klasse zu einem solchen Opfer nicht fähig, oder ist es dazu schon zu spät, dann führt der Krieg nur zu leicht zu Niederlagen nach außen, die den Zusammenbruch im Innern nach sich ziehen. Er stürzt ein Regime, das in der Armee seine festeste Stütze sieht, indem es diese zerbricht."

Wie schon oben S. 36 bemerkt, erklärt sich so der Widerspruch, mit dem die Sozialdemokratie sonst gegen jeden Krieg im Verein mit der Friedens-

propaganda auftritt und ihrer offenbar auf einen Konflikt mit Rußland hindrängenden Haltung. —

Die neue Revolutionsmethode besteht also nicht im offenen Barrikadenkampf wie 1830, 1848 u. s. w., der allerdings auch nur bei großer numerischer Schwäche der Truppen oder bei ihrem Abfall siegreich sein konnte, aber immerhin mehr Aussichten bot wie jetzt, wo die Pflastersteine fehlen, und die Feuerwaffen der Truppen so sehr verbessert sind. Die Revolution wird sich vielmehr in oben bezeichneter Weise abzuspielen versuchen, sie wird auf die Gemüter der Soldaten hauptsächlich durch die Vorstellung nicht auf „hungernde Brüder" zu schießen und durch die Massenhaftigkeit der Kundgebungen zu wirken suchen. Und dazu sind die Massen durch die Gewöhnung an strikten Gehorsam gegen die Streikkomitees und sonstigen sozialdemokratischen Leitungen gut vorbereitet.

Nach den Revolutionsjahren 1848/49 gab General von Witzleben in seinem Buch, „Heerwesen und Infanteriedienst", auch taktische Regeln des Kampfes gegen die Revolution. Da heißt es betreffend den Anfang der Unruhen: Vor allem wappne man sich mit starken Nerven gegen das Gebrüll, Pfeifen und die Verführungsversuche der Massen. — Das ist sehr wichtig und ist heute, der neuen Methode der Revolution gegenüber, um so angebrachter. — Jedes Herandrängen an die Truppe muß, bevor es zum Einschreiten kommt, verhindert werden. Das Einschreiten selbst muß nach den gesetzlichen Vorschriften und Aufforderungen, aber möglichst schnell geschehen. Das Handeln muß entschlossen und entschieden sein. Ist die Truppe zur Aufrechthaltung der Ordnung requiriert, so hat der befehligende Offizier allein, kein anderer über die Art des Einschreitens zu bestimmen. So sagt das Gesetz. Jede andere Dazwischenkunft, angeblich Wohlmeinender u. s. w., ist ausgeschlossen. Warnungsschüsse, blinde, oder über die Köpfe weg, sind verwerflich; sie können höchstens unsichere Elemente in der Truppe zur Nachahmung verleiten und nützen erfahrungsmäßig gar nichts. Das Gesetz sagt: Zuerst wird die blanke Waffe gebraucht, reicht diese nicht aus, oder es wird ein Angriff mit Waffen auf das Militär gemacht, die Schußwaffe.

Ist offener Straßenkampf entbrannt, so ist der Friede gebrochen, und die Truppe handelt wie im Kriege.

Muß man mit dem Ausbruch eines Aufstandes rechnen, so ist die planmäßige Besetzung wichtiger taktischer Punkte und der zu schützenden öffentlichen Gebäude die erste Maßregel. Die Einteilung der Stadt in Abschnitte geht voraus. Ganz besondere Sorgfalt ist auf die Verproviantierung der Truppen zu verwenden. — Es gibt zweierlei Bekämpfung von Empörungen. Entweder, man sucht sie durch sofort entsendete Truppenabteilungen im Keime zu ersticken, die Aufständischen zu zersprengen, oder man läßt die Massen um die besetzten Örtlichkeiten herum branden, zur Ermattung und zum Nachdenken kommen und

geht dann — wenn noch nötig — zu einem großen Schlage in mehreren Kolonnen vor. Die erste Methode ist vorzuziehen, ist aber nur anzuwenden, wenn man die nötigen Kräfte hat. Sie wird wohl auch die menschlichere sein. Denn wenn die Pflicht auch das energischste Einschreiten verlangt, so muß der Patriot doch das Blut der Verführten und Aufgewiegelten — nicht das der Aufwiegler — beklagen. Und das Blutvergießen gerade wollen wir „Scharfmacher" durch die nötigen Maßregeln vermeiden.

Wir sind kein Freund von kleinlichen Nadelstichen, die nur reizen, nicht wirken, sondern von einer großzügigen Maßregel: Der Zerstörung des Staates im Staate, der sozialdemokratischen Organisation, die ihr Joch Millionen auferlegt hat. —

Die Worte Bebels, daß die Sozialdemokratie sich unter dem Sozialistengesetz „sauwohl" befunden, da die geheime Organisation sich weithin erstreckt habe, sind eine blasse Prahlerei und stehen mit dem, was er in Dresden von sich selbst erzählte, im krassen Widerspruch, sind auch nur geäußert, um die Wirkungslosigkeit eines solchen Gesetzes glaubhaft zu machen. Aber kein geheimes revolutionäres Wirken kann so schädlich sein, wie die jetzige offene Agitation. —

Rückblick.

Unsere Schrift hat gezeigt:

1. Der sogenannte Revisionismus ist jämmerlich gescheitert. Er hat sich sogar in letzter Zeit noch revolutionärer, als die äußerste Richtung gezeigt.

2. Die Predigt der Vaterlandslosigkeit hat eine Schamlosigkeit wie noch nie erreicht. (China, Hereroaufstand, umgekehrtes Sedan, Feier von Jena.)

3. Der Königsberger Prozeß hat der Sozialdemokratie die Maske abgerissen, und zwar derart, daß es einer ganz besonderen Mauserungsseele bedürfte, um weiter an die Umwandlung in eine bürgerliche Reformpartei zu glauben.

4. Das Bestreben der Sozialdemokratie geht im Speziellen dahin, die Revolution in Rußland zu entfesseln, in der Hoffnung, sie nach Deutschland überspringen zu sehen. Auf einen Krieg würde es ihr nicht ankommen, wenn sie ihren Zielen dadurch näher käme.

5. Der Terrorismus durch Streiks, Boykotts, Beschränkung der Arbeitsfreiheit und die Gemeinheit der Ausdrucksweise in der Agitation hat eine Höhe erreicht, die eine Schmach und Schande für unser Land ist.

6. Der Hauptangriff richtet sich gegen den führenden Staat, weil dieser, in harter Schule erwachsen, von jeher, mit seltenen Ausnahmeperioden, die feste Stütze wahren Fortschrittes, aber auch der Ordnung und der Monarchie gewesen ist.

7. Der Nährboden der Sozialdemokratie ist der Materialismus, der Feminismus, die Herabsetzung des Heldentums, eine tendenziöse Dichtung und schamlose Literatur; die Beurteilung des Verbrechens ist abgeschwächt.

8. Offen zu Tage getreten ist der Zweck der Revolutionierung des Heeres, unterstützt von Ideologen und bürgerlichen Doktrinärs, die von den Bedingungen die ein Heereswesen gesund erhalten, gerade so viel verstehen, wie ein Droschkenkutscher von der Luftschiffahrt.

9. Der Streik ist ein revolutionäres Mittel geworden.

10. Der kriegerische und militärische Geist und die Neigung zum Waffenhandwerk haben unter den Einflüssen eines langen Friedens, den steigenden Neigungen zum Wohlleben und Erwerb, der Friedenspropaganda, der mangelhaften Versorgung der verabschiedeten Offiziere und Unteroffiziere gelitten. Die Regierung muß auf diese Symptome scharf achten.

11. Der Parlamentarismus gibt der Nation durch Mangel an Würde, Selbstzucht und Pflichttreue kein gutes Beispiel.

12. Ist festgestellt, wie sich die sozialdemokratische Partei die Revolution der Gegenwart denkt.

13. Konzessionen werden die weitere Revolutionierung nicht aufhalten.

Schlußfolgerung.

Die Regierung wird früher oder später absolut genötigt sein, den Fortschritten der revolutionären Sozialdemokratie entgegenzutreten und die Auflösung ihrer Organisation durchzusetzen, mag sie so groß geworden sein, wie sie wolle. — Ein neues Wahlgesetz — Höheres Alter, öffentliche Wahl — wird sich bei fester Haltung durchsetzen lassen. Wenn nicht — salus publica lex suprema. — Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohn' Ende. —

Die Sozialdemokratie legt ein geistiges Joch auf die große Masse der Gedankenlosen, — ein äußerliches durch Streiks, Boykotts, Beschränkung der Freiheit. Los vom Joch!

Ein großer Teil der Nation ruft: Wir wollen unsere Nationalität nicht länger herabsetzen, die Taten unserer Väter und unsere großen Männer im Grabe nicht mehr beschimpfen lassen; wir wollen unser Heer nicht mehr wüsten Schmähungen ausgesetzt sehen, wir wollen, daß der Verwirrung und der Mißleitung der Masse durch einen Haufen Demagogen, daß dem Mißbrauch der verfassungsmäßigen Rechte eine Schranke gesetzt werde. —

Nachtrag.

Zu Kapitel I.

In der Marokkanischen Angelegenheit ergriff die sozialdemokratische Presse wie gewöhnlich sofort die Partei des Auslandes, während ihre Gesinnungsgenossen in Frankreich, Jaurès an der Spitze, die Politik des Ministers Delcassé angriffen und auf ein Übereinkommen mit Deutschland hinwiesen. — Man kann vielleicht über die von Deutschland in dieser Sache eingeschlagenen Wege verschiedener Ansicht sein, ganz entschieden aber nicht in der Sache selbst. England und Frankreich hatten einen Vertrag abgeschlossen, der Marokko schon als ein halberobertes Land ansah, keine Rücksicht auf deutsche Interessen nahm und Deutschland insofern sogar beleidigend behandelte, als unserer Regierung dieser Vertrag nicht einmal amtlich mitgeteilt wurde. Frankreich hatte somit keineswegs das Recht, in Marokko als „Mandatar Europas“ aufzutreten, Deutschland aber das volle Recht, zu erklären, daß seine Stellung zu Marokko die alte geblieben sei und es den Sultan als vollen und freien Souverän betrachte. —

Zu Kapitel V.

Die Bergwerkgesetznovellen wurden, nach Verhandlungen im Abgeordnetenhause, in denen die Anschauungen der Regierung und der verschiedenen Parteien natürlich zu Wort kamen, an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Diese Verhandlungen, in denen natürlich nichts entschieden wurde, gaben aber dem Vorwärts schon Gelegenheit zu einem Hetzartikel „Die genullte Bergwerkgesetznovelle“ betitelt, in dem er von „einer Regierung, die nur von Gnaden des Kapitals existiert“, von „einer Monarchie, die durch einen Kompromiß mit dem Kapital existiert“ sprach und hinzufügt: „diese Regierung habe nichts als die Monarchie einzusetzen, wenn sie dem Kapital einmal auch noch so sanft entgegentreten wolle“. Die Vorlage, wurde hohnvoll gesagt, sei aus der Angst vor der Sozialdemokratie geboren u. s. w. Die Arbeiter müßten „ihre Stimme erheben“, und sie sollten in „ihrem Parlament“ ihre Meinung sagen über diese gänzlich unzureichenden Vorschläge.

Dieses „Parlament“ war ein in Berlin zusammentretender Bergarbeiterkongreß, in dem auch die Siebenerkommission auftrat und in dem gleich zu Anfang erklärt wurde, — daß Niemand mit den Gesetzentwürfen zufrieden sei. —

Ein Parlament, also auch das Abgeordnetenhaus, ist dazu da, daß es seine Meinung offen ausspricht. Wie aber wurde von der gesamten Zentrumspresse, der linksliberalen und leider auch von anderen sonst weiter rechts stehenden Blättern verfahren? Es wurde dem Abgeordnetenhause einfach zur Pflicht gemacht, die Vorlagen womöglich en bloc anzunehmen,

und die höfliche Meinung ausgesprochen, daß es seine Rolle ausgespielt haben würde, wenn es darin versagte. Der preußische Landtag besitzt aber noch Rückgrat, das muß man ihm zum Ruhm nachsagen. Er hat es in neuerer Zeit mehrfach bewiesen und wird sich am allerwenigsten von dem Geschrei der Sozialdemokraten und ihrer Mitläufer einschüchtern lassen. Da die Entwürfe einmal eingebracht sind, so wird er sie gewissenhaft prüfen und sie in dem Sinne ändern, die er notwendig findet. Mit dem Einwurf, daß man durch eine Ablehnung oder eine sogenannte Verschlechterung nur der Sozialdemokratie neuen Stoff zur Agitation gäbe, ist gar nichts gesagt. Damit könnte man jetzt jedes Gesetz, auch das einschneidendste und revolutionärste gegen den Besitz befürworten. Und wo würde dann das Ende sein? Der Stoff zur Agitation wird der Sozialdemokratie niemals ausgehen. In dieser Frage halten die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen zusammen. Möchte doch endlich die Einsicht sich mehr und mehr Bahn brechen, daß eine parlamentarische Lösung unserer inneren Fragen nur auf diesem Wege einige Aussicht auf Erfolg hätte. —

Auch der aus den „Christlichen" und Sozialdemokraten zusammengesetzte Bergarbeiterkongreß war nur zusammengetreten, um einen Druck auf das Abgeordnetenhaus auszuüben, und wenn die Sozialdemokratie dort natürlich nicht so offenkundig hervortrat, so zeigte sich doch, daß die verschiedenen Richtungen abermals Hand in Hand gingen. —

Als die obligatorischen Arbeiterausschüsse in erster Lesung in der Kommission abgelehnt wurden, schrieb der Vorwärts: „All das Gesäusel vom sozialen Königtum ist abgetan. Das Geldsackparlament läßt sich auf keine Experimente, auf kein Schachern und Handeln ein... Der Arbeiter soll Sklave sein. Der Unternehmer ist der Herr und er nützt seine Herrschaft aus wie ein brutaler Sklavenhalter." — (Diese Sklavenhalter, die den schon Kontraktbrüchigen noch einen Wochenlohn zahlten!) — Wir wiederholen an dieser Stelle, daß die Ausschreitungen gegen Arbeitswillige sogar **sehr zahlreich** waren. Es sind nicht weniger als 109 Bestrafungen der Streikenden mit Gefängnis erfolgt, und bekanntlich mußten die Arbeitswilligen häufig mit Gendarmenbedeckung geleitet werden.

Das Gesamtergebnis bis zum Schluß der zweiten Lesung in der Kommission war nun in den Hauptpunkten: Das Nullen wird beseitigt; ein Wiegekontrolleur, gewählt von der Belegschaft, soll das Gewicht guter Förderung in beanstandeten Wagen richtig stellen. Geldstrafen wegen schlechter Förderung dürfen im Laufe eines Monats die Höhe von 5 Mark nicht übersteigen. (Diese Bestimmung erscheint Angesichts der sozialdemokratischen Verhetzung der Arbeiter, die Trotz und Eigenwillen oft zu Tage treten läßt, verhältnismäßig milde.) Arbeiter die sich der vorschriftswidrigen Förderung mehr als dreimal in einem Monat schuldig machen und deshalb mit Geldstrafen bestraft worden sind, können entlassen werden. Dies darf im Arbeitsvertrage aufgenommen werden.

Die obligatorischen Arbeiterausschüsse werden eingeführt, jedoch mit vierjähriger aktiver, mit zweijähriger passiver Wahlfähigkeit, erstere erfordert außerdem ein Alter von 30 Jahren. Die Wahl erfolgt öffentlich. Eine politische Tätigkeit soll verhindert werden. Ausschüsse und Mitglieder, die dem entgegenhandeln, können beseitigt werden, die Ausschüsse auf die Zeit von drei Jahren.

Diese Kautelen sind das wenigste, was geschehen konnte, um die Ausschüsse nicht sofort wie die Gewerkschaften, viele Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Organen der Sozialdemokratie werden zu lassen. Doch wird dies auch, wie wir glauben, mit oder ohne Kautelen nicht vermieden werden. Wir halten dafür, daß hiermit den Arbeitern schon sehr weit entgegengekommen ist, und wenn es nicht weiter geschehen konnte, so ist dies einzig und allein die Schuld der Sozialdemokratie.

Eine Beschränkung der Arbeitszeit bei 22° C. auf 8½, später auf 8 Stunden wurde abgelehnt. Die Oberbergämter aber haben die Pflicht zu prüfen, ob eine Beschränkung der Arbeitszeit in ihrem Bezirk nötig ist. Bei 28° C. wurde die Arbeitszeit auf 6 Stunden festgesetzt.

Die Sozialdemokratie hat übrigens soeben ein neues Organisationsstatut veröffentlicht, in welchem die Zügel der Disziplin noch schärfer angezogen werden, das „Hinausfliegen“ noch erleichtert und ganz im Geist und in der Manier gesetzlicher Behörden die Aufrechthaltung der Autorität der Partei angekündigt wird. So befestigt sich ihre Stellung in den Augen der Massen immer mehr, die ihre Autorität mindestens neben die des Staates stellen. — Wann werden wir ihr die Autorität des Staates zeigen?

Was aber sagen die sozialen Reformer zu den Beschlüssen der Kommission, die im übrigen ja noch keine Feststellung bedeuten? Die „Soziale Praxis“ nennt sie „unheilvoll“. Das Ansehen der Krone werde geschwächt, das Vertrauen der Arbeiter erschüttert werden. Die Arbeiterschaft sei von Königstreue, Tüchtigkeit und Ehrliebe beseelt. Das habe Feldmarschall Graf Haeseler bezeugt. Der Feldmarschall hat, soviel uns bekannt, erklärt, daß die unter ihm gedienten Leute dieses Bezirkes stets ihre Schuldigkeit sehr gut getan haben, aber damit hat er dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverein und den von der sozialdemokratischen Aufwiegelung fortgerissenen Kontraktbrüchigen wohl kaum monarchische und gesetzliche Gesinnung bescheinigen wollen. Der Vorwärts nennt den Landtag infolge der Kommissionsbeschlüsse einen „Schandtag“.

Die von verschiedenen anderen Seiten versuchte Ausspielung von Bismarck für einige Konzessionen paßt ganz und gar nicht. Bismarck wollte durch die soziale Gesetzgebung freilich den Schwachen schützen, aber er zerstörte mit eiserner Hand den sozialdemokratischen Staat im Staate.

Und das würde er jetzt sicherlich tun zum Wohl und Heil des Ganzen.

Druck von Fr. Richter in Leipzig.





